

An die
Europäische Kommission
Av. de Cortenberg 107
B 1049 Bruxelles
Belgien

Per e-mail

Austrian Federal Economic Chamber

Abteilung für Finanzpolitik

Wiedner Hauptstraße 63
Postfach A-1045
Wien
Telefon +43-1-50105-3739
Telefax +43-1-50105-259
Internet: <http://wko.at>
E-Mail: Erich.Kuehnelt@wko.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sachbearbeiter

Durchwahl

Datum

Fp 80/99

3739

31.05.2001

Erich Kühnelt

**Konsultationsdokument: Neue Eigenmittelvorschriften für
Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Basel II)**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Wirtschaftskammer Österreich ist die durch Gesetz eingerichtete Interessensvertretung der österreichischen Wirtschaft, die auf Grund gesetzlicher Mitgliedschaft sämtliche österreichische Unternehmen des Gewerbes und Handwerks, der Industrie, des Handels, des Tourismus und der Freizeitwirtschaft, des Verkehrs, der Telekommunikationsbranche, sowie Kreditinstitute, Versicherungen und Pensionskassen, somit etwa 300.000 Unternehmen repräsentiert.

Grundsätzliche Anmerkungen

- Prinzipiell ist die Idee, die Bonität verstärkt heranzuziehen, zu begrüßen und sinnvoll: Für Unternehmen mit guter Bonität sollte die Kreditfinanzierung dadurch günstiger werden.
- **Nähere Klärung des Konzeptes der „retail loans“ ist notwendig**
Es gibt noch keine klare Definition von Retail loans, und v.a. in welchen Ausmaß Kredite an KMUs unter diesem Begriff subsumiert werden können. Auch die Abgrenzung zwischen „small business facilities“ und „corporate exposure“ ist daher noch zu klären; **Die Frage der retail loans ist eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft der KMU-Finanzierung in Europa, es ist daher bedauerlich, daß gerade in diesem so wichtigen**

Punkt die Konsultationspapiere (Basel und Kommission) viele Fragen offen lassen.

Da für retail loans günstigere Risikogewichte vorgeschlagen werden, als für corporate loans, sind wir daran interessiert, **daß ein möglichst großer Kreis von Krediten an KMU in diesen Begriff einbezogen wird.**

Laut Konsultationspapier können die Aufsichtsbehörden Höchstbeträge für retail loans festsetzen. Dies könnte zur Folge haben, daß in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Definitionen für retail loans geschaffen werden, was zu Wettbewerbsverzerrungen führen könnte.

- **Eine weitreichende Anerkennung von Sicherheiten, auch von persönlichen Faktoren** (z.B. Unternehmerpersönlichkeit), die v.a. bei kleinen Unternehmen wichtig sind, ist notwendig. So könnte auch verhindert werden, daß bestimmte Gruppen von KMU, die von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung sind, wie z.B. Unternehmensgründer, von der Reform negativ betroffen sind.
- Eine Benachteiligung **langfristiger Finanzierungen** muß vermieden werden
- Wesentlich wird die **"Kalibrierung"** sein: Z.B. Welche durchschnittlichen Ausfallswahrscheinlichkeiten und Laufzeiten werden angenommen (Derzeit wird z.B. laut den vorliegenden Vorschlägen bei den Unternehmenskrediten eine durchschnittliche Ausfallswahrscheinlichkeit von 0,7 % angenommen. Die durchschnittliche Ausfallswahrscheinlichkeit im KMU-Sektor dürfte aber knapp über 1 % liegen). Wir ersuchen die Kommission, der Kalibrierung hohe Priorität einzuräumen, weil es davon entscheidend abhängen wird, ob sich die Finanzierungsbedingungen für KMU verschlechtern oder nicht.
- Die Neuregelung muß auch die Besonderheiten der europäischen Bankenlandschaft berücksichtigen. **Es ist daher unter anderem wesentlich, daß auch kleinere Kreditinstitute ein internes Rating ohne übermäßigen Aufwand durchführen können.** Bestehen übertriebene bürokratische Anforderungen an die Banken, z.B. an das interne Rating, kann dieser Umstand eine Verteuerung der Kreditfinanzierung für Unternehmen bewirken. Auch zu hohe Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung des operationellen Risikos verringern den Spielraum für die Kreditvergabe an Unternehmen.
- **Business Impact Assessment:** die **Auswirkungen auf die KMU-Finanzierung** sind noch vollkommen unklar (weder Kommission noch Baseler Ausschuss kennen die Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung), und **müssen jedenfalls geklärt werden, bevor verbindliche Regeln beschlossen werden.** Dies entspricht auch dem Willen des Europäischen Rates, siehe ***European Charter for Small Businesses***, die vom Europäischen Rat von Feira angenommen wurde, und vom Europäischen Rat in Stockholm als wichtiges Instrument zur Verbesserung des Umfeldes und der Rahmenbedingungen für die Unternehmen bezeichnet wurde. Die Small Business Charter verlangt business impact assessments: *„New regulations at national and community*

level should be screened to assess their impact on small enterprises and entrepreneurs."

Derzeit wird vom Baseler Ausschuss eine „Quantitative Impact Study“ durchgeführt, die sich aber nur auf die quantitativen Auswirkungen auf die Bank-Eigenmittel konzentriert. Diese Untersuchung wird erst nach dem Ende der Konsultationsfrist fertiggestellt; frühestens dann können aber erst – möglicherweise – die Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung näher eingeschätzt werden. Aus diesen Grund und auch weil die Vorschläge sehr komplex sind (Dokument des Baseler Ausschusses: 550 Seiten; Kommission: 70 Seiten = über 600 Seiten) haben die wichtigsten Europäischen KMU-Verbände in einem Treffen mit der Kommission am 26.3., an dem auch die Wirtschaftskammer Österreich teilgenommen hat, eine Verlängerung der Konsultationsfrist verlangt (ebenso der Europäische Sparkassenverband und der Europäische Verband der Genossenschaftsbanken). **Wesentlich für uns ist, daß seitens der Kommission und der an der europäischen Diskussion beteiligten nationalen Behörden auch nach dem 31.5., also nach Ende der formellen Konsultationsfrist, der Dialog mit den europäischen und nationalen KMU- und Bankenverbänden intensiv fortgeführt wird, weil viele bedeutende Fragen noch offen sind (z.B. retail loans und Einbeziehung von Krediten an KMU in diesen Begriff; Kalibrierung) und weil sichergestellt werden muß, daß negative Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung und auf die kreditgebenden Banken in Europa vermieden werden.**

Im Anhang finden Sie die detaillierte Stellungnahme der Bundessektion Bank + Versicherung der Wirtschaftskammer Österreich, die integraler Bestandteil dieser Stellungnahme ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Fidelis Bauer
Abteilungsleiter

Anhang: detaillierte Stellungnahme

Grundsätzliche Position

- ***Grundsätzliche Einschätzung***

Das im Konsultationspapier vorgesehene System, die Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken stärker am wirtschaftlichen Risikogehalt zu orientieren, die Weiterentwicklung der Eigenmittelvorschriften und stärkere Berücksichtigung von risikomindernden Techniken werden grundsätzlich positiv beurteilt. Dabei müssen aber die klein- und mittelbetrieblichen Strukturen in Österreich ausreichend Berücksichtigung finden.

- ***Gleichwertige und gleichzeitige Anerkennung Interner Ratings wird begrüßt***

Wenn auch die verfeinerte Erfassung und Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken grundsätzlich begrüßt wird, muss dennoch darauf hingewiesen werden, dass die für dieses System notwendigen externen Ratings auch in Österreich heute und in absehbarer Zukunft nicht ausreichend vorhanden sind.

Zu begrüßen ist daher der Ansatz, auch bankinterne Ratings als Bemessungsgrundlage für die Eigenmittelunterlegung anzuerkennen, wenn dabei sichergestellt ist, dass externe Ratings und interne Risikoerfassung für aufsichtsrechtliche Zwecke **gleichwertig und gleichzeitig** anerkannt werden. Die **Voraussetzungen dafür müssen auf breiter Ebene erfüllt werden können.**

- ***Sicherstellung eines level playing field***

Es muss sichergestellt sein, dass es weder auf internationaler noch auf nationaler Ebene zu Wettbewerbsnachteilen einzelner Gruppen von Marktteilnehmern oder einzelnen Instrumenten kommt, ein level playing field also sichergestellt wird. In diesem Zusammenhang ist auch auf die nationalen Wahlrechte der Aufsichtsbehörden und die damit verbundene Gefahr einer Aufsichts-Arbitrage hinzuweisen.

Kreditinstitute dürfen nicht gegenüber anderen Finanzdienstleistern durch die neuen Vorschriften benachteiligt werden.

- ***Ziel, ursprüngliche Eigenmittelquote nicht zu erhöhen, muss eingehalten werden***

Es ist eine ausführliche Diskussion über die Ergebnisse der Impact Study erforderlich, um sicherzustellen, dass es durch die Gesamtkonzeption zu keiner höheren Eigenmittelquote kommt (insbesondere durch Abschläge und Verfahren bei der Sicherheitenbewertung wie haircuts, Faktor w).

Es gibt Anlass zur Annahme, dass die modellhaft angedachte Reduktion der Eigenmittelerfordernisse nicht erreicht wird. Es müsste daher über die Thematik nach Vorliegen der Impact Study nochmals diskutiert werden.

- ***Definition Kredite an Privatkunden***

Die Formulierung muss so gefunden werden, dass Klein- und Mittelbetriebe so weit wie möglich unter diese Definition fallen.

- ***Partial use of partial models erforderlich***

Wir fordern die grundsätzliche Anerkennung des partial use of partial models für den auf Internen Ratings basierenden Ansatz, bei der Behandlung der Sicherheiten (umfassender oder einfacher Ansatz) und bei der Kalkulation des operationalen Risikos.

- ***Grundsatz beibehalten, dass Kapital zur Abdeckung unerwarteter Verluste heranzuziehen ist***

Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass auch weiter vom Grundsatz ausgegangen wird, dass das Kapital zur Abdeckung unerwarteter Verluste und nicht abgesicherter Verluste heranzuziehen ist.

- ***Keine Benachteiligung längerfristiger Finanzierungsarten***

Unverständlich erscheint die Darstellung, dass im Baseler Papier zum Ausdruck gebracht wird, dass längere Kreditlaufzeiten bedeutende Risikofaktoren von Kreditrisiken wären.

Es sollte keinesfalls zu einer Benachteiligung von bestens eingeführten längerfristigen Finanzierungsarten, womöglich mit hypothekarischer Besicherung und Fixzinssatz, kommen.

- ***Operationales Risiko - keine ausreichende Risikosensitivität***

Auf Grund des Fehlens geeigneter Standards ist eine Einbeziehung in Säule 1 derzeit nicht sinnvoll und daher in einer ersten Phase eine Verschiebung in Säule 2 erforderlich.

Die vorgesehenen größenbasierten Indikatoren gewährleisten keine ausreichende Risikosensitivität.

- ***Aufsichtliches Überprüfungsverfahren – ausreichende Standards und Grenzen erforderlich***

Sichergestellt werden muss, dass es zu

- keiner Übernahme von Managementfunktionen durch die Aufsicht kommt,
- Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden, und
- ausreichende Standards und Grenzen für die Aufsicht vorgesehen werden.

- ***Marktdisziplin – „marktgerechte“ Veröffentlichungsvorschriften erforderlich***

Das überschießende Ausmaß und der Detailgrad der Veröffentlichungspflichten erschweren den Blick auf die wesentliche Information und bergen die Gefahr der Veröffentlichung sensibler Daten.

- ***Ausreichende Übergangsfristen ab Feststehen der Rahmenbedingungen***

Festzuhalten ist weiters, dass an vielen Stellen unbestimmte Begriffe und Formulierungen verwendet werden, was eine Beurteilung und Vorbereitung sehr erschwert. Nicht zuletzt auch deshalb muss gewährleistet werden, dass den Banken ausreichende Übergangsfristen ab Feststehen der Rahmenbedingungen für die Umstellung auf das neue System der Eigenmittelunterlegung eingeräumt werden.

Teil 1: Anwendungsbereich

Die Kreditwirtschaft begrüßt die Bemühungen des Baseler Ausschusses, den Anwendungsbereich der Eigenkapitalvereinbarung nunmehr international weiter zu vereinheitlichen. Allerdings muss festgehalten werden, dass neben den grundsätzlichen Äußerungen hinsichtlich des Konsolidierungsbereiches den nationalen Behörden weitreichende Ermessungsspielräume eingeräumt werden (z.B. Umschreibung der Holding bzw. Bankengruppe, der Wertpapierinstitute, Berücksichtigung von

Minderheitsanteilen, Anerkennung von Überschusskapital einer Versicherungstochter, Wesentlichkeit von Minderheitsbeteiligungen, bedeutender Anteil wesentlicher Beteiligungen). Damit wird der Anwendungsbereich der Baseler Eigenmittelbestimmungen für die konsolidierte Beaufsichtigung wieder ausgehöhlt.

Eine verpflichtende Unterkonsolidierung auf jeder Stufe lehnen wir ebenso ab wie den Abzug von Drittanteilen, insbesondere in der vorliegenden Form, die einerseits undifferenziert ist und andererseits nationale Beurteilungsspielräume offen lässt.

Auch den Abzug von Beteiligungen an Versicherungstöchtern lehnen wir im derzeitigen Stadium ab (zu undifferenziert, nationaler Spielraum hinsichtlich anderer Varianten).

Teil 2: Erste Säule – Mindestkapitalanforderungen

I Kreditrisiko – Standardansatz/Allgemeine Regeln

Zur Messung des Kreditrisikos sieht Basel II drei mögliche Ansätze vor, wobei der fortgeschrittene interne Ansatz wegen seiner Komplexität und wegen fehlender Übergangsvorschriften in der Praxis erst nach einigen Jahren eingesetzt werden kann. Es ist zu befürchten, dass der Standardansatz nur beim Einsatz externer Ratings eine Verringerung des Eigenmittelerfordernisses aus dem Kreditrisiko bringt. Im Hinblick auf die zusätzliche Unterlegung des operationalen Risikos ist eine derartige Reduzierung jedoch notwendig, soll das Ziel eines unveränderten Gesamt-Eigenmittelerfordernisses erreicht werden.

Zu begrüßen ist jedenfalls, dass ein internes Ratingmodell auch für mehrere Banken gemeinsam erstellt werden kann. Für die kleineren, in dezentralen Sektoren organisierten Banken ist diese Möglichkeit eine wichtige Grundlage. Es muss dabei Bedacht darauf genommen werden, dass diese Anforderungen nicht zu übertriebenem Aufwand führen.

Durchführung und Kontrolle der Ratingzuordnung sollen dabei durch eine unabhängige Stelle erfolgen. Es sollten die organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden, um eine Trennung von Kreditverantwortlichen und Überprüfungsebene sicher zu stellen.

Als Abfederung der Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen sind die vorgeschlagenen Erleichterungen für Kleinkredite ausdrücklich zu begrüßen. Es wäre allerdings noch klar zu stellen, dass unter Retailgeschäft nicht nur Konsumentenkredite fallen, sondern auch Ausleihungen an KMU soweit wie möglich erfasst sind.

Beim Standardansatz müssten ähnlich wie im IRB weitere Sicherheiten anerkannt werden. Daher sehen wir es als notwendig an, dass auch hypothekarische Besicherungen im Kapitel Sicherheiten geregelt werden und nicht separat im Standardansatz. (Zur Begründung verweisen wir auf die Ausführungen zu Ziffer 61.)

II Kreditrisikominderung im Standardansatz

Zusätzliche Sicherheiten werden zwar anerkannt, die Administration aber mit derartigen Hürden versehen, dass diese letztendlich nicht verwendet werden können.

Es ist daher unbedingt notwendig, dass die Behandlung von sonstigen Sicherheiten (wie Hypotheken oder Bankgarantien), die nicht den Marktwerten i.e.S. unterliegen, entsprechend gesondert erfolgt.

Die Aufspaltung des Kreditengagements in die Ausfallswahrscheinlichkeit des Kreditnehmers und die separate Berücksichtigung von Sicherheiten mag unter mathematischen Gesichtspunkten notwendig sein; wenn aber nur die Ausfallswahrscheinlichkeit der tatsächlichen Bonität des Kreditnehmers gerecht wird, wesentliche und erprobte Sicherheiten nicht anerkannt werden und im Basisansatz des IRB die EAD und LGD fix von der Aufsicht vorgegeben werden, wird ein Obligo, dass zB mit Mobiliarpfandrechten, Verpfändung/Vinkulierung von Versicherungen, (Sicherungs-) Zessionen geschützt ist aufsichtsrechtlich wie ein unbesichertes Obligo behandelt.

Unter dem Ziel einer risikogerechteren Eigenmittel-Unterlegung sollten daher eine Reihe weiterer Sicherheiten auch im Standardansatz als risikomindernd anerkannt werden.

<i>III Kreditrisiko - auf internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings-Based Approach (IRB - Approach))</i>

Grundsätzlich ist die gleichberechtigte Aufnahme des IRB Ansatzes zu begrüßen.

Zu begrüßen ist daher der Ansatz, auch bankinterne Ratings als Bemessungsgrundlage für die Eigenmittelunterlegung anzuerkennen, wenn dabei sichergestellt ist, dass externe Ratings und interne Risikoerfassung für aufsichtsrechtliche Zwecke **gleichwertig und gleichzeitig** anerkannt werden. Die Voraussetzungen dafür müssen auf breiter Ebene erfüllt werden können.

Wir verlangen weiters, dass auch in diesem Zusammenhang ab Feststehen der endgültigen Rahmenbedingungen ausreichende Übergangsfristen zur Verfügung stehen.

<i>IV Verbriefung von Forderungen</i>
--

Der vorliegende Vorschlag zur aufsichtsrechtlichen Behandlung von Asset Securitisations ist grundsätzlich als positiv zu bewerten, da damit die Möglichkeit zur Schaffung eines Level Playing Fields ermöglicht wird.

Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass durch die Verwendung unbestimmter Begriffe, diese Möglichkeit im Zuge der Umsetzung in nationales Recht wieder eröffnet werden könnte.

V Operationales Risiko

Insgesamt begrüßt die Österreichische Kreditwirtschaft den Anstoß aus Basel, dass sich künftig die gesamte Kreditwirtschaft verstärkt mit dem Problem des operationalen Risikos beschäftigen muss. Dies va auch hinsichtlich der Erfahrungen mit Verlusten aufgrund operationaler Risiken.

Die Einbeziehung des Operationalen Risikos in Säule 1 wird allerdings als wesentlich verfrüht angesehen. Wir fordern daher eine Verschiebung des Operationalen Risikos in Säule 2. Die wesentlichsten Gründe für eine erforderliche Verschiebung in Säule 2 sind im Detail in der Position zum Operationalen Risiko dargestellt.

Die vorgesehenen größenbasierten Indikatoren gewährleisten keine ausreichende Risikosensitivität.

Teil 3: Die zweite Säule - Supervisory Review Process

Grundsätzlich wird das Ziel, die Banken bei der Implementierung von Risikomanagementverfahren zu bestärken und den Dialog zwischen Kreditinstituten und der Aufsicht zu stärken anerkannt. Es liegt auch im Eigeninteresse jedes Kreditinstituts, den Zielen des "supervisory review" zu entsprechen - Risikomess- und Risikosteuerungstechniken zu verbessern, das Maß an gehaltenen ökonomischen Eigenmittel auf das Risikoprofil der Bank auszurichten, dafür zu sorgen, dass auch unter zukünftigen Rahmenbedingungen die Eigenmittel nicht unter die Minimalanforderungen fallen.

Entscheidende Frage wird jedoch sein, wie eine Implementierung des "Supervisory Review" in der Praxis umgesetzt werden soll. Folgende Aspekte werden dabei von besonderer Bedeutung sein:

- Level playing field
Soweit in den Grundsätzen 3 und 4 Verpflichtungen bzw. Ermächtigungen enthalten sind, qualitative Mängel in quantitative Kapitalerfordernisse umzurechnen (individuelle Kapitalanforderung), sind für diese aus Gründen eines

internationalen "level playing field" vom Basler Komitee verbindliche Rahmenbedingungen erforderlich. Unterschiedliche gesetzliche Umsetzungsschritte zum Beispiel auf Grund des österreichischen Legalitätsprinzips dürfen zu keinen Wettbewerbsnachteilen führen.

Wenn in einigen Passagen des Konsultationspapiers (insbesondere FN 3 zu Pkt. 47 Annex) anerkannt wird, dass die Umsetzung dieses Konzeptes in den Rechtssystemen mehrerer Staaten zu Schwierigkeiten führen würde und vorgeschlagen wird, dass die Aufsicht durch andere Mittel die Banken darin bestärken kann, mehr als das Mindestkapital zu halten, wird dies zwar als Fortschritt angesehen, die erwähnten Einwände aus Wettbewerbssicht bleiben allerdings aufrecht.

Mit der Einführung des IRB-Ansatzes zur Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kapitals ergeben sich auch für die Aufsicht neue Anforderungen. Die Aufsicht hat nicht nur für die "Soundness" des Bankensystems zu sorgen, sondern mit ihren Vorgaben sowohl international als auch national ein Level playing field zu sichern. Gleichzeitig muss die Überwachung dort eine Grenze finden, wo sie sich für den täglichen Prozessablauf als hemmend erweist.

➤ Kosten-Aufwand

Bei aller Anerkennung der Ziele des neuen Ansatzes ist zu beachten, dass Aufwand und Kosten in Relation zu den Zielen des Ansatzes bleiben.

- **Rechtssicherheit und Transparenz**
Das Papier enthält eine Vielzahl von unbestimmten Begriffen, die präzisiert werden müssen.
Die Banken benötigen klare und eindeutige Rahmenbedingungen, Verfahren und Standards über Prüfinhalte. Festgeschriebene Richtgrößen sind zu definieren.
Wichtig sind auch klare Regeln, nach denen Aufsichtsbehörden Sanktionen verhängen. Es muss präzisiert werden, welche Behörde unter welchen Voraussetzungen welche der möglichen Sanktionsmittel erlassen darf bzw. welche Rechtsmittel hierzu den Banken zur Verfügung stehen.
- **Ordnungspolitischer Aspekt**
Bei Maßnahmen im Rahmen des "Supervisory Review" ist darauf Bedacht zu nehmen, dass damit nicht Eingriffe in die Verantwortlichkeit des Managements für Risikomanagement und Risikokontrollsysteme (Vorgabe von Steuerungsmodellen und Analysemodellen, Vorgabe von Annahmen und Messparameter) verbunden sind.

<i>Zinsänderungsrisiko im Bankbuch</i>

Versuche einer aufsichtsrechtlichen Regelung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch sind immer wieder unternommen und letztendlich wieder verworfen worden. Wenn sich Basel dennoch erneut der Herausforderung einer Kalkulation eines Eigenmittelerfordernisses für das Zinsrisiko im Bankbuch stellt, so ist es zu begrüßen, dass dies nun in Säule 2 der Kapitaladäquanzrichtlinien erfolgt und nicht in den Mindestkapitalanforderungen aus Säule 1, wie dies noch im ersten Entwurf vorgesehen war.

Weiters sind wir der Überzeugung, dass ein solcher Ansatz jedenfalls einen entsprechenden Freiraum beinhalten muss, um die Weiterentwicklung auf diesem Gebiet nicht zu behindern. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auch die Forderung nach Anerkennung von internen Modellen und weitgehende Freiheit bei der Behandlung von Produkten mit unbestimmter Zinsbindung zu nennen.

Es ist jedenfalls zu begrüßen, dass die überarbeiteten Empfehlungen von Basel zum Zinsänderungsrisiko die internen Steuerungssysteme der Banken als Hauptinstrument zur Messung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch anerkennen.

Auch wenn die Relevanz der einzelnen methodischen Ansätze zur Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch je nach Größe, Komplexität und Geschäftsfeldes unterschiedlich ausgeprägt sein sollten und unterschiedlich strukturierte Banken unterschiedliche Schwerpunkte beim Einsatz der Methoden zur Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch setzen, sei darauf hingewiesen, dass das neu

herausgegebene Basler Papier „Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk“ in vielen Teilen eine gesamthafte Sichtweise verfolgt („This paper is intended to set out principles of more general application for the management of interest rate risk, independent of whether the positions are part of the trading book or reflect banks' non-trading activities.“).

Auch die unterschiedliche Behandlung in der Bewertung stellt immer weniger einen ausreichenden Grund für eine Ungleichbehandlung des Zinsänderungsrisikos aus trading und non-trading-Aktivitäten dar (IAS 39).

Teil 4: Die dritte Säule - Markt Disziplin

Es bestehen schwerwiegende Bedenken, dass durch zu weitgehende Offenlegungsverpflichtungen den beabsichtigten Effekten entgegen laufende Auswirkungen eintreten können:

Die vorgeschlagenen Kerninformationen gehen weit über das Maßgeblichkeitsprinzip hinaus und sollten im Hinblick auf dieses noch einmal grundlegend überdacht werden. Es wird im Papier eine hochgradig informierte Öffentlichkeit vorausgesetzt, die Risikomaßzahlen richtig interpretieren kann. Auf die Bedürfnisse sonstiger Empfänger (Kürze, Lesbarkeit, etc.) wird nicht Bedacht genommen. Viele der geforderten Informationen – etwa Schätzungs- und Validierungsmethoden für den IRBA – gehen weit über das hinaus, was selbst in der Darstellung des Risikomanagements vorbildliche Geschäftsberichte derzeit beinhalten.

Bei zahlreichen der angeführten Informationen handelt es sich um solche, die entweder keine Relevanz für den Markt haben, die Betriebsgeheimnisse darstellen oder aber zu wesentlichen Problemen für die einzelne Bank führen können.

Daher wäre eine Differenzierung des Berichtswesens nach folgenden Kriterien zweckmäßig:

❖ **Aufsichtsrechtliche Informationen**

Informationen, die im Rahmen des regulären Berichtswesens nur an die Aufsichtsbehörden zu erfolgen haben, daher der 2. Säule zuzuordnen wären.

❖ **Zu veröffentliche Informationen**

- Kerninformationen,
- ergänzende Informationen (nicht verpflichtend)

Da Basel sich primär an die international tätigen Banken wendet (die im wesentlichen nach internationalen Rechnungslegungsvorschriften wie IAS und US-GAAP bilanzieren), die wesentlichen Einfluss auf die Finanzmärkte haben, sollten

kleinere Banken, die lediglich regional agieren und damit keinen Einfluss auf die internationalen Finanzmärkte haben, zumindest in den EU-Regelungen gesondert behandelt werden. Deren Berichtswesen sollte auf ein Maß reduziert werden, das auf ihre Größe und ihren Einfluss auf die nationalen und internationalen Finanzmärkte Rücksicht nimmt.

In der derzeit angestrebten Breite sind die Veröffentlichungspflichten für alle, insbesondere jedoch kleinere Kreditinstitute mit vernünftigen Aufwand nicht erfüllbar. Wir weisen darauf hin dass sich gerade aus den Vorschlägen zu Säule 3 massive Kostenbelastungen ergeben würden (Prüfkosten, Personalkosten zur Erstellung, eventuell Kosten für zusätzliche Kurzfassung des Geschäftsberichts). Die dargestellten Anforderungen stellen wesentliche Ansprüche an Datenerhebung, Datenprüfung und die EDV-technische Umsetzung, die zu einem großen Teil in keinem Verhältnis zu den daraus gewonnen Informationen stehen.

Zusätzlich muss diese Neuanforderung den jeweiligen Rechtsvorschriften entsprechen. Sanktionsmöglichkeiten, die nicht auf gesetztem Recht basieren, sind nicht akzeptabel. Weiters müssen Veröffentlichungsvorschriften international abgestimmt werden. Ebenso können Sanktionsmöglichkeiten nur im internationalen Gleichklang umgesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Eine Angleichung der Offenlegungen nach Basel an die Offenlegung nach IAS - und damit eine gesteigerte Informationsqualität für die Leser - kann nicht nur formal gesehen werden, sondern erfordert auch eine inhaltliche Datenangleichung. Dieser ist aber nur gegeben, wenn die Berechnungsparameter und -methoden für idente Sachverhalte in beiden Regelwerken ebenfalls ident sind. Basel baut dzt. auf den bestehenden EU-Richtlinien auf, die die Basis für das dzt. geltende österreichische Recht bilden.

Mit dem Systemwechsel in der EU-Rechnungslegung - weg von den bisherigen EU-Richtlinien zu IAS - ist die Frage ungeklärt, ob und welchen Einfluss Unterschiede zw. (künftigen) IAS- und dzt. Basel-Bewertungskriterien haben werden: sonst könnten je nach Wahl von IAS-Ausweis- und Bewertungsmethoden unterschiedliche Daten nach Basel veröffentlicht werden, was abgelehnt wird.

Hier sind - besonders im Licht der geplanten rasanten Entwicklung der IAS-Rechnungslegung hin zu einer fair value-Bilanzierung - klare Regelungen zu treffen, insbesondere auch hinsichtlich der identen Berechnungsmethoden der Basel-Erfordernisse für Nicht-IAS-Bilanzierer. Es wäre daher erforderlich, dass es zu einer möglichst weitgehenden Harmonisierung der Berechnungsmethoden für Eigenmittel sowie der Bewertung kommt. (siehe auch Anmerkung zu 639)

DETAILSTELLUNGNAHME

Teil 1: Anwendungsbereich

Wir verweisen auf unsere grundsätzlichen Ausführungen.

Zu den einzelnen Punkten:

- Ziffer 2 Die Ausdehnung der Anwendung des Accord auf Holdinggesellschaften wird begrüßt. Unklar ist allerdings die Definition der "Bankengruppe" als "vorwiegend" im Bankgeschäft tätiger Konzern, was nationale Ermessensspielräume eröffnet. Um international zu einer Vereinheitlichung des Konsolidierungskreises zu kommen, wäre eine exakte Definition von Bankengruppen erforderlich, wie sie etwa im Artikel 1 Zi 21 der EU-Richtlinie 2000/12 erfolgt ist, bzw. § 2 Zi 25 lit. c BWG.
- Ziffer 3 Der Baseler Ausschuss hält es für die Gewährleistung einer angemessenen Kapitalausstattung für notwendig, dass eine Konsolidierung auf allen Ebenen eines Konzerns erfolgt (Unterkonsolidierung). Weiters kann nach Basel von einer Unterkonsolidierung nur dann abgesehen werden, wenn das Tochterinstitut (welches selber einen Teilkonzern bildet) einen Abzug seiner Beteiligungsbuchwerte an nichtkonsolidierten Finanz- bzw. Kreditinstituten vom Eigenkapital vornimmt. Die Pflicht zur Bildung von Unterkonsolidierungskreisen ist abzulehnen, da von ihnen kein zusätzlicher bankaufsichtlicher Nutzen ausgeht. Der von Basel alternativ gemachte Vorschlag, anstatt eine Unterkonsolidierung vorzunehmen, den Beteiligungsabzug auf der Ebene des nachgeordneten Institutes zu tätigen, würde eine massive Verschärfung der derzeit bestehenden Regelungen (EU) bedeuten. Eine solche Vorgangsweise ist schon deshalb nicht einzusehen, da durch die von der Konzernmutter vorgenommene Konsolidierung aller Gruppenunternehmen alle in diese Gruppe vorhandenen Risiken vollständig erfasst werden. Die Befreiung eines nachgeordneten Mutterinstitutes ist daher sachgerecht.
- Ziffer 4 Die Frage, ob einzelne Banken einer Bankengruppe auch allein ein angemessenes Kapital aufweisen sollen,

sollte als wettbewerbsrelevanter Faktor nicht der Beurteilung der nationalen Aufsichtsinstanzen überlassen werden.

Wertpapierhäuser und andere Finanzinstitute

Ziffer 5 Um ein internationales Level Playing Field zu erreichen, ist es unbedingt notwendig, dass nicht nur Kreditinstitute, sondern auch Wertpapierfirmen und andere Finanzinstitute in den Konsolidierungskreis von Finanzholdinggruppen einbezogen werden. Insoweit ist Ziffer 5 zu begrüßen. Allerdings enthält Ziffer 5 auch eine Ausnahmebestimmung, da Wertpapierfirmen nur insoweit in den Konsolidierungskreis einzubeziehen sind, als "deren Geschäfte einer im wesentlichen ähnlichen Beaufsichtigung unterliegen oder sofern deren Geschäfte als Bankgeschäft angesehen werden". Diese an sich weiche Formulierung ermöglicht es den nationalen Behörden, Wertpapierinstitute wiederum aus dem Konsolidierungskreis zu nehmen. Eine solche Vorgangsweise ist aus Sicht der europäischen Finanzindustrie abzulehnen, da sie auch nicht den EU-Regelungen entspricht.

Zumindest sollte international einheitlich jener Länderkreis festgestellt werden, in dem die genannten Voraussetzungen - im wesentlichen ähnliche Beaufsichtigung der Bankgeschäfte - erfüllt sind.

Ziffer 6 Basel will es den nationalen Aufsichtsinstanzen überlassen, inwieweit in den konsolidierten Eigenmitteln im Fremdbesitz befindliche Minderheitsanteile berücksichtigt werden können.

Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass im Rahmen der Konsolidierung auch alle Aktiva mit Eventualforderungen einbezogen werden und daher auch die im Fremdbesitz befindlichen Minderheitsanteile in den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln des konsolidierenden Unternehmens berücksichtigt werden müssen. Da ferner im Baseler Eigenmittel-Accord Konsolidierung oder Abzug von Beteiligungen vorgeschrieben wird und die Einhaltung der Kapitaladäquanz auf Einzelinstitutsebene (Ziffer 4) empfohlen wird, ist eine ungleichmäßige Verteilung des Kapitals innerhalb einer Gruppe kaum möglich, und eine Doppelverwendung von Kapital, sofern der Eigentümer der Minderheitsbeteiligung selbst Kapital und Abzugsvorschriften unterliegt, nicht gegeben.

Ferner wären in einem solchen Fall (Abzug der im Fremdbesitz befindlichen Minderheitsanteile) eine Sonderbestimmung für Special Purpose Vehicles (SPV) zur Emission hybriden Kapitals – das von Basel unter bestimmten Voraussetzungen und in bestimmtem Umfang anerkannt wird – vorzusehen.

Schließlich ist die Formulierung von Basel, die die Einbeziehung oder Nichteinbeziehung von Fremddanteilen in das Kapital der Gruppe den nationalen Aufsichtsinstanzen überlässt, abzulehnen, da solche nationalen Spielräume zu einem international unterschiedlichen Level Playing Field führen würden.

Ziffer 7 Der Baseler Ausschuss räumt ein, dass unter bestimmten Bedingungen eine Konsolidierung von Wertpapierfirmen oder anderer beaufsichtigter Finanzunternehmen nicht möglich oder erwünscht ist. Auch diese Formulierung ist sehr vage und führt zu umfangreichen nationalen Wahlrechten, welche abzulehnen sind. Ein Verzicht auf die Einbeziehung sollte sich auf ex ante exakt definierte Fälle beschränken. (Vergleiche dazu auch Artikel 52 der Richtlinie 2000/12)

Versicherungstöchter

Ziffer 9-10 Der Baseler Ausschuss hält es "für grundsätzlich angemessen", dass Beteiligungen von Banken an Versicherungsunternehmen abzuziehen sind.

1. Die Formulierung "grundsätzlich angemessen" wird wegen der nicht ausreichenden Determinierung abgelehnt.
2. Der Abzug von Versicherungsbeteiligungen vom Eigenkapital der Banken kann nicht generell akzeptiert werden, da sich Versicherungsrisiken grundsätzlich von den Kredit- und Marktrisiken von Finanzunternehmen unterscheiden. Darüber hinaus könnte eine derartige Regelung, die asymmetrisch ist, da Banken mit dem Abzug behaftet werden, während Versicherungen Bankbeteiligungen nicht abzuziehen hätten, zu einer Aufsichtsarbitrage zwischen Versicherungen als Mutterinstituten und Banken als Mutterinstituten führen. Aus der völlig unterschiedlichen Risikocharakteristik von Versicherungsrisiken im Vergleich zu Bankrisiken ergibt sich, dass das Risiko einer Versicherungsbeteiligung im schlimmsten Fall mit dem Verlust der Beteiligung selbst begrenzt ist.

Das Risiko einer Beteiligung selbst wird nach derzeitiger Rechtslage aber mit acht Prozent Eigenmittelunterlegung bereits abgedeckt. Gemäß der im Baseler Ansatz vorgesehenen höheren Unterlegung von risikohaften Beteiligungen wäre damit dieses Risiko mit maximal zwölf Prozent (150% Gewichtung) und nicht mit 1250% wie im Fall des Abzuges zu unterlegen.

3. Die Anwendung alternativer Ansätze bzw. der Risikoaggregation der nationalen Entscheidung zu überlassen, wird aus den Überlegungen, ein level playing field sicher zu stellen, abgelehnt.
4. Verstärkt wird die Gefahr von Wettbewerbsungleichheit noch dadurch, dass diese alternativen Ansätze bzw. die Risikoaggregation nicht einmal näher determiniert sind.
5. Alles in allem zeigt sich, dass die spezifischen und branchenübergreifenden Fragestellungen im Zusammenhang mit Finanzkonglomeraten nicht einseitig in einer Bankaufsichtsregelung geklärt werden können.

Ziffer 11-12 Wir gehen davon aus, dass die Behandlung von Versicherungsbeteiligungen ebenso wie die Zurechnung von Kapital in einem Konsolidierungskreis im Rahmen der EU in der Richtlinie Financial Conglomerates behandelt werden wird. Da die Baseler so wie die EU-Eigenmittelvorschriften heute noch nicht absehen lassen, welche Auswirkungen im Detail diese neuen Vorschriften auf das Eigenkapital der Kreditinstitute haben, plädieren wir daher dafür, dass der gesamte Komplex "aufsichtsrechtliches Kapital eines Financial Conglomerates" auf einen Zeitpunkt nach Inkrafttreten der neuen Eigenmittelbestimmungen verschoben werden soll und dann auf internationaler Ebene geregelt wird.

Für den derzeitigen Stand der Diskussion gilt daher die eingangs begründete Ablehnung (siehe Punkt "generelle Bemerkungen").

Ziffer 13 Bei der Einhaltung der Kapitalvorschriften der Versicherungstochter auf Solobasis stellt sich die Frage: Welche Kapitalvorschriften?

Wesentliche Minderheitsbeteiligungen an Finanzinstituten

- Ziffer 14 Die Grenze, oberhalb der eine Minderheitsbeteiligung als wesentlich angesehen wird, soll nach den Baseler Vorschlägen den nationalen Aufsichtsbehörden überlassen werden. Auch hier ist es notwendig, dass im Sinne eines Level Playing Fields eine international einheitliche Regelung definitiv vorgeschrieben werden muss. Es wird angeregt auch hier die in der EU bereits bestehenden Regelungen zu übernehmen, gleiches gilt für die in der EU verpflichtende Quotenkonsolidierung von Joint Ventures.
- Ziffer 15 Wir gehen davon aus, dass die De Minimis-Regelung der EU weiter aufrecht bleibt. (Art. 34 Z. 12,13 RL 12/2000)

Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen

- Ziffer 16 Zur Determinierung des Begriffes "bedeutender Anteil" siehe die analog anwendbare Stellungnahme zu Ziffer 14.
- Hinsichtlich der Überschreitung der Grenzwerte von 15 % beziehungsweise 60 % ist festzuhalten, dass hier eine Klarstellung erfolgen muss, dass sich der Abzug lediglich auf den diese Grenzwerte überschreitenden Teil beziehen kann.

F. Abzug von Beteiligungen an nicht konsolidierten Unternehmen

- Ziffer 17 Warum wesentliche Beteiligungen, die keinen bedeutenden Anteil erreichen, mit **mindestens** 100 % gewichtet werden müssen, ist nicht einsehbar.
- Wir verlangen, dass diese Beteiligungen wie die unwesentlichen - ratingabhäng - gewichtet werden (im IRB-Ansatz wird für Anteilsrechte eine - noch nicht ausgeführte - spezielle Behandlung in einer eigenen Klasse gelten).
- Ziffer 18 Kapitalabzüge gleichmäßig vom Tier I und vom Tier II vorzunehmen, bedeutet eine wirtschaftliche "Verschärfung" der Abzugsbestimmungen bei Minderheitsbeteiligungen, und zwar sowohl auf Solobasis als auch auf konsolidierter Basis, und sind daher abzulehnen.

Stellungnahme zu EU-Konsultationspapier

Anwendungsbereich

Einleitung Allgemein

Ziffer 8 Das EU-Konsultativpapier kündigt in der geplanten Richtlinie über Finanzkonglomerate einen EU-Alleingang an, der von der österreichischen Kreditwirtschaft in diesem wettbewerbssensiblen Bereich entschieden abgelehnt wird.

Zu Punkt 1: Beaufsichtigte Unternehmen

Ziffer 9 ff Der Ansatz der EU, dass das neue Eigenmittelkonzept für alle Kreditinstitute und Wertpapierfirmen anzuwenden ist, wird begrüßt. Wie in Ziffer 13 ausgeführt, wird der überwiegende Teil der Vorschriften nur Kreditinstitute betreffen. Dennoch gibt es eine Reihe von Bestimmungen in den neuen Eigenmittelvorschriften, die ebenso Wertpapierfirmen betreffen können. In diesem Zusammenhang ist es um so wichtiger, zwischen den Unternehmen, die der EU-Regulierung unterliegen, sei es durch die spezifischen Sektorrichtlinien, sei es durch die Konsolidierungsvorschrift, und den Unternehmen der Finanzindustrie außerhalb der EU ein Level Playing Field herbei zu führen. Dies gilt nicht nur für die Regulierung der Kreditinstitute, sondern auch der Wertpapierfirmen und insbesondere auch für das Level Playing Field zwischen Universalbanken und Kredit- und Finanzinstituten, die dem Trennbankensystem unterliegen.

Umfang der Konsolidierung

Überblick

Ziffer 29 Der im EU-Papier vertretenen Meinung, dass hinsichtlich des Konsolidierungsumfanges nur mehr eine geringfügige Anpassung erfolgen muss, um die erwünschte Kompatibilität der Ansätze zwischen Basel und Brüssel zu erreichen, kann angesichts des Basel-Papiers und der darin enthaltenen umfangreichen nationalen Wahlrechte nicht zugestimmt werden.

Ziffer 30 Eine Revision der EU-Bestimmungen in der Form, dass der Eigenkapitalabzug für nicht konsolidierte Beteiligungen in Form von 50 % Tier-1-Kapital und 50 % Tier-2-Kapital getätigt werden soll, bedeutet eine

nicht akzeptable Verschärfung gegenüber der derzeitigen Situation. Es ist darüber hinaus zu klären, was passiert, wenn sich im Zuge dieser Regelung ein negativer Tier-2-Wert errechnen würde (z.B. Kreditinstitut hat nur Tier 1).

Cross-Sector-Implications

- Ziffer 31 ff Es ist zu begrüßen, dass die EU in ihrer Regelung die Cross-Sektor- Fragen wie Financial Conglomerates und den Abzug von Versicherungen nicht im jetzigen Eigenmittelansatz regeln will. Unbeschadet des zu Ziffer 33 gesagtem lehnen wir darüber hinaus einen Alleingang der EU in diesem wettbewerbssensiblen Bereich ab.
- Ziffer 33 Wir halten es für unmöglich, zu einer Zeit, in der die Eigenmittelerfordernisse für den Bankensektor neu verhandelt werden, gleichzeitig Verhandlungen über die Financial Conglomerates zu führen. Dies um so mehr als zum heutigen Zeitpunkt, das heißt, ohne dass ein konkreter Richtlinienvorschlag hinsichtlich der neuen Kapitaladäquanz seitens der Kommission vorliegt, die Konsequenzen einer Financial Conglomerate Directive nicht eingeschätzt werden können. Die Feststellung, dass der unbestimmte Ausdruck "mainly or principally" mehr als 50% bedeutet, ist zu begrüßen.
- Ziffer 34 Die Crossholdingsregelungen soweit sie Kreditinstitute, Finanzinstitute und Wertpapierhäuser betreffen, sollen in diesem Zusammenhang und nicht in der Financial Conglomerates-RL geregelt werden. Insgesamt wird der Z. 34 abgelehnt.
- Ziffer 36 Wir nehmen zur Kenntnis, dass die im ersten Konsultationspapier aufgeworfene Frage der Behandlung von Fremdanteilen im Rahmen der Konsolidierung nun doch auf eine spätere Initiative verschoben wird und verweisen auf unsere Stellungnahme zu EU-Konsolidierungspapier I und dem oben zu Basel II Ziffer 6 Gesagtem.

Waiver Proposal:

Ziffer 38 ff des EU-Papiers

Die bisherige EU-Regelung war so, dass unter bestimmten Bedingungen im Falle einer Gruppenkonsolidierung weder unterkonsolidiert werden musste, noch das Einzelunternehmen die

Solvabilitätsbestimmungen erfüllen musste (Soloansatz). Der nunmehrige EU-Ansatz sieht folgendes vor:

1. Konsolidierung bis zum Niveau der Finanzholdinggesellschaft.
2. Als Alternative zur vollen Subkonsolidierung steht die Möglichkeit des Abzuges des Buchwertes einer Tochter beziehungsweise einer Beteiligung (Beteiligungsgrenze 10 %) an einem Kreditinstitut oder an einer Wertpapierfirma.
3. Jedes Kreditinstitut und jede Wertpapierfirma der Gruppe muss auf individueller Basis adäquat mit Kapital ausgestattet werden. Allerdings kann die Aufsichtsbehörde unter bestimmten Umständen Ausnahmen zulassen.

Die Ausnahmen sind:

Die unterkonsolidierten Eigenmittel sind ausreichend, es gibt keine gesetzlichen Beschränkungen eines Kapitaltransfers zwischen den Gruppenmitgliedern, die Verpflichtung der Muttergesellschaft, Überschusskapital von anderen Gruppenmitgliedern zu transferieren, falls beim bevorzugten Unternehmen die Eigenmittel unter ein bestimmtes Niveau fallen, und die Aufsichtsidentität zwischen Mutter und Tochter, beziehungsweise umgekehrt, muss gegeben sein. Das heißt, alle Unternehmen müssen in einem Land liegen.

Die EU will mit diesem Ansatz einen Gleichklang zu Basel erreichen, geht aber über die Baseler Regelung noch hinaus. Zum einen definiert die Kommission was ausreichend kapitalisiert ist und zum anderen gilt der Anwendungsbereich nicht nur für Kreditinstitute, sondern auch für Wertpapierfirmen. Das heißt auch, dass der bestehende Waiver für Wertpapierfirmen mit der neuen Regelung ausläuft. Im Grunde läuft die EU-Regelung darauf hinaus, dass in Zukunft im Prinzip die Erfüllung des Soloansatzes de facto gegeben sein wird und von dieser nur in Ausnahmefällen, die wie oben beschrieben definiert sind, abgegangen werden kann. Die Subkonsolidierung wird hingegen de facto gegeben sein, da die Alternative (Abzug) in der Regel zu einem höheren Eigenmittelverbrauch führt. Wie schon in unserer Stellungnahme zu Basel I beziehungsweise EU I sind wir aus bekannten Gründen gegen die Subkonsolidierung innerhalb der Gruppe. Die Erfüllung auf Solobasis ist derzeit in Österreich schon vorgeschrieben und ist daher kein Problem.

Die Kreditwirtschaft begrüßt den Vorschlag der Kommission (Ziffer 42), dass in der derzeitigen Behandlung von Basel / EU II die Frage einer reduzierten Anrechnung von Minderheitsanteilen auf konsolidierter Basis nicht berücksichtigt wird und dies zu einem späteren Zeitpunkt geregelt werden soll, wobei wir schon jetzt unsere prinzipielle Meinung, wenn alle Aktiva in die Konsolidierung einbezogen werden, auch alle Eigenmittelanteile einbezogen werden müssen, deponieren.

Teil 2: Erste Säule - Mindestkapitalanforderungen

I Kreditrisiko - Standardansatz/Allgemeine Regeln

Siehe grundsätzliche Ausführungen.

1. Forderungen

(i) Forderungen an Staaten

Ziffer 24 Nach Ziffer 24 liegt es im nationalen Ermessen, für Kredite der Banken an ihren Heimatstaat beziehungsweise ihre Zentralbank ein geringeres Risikogewicht zuzulassen, wenn diese Kredite in der eigenen Währung gegeben werden und in dieser refinanziert sind. Es wird gefordert, dass solche Ermessensentscheidungen publiziert werden und die Anwendung dieser Risikogewichte für Institute mit Sitz in einem anderen Land unter den selben Bedingungen automatisch erfolgen (automatische gegenseitige Anerkennung von nationalen Ermessensentscheidungen), ohne dass wiederum eine Zustimmung der jeweiligen Aufsicht notwendig ist.

Ziffer 25 Die OECD-Methode von 1999 sollte für die aufsichtliche Anerkennung der Länderklassifizierung von Exportkreditagenturen nicht das einzige Kriterium sein, sondern es sollten, jedenfalls hinsichtlich der von ihnen angewandten Methodik, die gleichen Kriterien wie für externe Ratingagenturen gelten.

(ii) Forderungen an öffentliche Unternehmungen

Ziffer 27 Hier gilt das zu Ziffer 24 gesagte, hinsichtlich der Veröffentlichung der nationalen Entscheidungen und der gegenseitigen Anerkennung dieser Entscheidungen.

Bei der Einstufung von ausgegliederten Unternehmungen mit öffentlichen Trägern wird im Begleitdokument hauptsächlich auf die Möglichkeit der Abgabeneinhebung durch diese Stelle abgestellt. Hier sollten wie bisher auch Haftungen der jeweiligen Gebietskörperschaften berücksichtigt werden und die gleiche Gewichtung wie bei Forderungen gegen Banken möglich sein.

(iv) Forderungen gegenüber Banken

Ziffer 29 ff Zu den Forderungen gegen Banken sind weiterhin zwei Optionen vorgesehen. Ein Rating, das dem Sovereign-Rating entspricht, plus einer Stufe oder, Option zwei, die Einstufung gemäß externem Rating der Bank. Die zweite Option sieht darüber hinaus noch für Kredite mit einer Laufzeit von drei Monaten oder weniger eine weitere Vergünstigung vor. Welche Option gewählt wird unterliegt nach dem Basler Papier den nationalen Aufsichtsbehörden. Die freie Wahl der Aufsichtsbehörden wird wegen der Gefahr von aufsichtsrechtlicher Arbitrage abgelehnt.

Beispiel:

Bankrating	Länderrating	Option	Gewicht
BBB-	B-	1	100 %
		2	50 % (20)
BB+	AAA	1	20 %
		2	100 % (50)

Wie das Beispiel zeigt, kann es zu starker aufsichtsrechtlicher Arbitrage kommen, weshalb einer international einheitlichen Regelung der Vorzug gegeben wird.

Ausgehend von den heutigen Annahmen des Konsultationspapiers bevorzugen wir eine Festlegung auf Option 1. (Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf unsere Forderung in Ziffer 33.)

Ziffer 32 Bestehende technische Abwicklungen im Zusammenhang mit der Spitzeninstitutsfunktion sollten durch die neuen Bestimmungen nicht berührt sein.

Ziffer 33 Die für die Option 2 angeführte geringere Unterlegung von kurzfristigen Forderungen bis zu drei Monaten sollte auch für die Option 1 angewendet werden. Ferner ist es erforderlich, dass für kurzfristige Forderungen eine Laufzeit von sechs Monaten definiert wird. Die generelle, geringere Gewichtung von kurzfristigen Forderungen in Option 1 ist schon deshalb angebracht, da auch die Ausnahme in Ziffer 33 für beide Optionen gilt, wonach im Falle der bevorzugten Gewichtung von Forderungen an den Sovereign (Ziffer 24) diese auch für Banken (plus einem Risikogewicht) angewendet werden.

Die Laufzeit von Forderungen sollte ferner nicht nach ihrer Ursprungslaufzeit, sondern nach der Restlaufzeit berechnet werden.

Ziffer 35 Das 50 % Gewicht sollte auch für BBB-Corporates gelten, da die historischen Ausfallraten von BBB-Bonds nur unwesentlich höher als Bonds mit Rating A sind, der Sprung zu sub-invest jedoch groß ist. Diese Forderung gilt auch für Ziffer 32.

(vi) Forderungen gegenüber Unternehmungen

Ziffer 36 Ein höheres Risikogewicht für ungeratete Unternehmen in Ermessen der nationalen Aufsicht wird als problematisch angesehen, da dies zu Wettbewerbsverzerrungen führen muss.

(vii) und (viii) Hypothekarkredite

Ziffer 37/38 Wir begrüßen, dass für hypothekarisch besicherte Wohnbaukredite und für hypothekarisch besicherte gewerbliche Immobilien ein geringeres Risikogewicht vorgesehen wird.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass Grundpfandrechte im Abschnitt über Sicherheiten behandelt werden sollten. Dadurch würde es ermöglicht, dass im Baseler Papier Grundpfandrechte auch explizit als sogenannte anererkennungsfähige Sicherheiten genannt würden.

(ix) Höhere Risikogewichte

Ziffer 39 Für Forderungen, die mehr als neunzig Tage mit ihrer Bedienung (Zinsen oder Kapital) im Rückstand sind, soll ein Risikogewicht von 150 % für den nicht besicherten Teil abzüglich Vorsorgen vorgesehen werden. Es ist nicht einzusehen, warum bevorsorgte Forderungen mit einem höheren Gewicht belegt werden sollen. Dies würde bedeuten, dass das Maß der

Bevorsorgung falsch wäre. Ist die Bevorsorgung richtig, so ist ein höheres Gewicht nicht gefordert, wäre sie falsch, müsste de facto ein Abzug erfolgen. (Vorsichtsmotiv sollte aufsichtsrechtlich "nicht bestraft" werden)

Ziffer 40 Eine Erweiterung der 150 %-Risikokategorie auf andere Assets, die zudem nicht exakt definiert sind, ist abzulehnen.

Ziffer 41 Sonstige Aktiva

Nach den geltenden Eigenmittelvorschriften sind Gebäude und Einrichtungen sowie sonstige Sachanlagen mit 100 % zu gewichten. Folgt man dem Baseler Papier und der Definition für das operationale Risiko (Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten, die in Folge der Unangemessenheit von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen auftreten), so ist das Risiko von Sachanlagen als operationelles Risiko zu werten. Da das operationale Risiko einer gesonderten aufsichtsrechtlichen Behandlung unterliegen wird, wären diese Aktiva aus dem Kreditrisiko heraus zu nehmen und ihr Risiko würde durch die Unterlegung des operationalen Risikos abgedeckt.

(xi) Außerbilanzielle Geschäfte

Ziffer 43 Ziffer 43 im Baseler Eigenmittel-Papier lautet: "Der Kreditumrechnungsfaktor (Credit Conversion Factor, CCF) für Zusagen mit einer ursprünglichen Laufzeit bis zu einem Jahr beträgt 20 %". Es muss sichergestellt werden, dass der Kreditumrechnungsfaktor von 20 % für längere Laufzeiten gilt.

2. Externe Bonitätsbeurteilungen

(i) Das Anerkennungsverfahren

Ziffer 45 Nach den Baseler Vorschlägen sollen die externen Ratingagenturen durch die nationalen Aufsichtsbehörden anerkannt werden und das Verfahren der Anerkennung veröffentlicht werden. Wenn eine gegenseitige Anerkennung von national anerkannten Ratingagenturen erfolgen sollte, könnte dies allerdings nur dann befürwortet werden, wenn auf internationaler Ebene strikte Eignungskriterien bestünden, die sich zumindest an die an die Banken

gestellten Anforderungen beim IRB orientierten (inklusive Disclosure-Anforderungen).

(ii) Eignungskriterien

Ziffer 46 Nach den Vorstellungen von Basel müssen die externen Ratingagenturen (ECAI) sechs Anforderungskategorien erfüllen, um von den nationalen Behörden anerkannt zu werden. Um die Vergleichbarkeit zwischen externen Ratings und internen Ratingansätzen zu ermöglichen, sollte sichergestellt werden, dass die Methoden der externen Ratingagenturen den gleichen Anforderungen genügen müssen, wie die der internen Ratingsysteme. Insofern ist es erforderlich, dass für die in Basel aufgestellten sechs Anforderungskategorien genaue international vergleichbare Definitionen erstellt werden, um einerseits die nationalen Spielräume zu reduzieren und andererseits tatsächlich die Gewähr zu haben, dass hier die gleichen Kriterien angelegt werden, wie bei den internen Ratingsystemen.

3. Implementierung

(i) Mapping Process

Ziffer 47 Nach den Vorschlägen des Baseler Ausschusses sollen die nationalen Aufsichtsinstanzen die Ratingstufen externer Ratingagenturen zu Bonitätsgewichten zuordnen. Um hier einerseits eine international vergleichbare Vorgangsweise zu garantieren und andererseits die Vergleichbarkeit mit dem Internen Rating Approach sicher zu stellen, sollten für jede Klasse von Forderungen entsprechend ihrem Rating (Staat, Banken, Unternehmen) Ausfallswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden. Diese „Master Scale“ sollte für alle Staaten einheitlich sein. In diesem Master Scale sollten die Ratingstufen aufsichtlich anerkannter, externer Ratingagenturen anhand der von den Agenturen ermittelten Ausfallswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden.

Ziffer 49 Die Forderung, dass die Ratings externer Ratingagenturen konsistent, das heißt sowohl für die aufsichtsrechtliche Risikogewichtung als auch für den internen Risikomanagementprozess angewandt werden müssen, ist verständlich. Allerdings darf die konsistente Anwendung nicht bedeuten, dass für bestimmte Forderungsarten immer die selbe Ratingagentur herangezogen werden muss. Dies würde nicht nur einen Wettbewerbsnachteil für neue Ratingagenturen bedeuten, sondern auch die

Anwendbarkeit externer Ratings im Standardansatz erheblich einschränken.

(iii) Emittenten versus Emissionsrating

Ziffer 54 ff Die in Ziffer 54 und 55 vorgeschlagenen Lösungen für Emittenten und Emissionsratings dürften zu keiner einheitlichen Anwendung führen und müssten daher überdacht werden. Folgende Prinzipien sollten dabei zu Grunde gelegt werden:

Emissionsratings sind nur für bestimmte Emissionen zu verwenden. Ansonsten sind Emittentenratings zu verwenden. Emissionsratings auch für Emittentenratings zu nutzen führt nicht nur zu Verzerrungen von oben nach unten hinsichtlich der zu unterlegenden Risikogewichte, sondern ist für die Institute auch mit einem unverhältnismäßig großen Überwachungsaufwand verbunden und sollte präzise geregelt werden.

(iv) Kurzfristige - langfristige Ratings

Ziffer 56 ff Wir fordern die fristenkongruente Anwendung von Ratings. Das heißt, zB für kurzfristige Forderungen sollten auch kurzfristige Ratings verwendet werden können, auch wenn langfristige Ratings vorhanden sind.

(vi) Nicht beauftragte Ratings

Ziffer 60 Die Bestimmung, dass die nationalen Aufsichtsbehörden den Banken erlauben können, nicht beauftragte Ratings ebenso heranzuziehen wie beauftragte, wird abgelehnt.

II Kreditrisikominderung im Standardansatz

Siehe grundsätzliche Ausführungen.

1. Anwendungsgebiet

Ziffer 61 Im taxativ aufgezählten Sicherheitenkatalog wird die hypothekarische Besicherung nicht erwähnt. Hypothekarische Sicherheiten werden – getrennt von den sonstigen Sicherheiten – im Standardansatz behandelt. Bei den hypothekarischen Sicherheiten handelt es sich um normale bankübliche Sicherheiten, welche daher auch in diesem Abschnitt zu behandeln

wären. In einigen Punkten, in denen Sonderbehandlungen von Sicherheiten vorgeschlagen werden, wären hypothekarische Sicherheiten nicht berücksichtigt.

Zusätzlich schlagen wir vor, auch weitere Sicherheiten wie zB Forderungsabtretungen Dritter in den Sicherheitenkatalog aufzunehmen.

Weiters schlagen wir gehandelte Waren (neben Gold), die dem Marktrisiko unterliegen und in der Berechnung der Kapitalunterlegung des Handelsbuches mit zu berücksichtigen sind, ebenfalls für die Aufnahme in den Sicherheitenkatalog vor.

Auch

- Zessionen
- Verpfändungen von beweglichen Sachen
- verpfändete Bareinlagen bei anderen Banken
- Verpfändungen/Vinkulierungen von Versicherungen
etc.

müssten als risikomindernde Kreditsicherheiten anerkannt werden.

2. Sicherheiten

Ziffer 65 Sollte allerdings die Bank wirklich lediglich als Vermittler auftreten ohne selbst das Risiko für den Counterpart aus dem Pensionsgeschäft zu übernehmen, wird eine Kapitalanforderung für dieses Geschäft abgelehnt. Die Unterlegung von Treuhandgeschäften wird abgelehnt, da es als operationales Risiko anzusehen ist.

(i) Mindestbedingungen

(a) Rechtliche Sicherheit

Ziffer 68 ff Die Forderung Rechtsgutachten für die Durchsetzbarkeit von Sicherheitenvereinbarungen einholen zu müssen, kann sich sinnvollerweise nur auf solche Sicherheiten beziehen, deren rechtliche Durchsetzbarkeit oder Verwertbarkeit aufgrund der Neuartigkeit der Konstruktion der Sicherheit ungewiss ist (und solche Sicherheiten nach dem derzeitigen Papier aber ohnehin nicht berücksichtigt werden dürfen).

Ziffer 69 Dies entspricht dem Status quo. Klarzustellen ist allerdings, dass in den meisten Fällen keine Eintragung in ein „Register“ zu erfolgen hat, sondern Wertpapierdepots, auf die ein Zugriffsrecht besteht (zB Verpfändung, Retention, Kompensation), gesperrt werden. Abgesehen davon wird auch die Anerkennung von Sicherheiten gefordert, die bei einer Drittbank hinterlegt sind.

Ziffer 70 Ein neuerliches Rechtsgutachten erscheint erst nach Gesetzesänderungen oder nach geänderter Rechtssprechung notwendig. Ein jährliches Rechtsgutachten wird daher abgelehnt.

Ziffer 71 Der Begriff „zeitnahe“ ist nicht definiert. Abgesehen davon sollte die Entscheidung bezüglich Veräußerungszeitpunkt dem jeweiligen Kreditinstitut überlassen bleiben. In diesem Fall wird die Sicherheit als Aktivum anstelle der Kundenforderung treten (und ist entsprechend in der Kapitalanforderung zu berücksichtigen). Es sollte maximal eine entsprechende Bewertung der Sicherheit zeitnahe erfolgen.

(c) Robustes Risikosteuerungsverfahren

Ziffer 73 Für diese "sonstigen Risiken" (insbesondere operationelles und rechtliches Risiko) sind bereits

andere Formen der Kapitalunterlegung gefordert, dh es würde hier eine doppelte Kapitalunterlegung vorgesehen. Diese zusätzliche Kapitalforderung wird daher abgelehnt bzw. sollte eine entsprechende Anrechnung auf die Unterlegung des operationalen Risikos erfolgen.

Ziffer 74 Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu Ziffer 149.

(II) DIE METHODEN

Ziffer 75 Auch hier sollte die Verwendung beider Ansätze ermöglicht werden. Voraussetzung könnte eine genaue Abgrenzung der jeweiligen Geschäftseinheiten und die durchgängige Anwendung eines Ansatzes in dieser Geschäftseinheit sein.

Die Aufrechterhaltung dieser Forderung würde die Akquisition von neuen Gesellschaften wesentlich behindern. Insbesondere bei den heute üblichen Privatisierungen ist der Einsatz des umfassenden Ansatzes in den neu akquirierten Tochtergesellschaften nicht möglich.

(a) anerkennungsfähige Sicherheiten

Ziffer 76 Wir fordern die Anerkennung weiterer banküblicher Sicherheiten wie

- als Sicherheit bestellte Warenlager mit Zugriffsrecht, insbesondere wenn es sich um handelbare Waren handelt, die bereits heute im Rahmen des Handelsbuches berücksichtigt werden,
- sonstige Aktiva mit Zugriffsrecht, die den o.a. Bedingungen entsprechen (zB verpfändete Forderungen),
- unter Eigentumsvorbehalt geleistete Sicherheiten (Autofinanzierung),
- als Sicherheit dienende Bareinlagen bei anderen Banken

Der Begriff Hauptindex ist nicht definiert. Eine entsprechende Definition sollte jedenfalls auf entsprechend marktbreite Indizes abstellen, da ansonsten beispielsweise die Berücksichtigung von breitgestreuten und somit das Marktrisiko der Sicherheit verringernden Depots und Investmentfonds im einfachen Ansatz unnötig stark eingeschränkt bzw unmöglich gemacht wird.

Ziffer 78 In Anforderung (c) sollte auf die Gleichrangigkeit der Emission hingewiesen werden. (dh „keine andere Emission“ sollte durch „keine andere gleichrangige Emission“ ersetzt werden. Insbesondere Anforderung (d) muss genauer spezifiziert werden. Die Anforderungen (e) sind nicht umsetzbar und daher zu streichen.

Wir fordern auch schon im einfachen Ansatz für die Berücksichtigung von Sicherheiten im Standardansatz, dass ungeratete Bankanleihen auch ohne Börsennotiz eine vollwertige Sicherheit darstellen.

Ziffer 79 Da im wesentlichen nur von den eigenen KAGs die Zusammensetzung bekannt ist (und nur einmal jährlich durch andere KAGs publiziert wird) ist die Administration dieser Anforderungen nicht praktikabel. Die KAGs müssten zusätzlich veröffentlichen, welche ihrer Fonds anererkennungsfähig sind und welche nicht.

Speziell unter diesem Gesichtspunkt ist die zu Ziffer 76 geforderte Anerkennung von als Sicherheit dienenden Bareinlagen bei anderen Banken erforderlich, da sonst kein Fonds mehr die Voraussetzung von Ziffer 79 erfüllt.

Ziffer 79 u. 89 Hier sollten weiters Ausnahmen für Hedging-Transaktionen, aber auch generell für geringfügige Derivativpositionen, die keinen größeren Einfluss auf das Risikoprofil des UCITS bzw des Investmentfonds haben, vorgesehen werden, da insbesondere erstere geeignet sind, das Marktrisiko der Sicherheit zu verringern. Ausnahmen für weitere wiederum halten durch den Wegfall der Verpflichtungen zum Einzelnachweis des Hedging-Zwecks die Verwaltungskosten des Fonds in vertretbarem Rahmen.

(b) Der umfassende Ansatz

Ziffer 80 Sicherheitsmargensätze sollten nur für das Marktrisiko anzuwenden sein. Sonstige Risiken (zB operationale Risiken) werden bereits durch sonstige Maßnahmen durch Kapital abgedeckt. Eine zusätzliche Kapitalunterlegung wird daher abgelehnt. (Alternative: Aufrechnung bei der Unterlegung der operationalen Risiken)

Ziffer 81 Hier sollte man nach marktüblichen Kriterien vorgehen. Die Forderung stellt in der vorliegenden Form einen wesentlichen Markteingriff dar.

- Ziffer 82 Bei täglicher Marktbewertung und Nachschussverpflichtung erscheint diese Anforderung nicht sinnvoll. Abgesehen davon ist die Anerkennung von „verbundenen Währungen“, dh von Währungen, die aufgrund der statistischen Erfahrung stark positiv korrelieren (siehe Definition in Pkt. 94), sowie die Berücksichtigung eines Laufzeitenfaktors erforderlich.
- Ziffer 84 Die Berücksichtigung eines zusätzlichen Faktors („w“) wird abgelehnt, da die damit zu unterlegenden Risiken bereits berücksichtigt sind.
- die Forderung ist gemäß Säule 1 entsprechend dem Kundengewicht (bzw. dem internen Rating) zu unterlegen,
 - für diese Forderung ist – bei Anwendung von Sicherheiten, ein zusätzlicher Haircut zu berücksichtigen,
 - bei den Sicherheiten ist ein weiterer Haircut zu berücksichtigen
 - bei Währungsinkongruenzen ist ein weiterer Abzugsfaktor vorgesehen.
 - Ein Aufschlag wegen Granularität ist vorgesehen, um notwendige Streuungen zu erzwingen.
 - Das operationelle Risiko ist zusätzlich zu unterlegen,
 - Von der Aufsicht kann ein individuell höherer Eigenmittelquotient festgelegt werden
 - Weiters wird gefordert, dass Banken Eigenmittel über den aufsichtsrechtlichen Mindesteigenmittel halten sollen, um Risiken, die nicht in Säule 1 berücksichtigt sind, zu unterlegen.
 - Ein Mindestanrechnungsfaktor für Forderungen wird in jenen Fällen gefordert, in denen der Wert der Sicherheit den Wert der Forderung übersteigt.
 - Zusätzlich wird ein Faktor „w“ für undefinierte Risiken eingeführt.

Insgesamt führt der zusätzliche Sicherheitsabschlag „w“ letztlich zu einer Doppelunterlegung und wird daher abgelehnt.

- Ziffer 85 Die Berücksichtigung der „Volatilität“ der Forderung ist abzulehnen. Forderungen im Bankbuch (v.a. Kredite) werden im wesentlichen nicht zum Marktkurs bewertet (Kreditportefeuille sowie Wertpapiere des Anlagebuches). Den maximalen Verlust stellt der Buchwert dar. Ein zusätzlicher Abschlag für diesen Buchwert ist unverständlich. Abgesehen davon wird bei Verwendung des Marktwertes dieser Marktwert auch als Basis für die Berechnung

des Kapitalerfordernisses herangezogen, dh die „Volatilität“ der Forderung findet damit implizit Berücksichtigung in der Berechnung des Mindesteigenkapitals.

Zusätzlich ist der „Mindestanrechnungsfaktor“ nicht verständlich. Sollte zB die Sicherheit in Form von Staatspapieren wesentlich die Höhe der Forderung übersteigen, kann ein „Mindestanrechnungsfaktor“ nicht akzeptiert werden.

Abgesehen davon steht dieser Berechnungsmodus im Widerspruch zum Ansatz „Zuordnung zu Dritten“, wo keine Hinzurechnungen vorgesehen sind.

Zusätzlich wird die vorgeschlagene Vorgangsweise zu immensen administrativen wie EDV-technischen Kosten führen, die weit über das Ziel, Sicherheiten zu berücksichtigen, hinausgehen.

Es entsteht der Eindruck, dass das Konsultationspapier zusätzliche Forderungen zwar anerkennt, aber die Berechnungen derart verkompliziert, dass die Anwendung praktisch nicht durchführbar oder zu kostenintensiv ist.

Weiters entsteht der Eindruck, dass man im Konsultationspapier Risiko auf mathematischem Wege zu lösen versucht, wobei möglichst konservative Annahmen getroffen werden (siehe auch operationales Risiko), die in keinem Zusammenhang mit den der Praxis stehen.

Ziffer 87 Im letzten Satz ist vorgesehen, dass die Anwendung von internen Schätzungen für den Haircut auf den gesamten Bankkonzern anzuwenden ist. Wie auch bei anderen Kalkulationsmethoden ist die Anerkennung des partial use unbedingt erforderlich. Die strikte Anwendung des vorgeschlagenen Prinzips würde wesentlich die Akquisition neuer Tochtergesellschaften behindern, da u.U. die Haircuts nicht auf den gesamten Konzern übertragbar sind, die vorgeschlagene Komplexe Kalkulationsmethode insgesamt u.U. auf Teile des Konzerns angewendet werden und daher auch der Einsatz eigener Schätzungen auf die wesentlichen Gesellschaften eines Konzerns verhindert werden würde.

Ziffer 88 Da die österreichische Kreditwirtschaft die Einbeziehung von hypothekarischen Sicherheiten in das Kapitel Sicherheiten verlangt, deren Behandlung allerdings vollkommen unterschiedlich zu marktgängigen Sicherheiten sein muss, sollte hier eine Einschränkung auf handelbare Sicherheiten wie Wertpapier, Gold oder handelbare Waren ausdrücklich erfolgen. Insbesondere die Haircuts für längere

Laufzeiten bei souveränen Forderungen scheinen viel zu hoch.

- Ziffer 89 Hier sollte eine Einschränkung insofern erfolgen, als nur dann, wenn die Einzelforderungen in den Fonds nicht bekannt sind, der höchste Haircut entsprechend der Anlagestrategie zu verwenden ist. Zusätzlich sollte die definierte Anlagestrategie nach Produkten in den Haircuts berücksichtigt werden (zB bei mixed funds aus Aktien und Anleihen entsprechende Verwendung von Haircuts für Aktien und Anleihen; dh Unterlegung gem. der Maximalunterlegung lt. Veranlagungsstrategie).
- Ziffer 91 Auch hier ist es notwendig, „eng verbundene Währungen“ gesondert zu behandeln (wie dies in Pkt. 94 des Konsultationspapiers beschrieben ist). Abgesehen davon sollte der Haircut fristenkonform (dh entsprechend der Nachschusspflicht) erfolgen. Ein Haircut von 8 % zB für Overnight-Geschäfte oder bei täglicher Nachschusspflicht wird abgelehnt.
- Ziffer 92 Eine Verknüpfung der Anwendung von eigenen Haircuts mit der Anwendung des großen Wertpapierhandelsbuches wird abgelehnt, da der Rahmen des großen Wertpapierhandelsbuches wesentlich weiter geht als die Berechnung von Haircuts für bestimmte Produkte.
- Ziffer 94 Im Konsultationspapier werden „Vermögensgegenstände geringerer Qualität“ ebenso wie „geringe Liquidität“ nicht definiert. Diese müssten spezifiziert werden und zusätzlich mit den entsprechenden Halteperioden verknüpft werden.
- Ziffer 98 Die Haircuts steigen entsprechend dem jeweiligen Bewertungszeitraum unproportional an. Abgesehen davon ist im Falle von „besicherten Krediten“ nicht klar, welche Haircuts HE für die Forderung herangezogen werden soll. Dabei handelt es sich im wesentlichen um nicht geratete Kunden. Die dargestellten Anforderungen lassen, wie in der Einleitung bereits dargestellt, vermuten, dass Basel zwar bereit ist, zusätzliche Sicherheiten anzuerkennen, aber die Kriterien für die Berücksichtigung von Sicherheiten so hoch ansetzt, dass eine praktische Umsetzung kaum möglich ist. Die Höhe der Standard Haircuts für nicht geratete Forderungen sollte präzisiert werden.
- Ziffer 99 Die Forderung nach 20 Handelstagen bei täglicher Bewertung ist hier nicht verständlich, wenn man von einer jederzeitigen Nachschussverpflichtung des

Kunden ausgehen kann. Diese Forderung passt nicht in den gesamten Kontext des Konsultationspapiers und wäre daher generell zu streichen.

- Ziffer 100 Das Wort „ermittelt“ scheint sich auf die Preisfestsetzung am Markt, nicht aber auf die bankinterne Bewertung zu beziehen, da für diese in Absatz 99 eine Frist von sechs Monaten vorgesehen ist. Eine diesbezügliche Klarstellung ist erforderlich.
- Ziffer 101 Zu „w“ wurde bereits in Punkt 84 Stellung genommen.
- Ziffer 104 Es muss klargestellt werden, dass zu den wesentlichen Marktteilnehmern alle Banken zählen und hier keine Abstufung etwa nach der Größe oder dem Marktanteil gemacht wird.

(c) Der einfache Ansatz

- Ziffer 106 Eine Bewertung von Sicherheiten alle 6 Monate wird abgelehnt. Dies sollte sich lediglich auf marktgängige bzw. handelbare Sicherheiten beziehen, nicht jedoch auf sonstige Sicherheiten wie zB, die verlangte Anerkennung von hypothekarischen Besicherungen als Sicherheit.
- Hier sollte Sicherheiten generell differenzierter behandelt werden. Abgesehen davon sollte der Begriff „verpfändet“ durch „mit Zugriffsrecht“ ersetzt werden.
- Ziffer 108 Pkt. b - tägliche Bewertung von Krediten und Wertpapieren des Investment Portfolios ist nach derzeitigen Rechnungslegungsvorschriften (sowohl nationalen als auch internationalen) nicht vorgesehen und wird daher nicht akzeptiert.

3. Netting von Bilanzpositionen

- Ziffer 112 Da sich die Nettingmöglichkeit ausschließlich auf On-balance-sheet Produkte bezieht, ist eine Aufrechnung mit Off-balance-sheet - Produkten nicht gestattet. Es sollte jedoch die Nettingmöglichkeit auf alle anderen Produkte (Derivate) ausgedehnt werden, um so der effektiven Nettoposition mit demselben Counterpart Rechnung zu tragen.
- Ziffer 113 Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu Ziffer 149.

- Ziffer 114 Es wird gefordert, dass ein dem Nettingverfahren unterzogenes Portfolio aus mehreren Krediten und Einlagen „zerlegt und einzeln verrechnet“ werden muss. Diese Bestimmung ist insgesamt nicht nachvollziehbar und sollte daher entfallen.
- Ziffer 115 Die angegebenen Haircuts sind bereits oben diskutiert.
- Ziffer 116 Auch hier ist eine vereinfachte Methode anzuwenden. Nettingvereinbarungen mit gleicher Laufzeit in gleicher Währung (zB MM-Depots) sollten zu keinem Abzug von Sicherheiten führen, daher auch keine Berücksichtigung von Haircuts.

Zu berücksichtigen sind lediglich Laufzeiten- bzw. Währungsinkongruenzen. Zusätzlich fordern wir die Ausweitung auf Forderungen/Sicherheiten von Counterparts (Unternehmen, Banken, Souveräne) mit einem Rating von BBB.

4. Garantien und Kreditderivate

(i) Mindestbedingungen

- Ziffer 117 Eine hereingenommene (Bank-)Garantie ist unabhängig vom Risikosteuerungsprozess.
- Ziffer 118 Wir verweisen auch in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu Ziffer 149.

(a) Gemeinsame Anforderungen an Garantien und Kreditderivate

- Ziffer 120 Hier handelt es sich im wesentlichen um Risiken, die bereits in anderen Teilen berücksichtigt sind. Eine weitere Berücksichtigung durch Abschläge würde zu einer Doppelunterlegung führen und ist daher nicht vorstellbar.
- Ziffer 122 Es handelt sich nicht ausschließlich um die Absicherung von Krediten, sondern auch um sonstige Forderungen (zB bei Garantien für Leasinggeschäfte, Wertpapiere etc.). An Stelle der Verwendung des Begriffes „Kredit“ sollte der Begriff „Forderung“ stehen. Zusätzlich ist auch die Absicherung künftiger Forderungen zu berücksichtigen.
- Ziffer 124 Der Begriff „zeitnah“ wäre zu konkretisieren.

(b) Operationale Anforderungen an Garantien

Ziffer 125 Der Begriff "zeitnah" ist auch in diesem Zusammenhang zu definieren.

(c) operationale Anforderungen an Kreditderivate

Ziffer 126 Es werden operationale Anforderungen für die Anerkennung von Garantien und Kreditderivaten verlangt. Die angeführten Anforderungen dürfen zu keiner praxisfernen Überregulierung führen und müssen im einzelnen auf ihre Angemessenheit überprüft werden. International gültige Master Agreements und die darin enthaltenen Bedingungen sollten als Maßstab herangezogen werden.
Zu Punkt a) Hier sollte auch eine Anerkennung erfolgen, wenn nur der Kapitalteil durch dieses Kreditderivat abgedeckt ist.
Zu Punkt d) „alle wesentlichen Vorkommnisse“ wäre zu definieren. Hier sollten die marktüblichen Verträge berücksichtigt werden.
Zu klären ist , ob darunter auch Verträge mit cash delivery zu subsumieren sind.

Ziffer 128 Hier darf keine Beschränkung auf bestimmte Produkte erfolgen. ZB sollten andere Kreditderivate, die ebenfalls eine Absicherung bieten (zB Optionen) anerkannt werden. Jedenfalls sollte hier eine flexiblere Lösung gesucht werden, da die Entwicklung der Finanzmärkte sonst wesentlich beschränkt wäre. Wir schlagen daher anstelle der Definition von Produkten jene von Kriterien vor.

(ii) Anerkennungsfähige Garanten / Sicherungsgeber

Ziffer 129 Die Einbeziehung von Sicherheiten von Unternehmen mit einem Rating von BBB wird durch das Konsultationspapier ausgeschlossen, was nicht konsistent mit sonstigen Teilen des Papiers ist. Wir schlagen daher auch eine Berücksichtigung von Sicherheiten, die von Unternehmen mit einem Rating von BBB stammen, vor.

(iii) Risikogewichte

Ziffer 130 Die Berücksichtigung des Risikogewichtes des Schuldners für den abgesicherten Teil ist nicht verständlich und muss daher entfallen.

Ziffer 131 Die Bestimmung über „Materialitätsgrenzen“ unterhalb derer im Fall eines Verlustes keine Zahlungen geleistet werden und die somit Abzugsposten vom Eigenkapital darstellen, ist nicht nachvollziehbar, da diese wie der ursprüngliche Kredit behandelt

werden sollten. Es handelt sich dabei nicht a priori um first loss- positions. Wir fordern daher eine Kapitalunterlegung analog dem verwendeten Ansatz (Standard, foundation IRB oder advanced IRB)

- Ziffer 132 Der Faktor „w“ wird grundsätzlich abgelehnt, da es sich hier um einen Faktor für das operationale Risiko handelt und daraus eine doppelte Kapitalunterlegung resultieren würde.
Darüber hinaus wird dem Effekt der Risikoreduzierung durch den sog. „Doppelausfalleffekt“ (gleichzeitiger Ausfall von Schuldner und Garant) in keiner Weise Rechnung getragen. Dies sollte – v.a. hinsichtlich der sonstigen Anforderung an Korrelationskalkulationen, wie dies im Konsultationspapier vorgesehen ist – auf jeden Fall berücksichtigt werden.

(b) Vor und nachrangige Besicherung

- Ziffer 138 Diese pauschale Regelung des Abzugs kann nicht akzeptiert werden. Hier sollte zumindest das Rating des Schuldners eine wesentliche Rolle spielen.
- Ziffer 139 Die Berechnung eines „gewichteten“ Durchschnitts von Risikogewicht des Kreditnehmers und des Sicherungsgebers wird – wie bereits erwähnt – abgelehnt.
Auch dem Abzug vom Kapital kann nicht zugestimmt werden. Um konsistent mit dem gesamten Konsultationspapier zu sein, ist die Berücksichtigung des jeweiligen Ratings erforderlich.
- Ziffer 140 Dies bedeutet, dass Eigenmittel nur für die vorrangige Tranche zu halten sind. Eine Berechnung des Gesamtbetrages ist daher nicht notwendig.

(iv) Währungsinkongruenzen

- Ziffer 141 Zur Diskussion der Haircuts siehe oben.

(vi) W: Restrisiken

- Ziffer 144 Wie bereits erwähnt führt die Berücksichtigung eines Faktors „w“ zu einer doppelten Unterlegung des operationalen Risikos. Damit wird eigentlich die bisherige Regelung eingeführt (mit Ausnahme der sonstigen Haircuts), da derzeit lediglich Sicherheiten des Bundes oder von Banken anerkannt sind. (Ausnahme Barbesicherung, welche aber auch bei null bleibt)

Ziffer 145 Auch hier sollte für Banken ein „w“ von Null gelten.

Ziffer 148 Laufzeitinkongruente Absicherungen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr werden nicht anerkannt.

Ansonsten gilt:

$$R^{**} = (1 - t/T) \times r + (t/T) \times r^*$$

wobei:

R^{**} = Risikogewicht der laufzeitinkongruent abgesicherten Position

r = Risikogewicht der unbesicherten Position

r^* = Risikogewicht, wenn Position zeitlich vollständig abgesichert wäre

t = Restlaufzeit der Absicherung

T = Restlaufzeit des Kredites

Grundsätzlich ist die Anerkennung von laufzeitinkongruenter Absicherung zu begrüßen; nicht verständlich ist jedoch die Nichtanerkennung von Absicherungen mit Restlaufzeiten < 1 Jahr.

Die Methode der Berechnung der Anerkennung der Absicherung erscheint aufgrund ihrer Vereinfachung zwar praktikabel aber doch etwas willkürlich.

6. Offenlegung

Ziffer 149 Die Offenlegung steht in keinem kausalen Zusammenhang mit der Auslagerung von Kreditrisiken. Eine Junktimierung von Offenlegung und Anerkennung von Sicherheiten ist daher keinesfalls akzeptabel. Diese Information sollte lediglich im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Meldewesens an die zuständige Aufsichtsbehörde gehen.

***III Kreditrisiko – auf internen Ratings basierender Ansatz
(Internal Ratings-Based Approach (IRB – Approach))***

Wir verweisen auf unsere grundsätzlichen Ausführungen.

A AUFBAU DES IRB-ANSATZES

1. Klassifizierung der Kredite

(iv) Definition Kredite an Privatkunden

Ziffer 156 (Support. Dokument 266-270):

Definition Retail:

Neben dem „klassischen“ Retailkunden – die natürliche Person – ist grundsätzlich die Möglichkeit gegeben, sogenanntes Small Business innerhalb des Segmentes Retail zu platzieren. Dies muss allerdings von der entsprechenden nationalen Aufsichtsbehörde gebilligt werden. Die Abgrenzung zwischen klassischen Corporates und Small Business sollte über mehrere Komponenten erfolgen, da eine eindimensionale Abgrenzung (zB über die Einzelobligohöhe) zu extremen Verzerrungen führen kann – Bsp.: Großunternehmen mit einer Haupt- und mehreren Nebenbanken und dementsprechend geringen Obligos in den Nebenbanklinien.

Die Formulierung muss so gefunden werden, dass angesichts der österreichischen klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaftsstruktur kleine und mittlere Unternehmen sowie Freiberufler so weit wie möglich unter diese Definition fallen.

Die Möglichkeit der nationalen Aufsichtsbehörden, eine Mindestanzahl an Krediten festzulegen, muss insofern eingeschränkt werden, als die Mindestanzahl nicht so gewählt werden darf, dass es kleinen Banken unmöglich ist, den IRBA anzuwenden. Wird diese Möglichkeit nicht eingeschränkt, steht es nach den derzeitigen Vorschlägen (Einbeziehung aller 6 Teil-Portfolios in den IRBA) den nationalen Aufsichtsbehörden faktisch frei, einzelne Banken über diese Regelung generell von der Anwendung des IRBA auszuschließen.

(v) Definition: Projektfinanzierungen (Z. 157)

Ziffer 157 Zu klären ist hier, ob auch Bauträgerfinanzierungen in diese Definition hineinfallen (zB Sozialer Wohnbau).

2. Anwendung des IRB-Ansatzes auf alle Risikoaktiva

Ziffer 159 u.160 Banken, die den IRB-Ansatz partiell anwenden, haben einen anspruchsvollen und detaillierten Plan mit den Aufsichtsbehörden abzustimmen, dass sie innerhalb einer angemessen kurzen Zeitspanne („within a reasonably short period of time“) den IRB-Ansatz a) auf alle Risikoaktiva und b) über alle relevanten Geschäftsbereiche anwenden. Hier soll die Möglichkeit des „partial use of partial models“ bereits in den Papieren aus Basel und Brüssel eingearbeitet werden, dh es muss für die Banken möglich sein, für einzelne Portfolios und Einheiten gleichzeitig und gleichwertig die Standardmethode und den IRB-Ansatz anzuwenden. Die Notwendigkeit ist darin begründet, dass zB bei Akquisitionen und bei Eintritt in neue Geschäftsfelder die Entwicklung und Implementierung interner Verfahren einen zeitlichen Vorlauf (historische Zeitreihen für mindestens fünf Jahre?) erfordert und zB für unbedeutende Geschäftsbereiche nicht immer zielführend ist (derzeit ist dies zwar vorgesehen, aber „subject to national discretion“).

3. Anwendung der Elemente des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes

Ziffer 161 u.162 Auch hier ist - aus den genannten Gründen - den Banken der „partial use“ zu ermöglichen. Für Banken, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz anwenden, muss eine Doppelrechnung jedenfalls vermieden werden, bzw auf den zweijährigen Übergangszeitraum eingeschränkt werden.

4. ÜBERGANGSFRISTEN FÜR DIE ANFORDERUNGEN AN DATEN

Ziffer 163-166 Während einer Übergangsfrist von drei Jahren nach dem Inkrafttreten der neuen Eigenkapitalübereinkunft können (in Abhängigkeit von der Entscheidung der nationalen Aufsichtsbehörden) die Anforderungen an die Länge der Datenhistorie für die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (fünf Jahre) verringert werden, so dass Banken mit einer zweijährigen Historie starten und die geforderte fünfjährige Historie erst zum Ende der Übergangszeit erreichen. Dies soll für Forderungen an Unternehmen, an Banken, an Regierungen sowie entsprechend für Privatkundenforderungen gelten.

Der Passus, wonach die genannten Erleichterungen im Ermessen der nationalen Aufsichtsbehörden liegen, sollte entfallen.

Die Länge der Übergangsperiode ist zu kurz angesetzt. Um die dargestellten Anforderungen einhalten zu können, muss in den Banken bereits bis Ende 2001 die Implementierung der Internen Ratingsysteme abgeschlossen sein. Ab 2002 sind die Daten für die Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Kreditnehmer zu sammeln und zu dokumentieren, um bei Inkrafttreten der neuen Vorschriften im Jahr 2004 die Mindestvoraussetzung einer zweijährigen Datenhistorie zu erfüllen. Bis Ende 2001 lässt sich die Implementierung aber schon deshalb nicht abschließen, weil voraussichtlich erst dann alle Anforderungen (mit Veröffentlichung des neuen Papiers) bekannt sein werden. Die Aufsichtsbehörden arbeiten im Laufe des Jahres 2001 noch an vielen Punkten des Papiers, um die - derzeit häufig noch vage - formulierten Anforderungen zu konkretisieren; so zB bei Privatkunden, bei Projektfinanzierungen, wo im Papier betont wird, dass eine detailliertere Ausformulierung erst im Laufe des Jahres nach dem Feedback der Banken zum Entwurf erfolgen soll.

Im Entwurf ist weiters vorgesehen, dass Banken ab 2004 schon seit mindestens drei Jahren Ratingsysteme verwenden müssen, welche die im Entwurf beschriebenen Mindestanforderungen weitgehend erfüllen. Dies ist einerseits inkonsistent mit dem Erfordernis nach historischen Zeitreihen von zwei Jahren, andererseits sind, wie oben erwähnt, diese Mindestanforderungen teilweise noch nicht bekannt.

Für alle Banken, die nicht ab 01.01.2004 den Foundation-IRB-Ansatz anwenden, sind verpflichtend Zeitreihen von mindestens fünf Jahren vorgeschrieben. Dieser Zeitraum ist zu lang; hier sollte eine historische Zeitreihe von drei Jahren ausreichen.

Auch für den fortgeschrittenen IRB-Ansatz sind kürzere Zeitreihen bzw entsprechende Übergangsfristen vorzusehen, zumal sich die für die zusätzliche Unterlegung des operationalen Risikos notwendigen „Einsparungen“ beim Kreditrisiko erst bei Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes ergeben.

B REGELN FÜR KREDITE AN UNTERNEHMEN

1. RISIKOGEWICHTUNG DER AKTIVA BEI KREDITEN AN UNTERNEHMEN

(i) Formel zur Ableitung der Risikogewichte

Ziffer 171-177 Generell ist festzustellen, dass die vorgeschlagene Kalibrierung nach ersten Vergleichsrechnungen nicht den tatsächlichen Verhältnissen im europäischen Bankwesen entspricht. Demnach würde sich auf Basis des definierten Standardkredites für den im Konsultationspapier angesetzten Standardkredit (PD 0,7 %, LGD 50 %, M 3 Jahre) ein deutlich höheres Risikogewicht ergeben.

Es ist also unbedingt noch eine entsprechende Anpassung der Kalibrierung vorzunehmen!

Widersprüchlich ist auch die Verwendung von Kreditrisikomodellen bei der Kalibrierung durch die Aufsichtsbehörden (Tz. 164 Supp Doc.). Eine adäquate Kalibrierung setzt den Einsatz *valider Kreditrisikomodelle* voraus. Hiervon geht die Aufsicht selbst aber nicht aus, sonst könnten entsprechende Modelle auch für die Berechnung der Eigenkapitalunterlegung herangezogen werden. **Eine wichtige Forderung ist daher die Anerkennung von Kreditrisikomodellen:**

Wenn diese für die aufsichtsrechtliche Kalibrierung herangezogen werden, sollten sie auch aufsichtsrechtlich anerkannt werden.

Beide Papiere lassen noch offen, ob geplant ist, dass sowohl der expected als auch der unexpected loss mit Eigenmittel zu unterlegen sein wird. Beide Papiere tendieren eher dazu, auch den expected loss mit Eigenmittel zu unterlegen.

Dies ist jedoch aus mehreren Gründen inkonsequent:

Die Banken reagieren auf den expected loss durch eine entsprechende Bepreisung (Risikozuschlag) und die Bildung von Vorsorgen (Wertberichtigungen).

Die Regelung des Verhältnisses dieser beiden Möglichkeiten zueinander obliegt einerseits dem Marktdruck und andererseits vor allem dem Management der Bank.

Wenn auch der expected loss mit Eigenmittel zu unterlegen ist, und somit bei höherem expected loss

höhere Eigenmittel vorzuhalten sind, würde dies bedeuten, dass die Aufsichtsbehörden unmittelbar Geschäftspolitik machen. Dies kann - und darf - aber nicht Ziel der Aufsicht sein. Daher ist auch die Aussage im Baseler Papier, dass "die Banken die Kredite falsch bepreisen", äußerst fragwürdig.

Wir fordern daher, dass die Eigenmittel-Unterlegung ausschließlich für den unexpected loss vorgesehen wird.

(ii) Input-Parameter für die Berechnung der Risikogewichte (Z. 178 - 234)

(a) Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default)

Ziffer 179-193 PD wird wie folgt definiert:: „Die PD eines Kredites ist die Ein-Jahres-PD der internen Ratingklasse, welcher der Kreditnehmer zugeordnet ist, mindestens aber 0,03 %“. Im Supporting Document wird dabei die „average PD per grade“ und nicht die individuelle PD des Kreditnehmers für aufsichtsrechtliche Zwecke bevorzugt.

Dazu ist Folgendes anzumerken:

Ein Floor von 0,03 % erscheint nicht generell gerechtfertigt. Für manche Kreditnehmer ist die beobachtete PD tatsächlich geringer, was auch aufsichtsrechtlich berücksichtigt werden sollte.

Weiters sind mit der Präferenzierung der „average PD per grade“ die PDs der Kreditnehmer einer Ratingklasse gleich. Dies kann für bankinterne Zwecke eine zu grobe Einteilung, vor allem bei Kreditnehmern mit großen exposures, sein. Diese sind in den bankinternen Modellen oft als eigener Cluster mit der individuellen PD modelliert. Intern sollte also auch dieser abweichende Ansatz erlaubt sein.

Wenn eine Transaktion durch eine Garantie oder Kreditderivate besichert ist, dann wird hier das Substitutionsprinzip wie bisher in allen Ansätzen beibehalten.

Im Foundation Approach wird dabei die Anerkennung an das Rating eines Schuldners von zumindest „A“ oder ein intern vergleichbares verknüpft. Hier fordern wir, dass das Rating des Schuldners zumindest „BBB“ oder ein intern vergleichbares sein kann.

Weiters lehnen wir auch hier - aus den bereits genannten Gründen - das $w=0,15$ ab.

(b) Verlust bei Ausfall (Loss Given Default - LGD)

Ziffer 194-224 Der Verlust bei Ausfall - im Prinzip die Höhe des Verlustes - ist beim IRB-Foundation-Ansatz durch die Aufsicht bestimmt, beim Advanced Approach berechnet jedes Institut den LGD selbst.

Im Foundation IRB-Ansatz gilt:

50 % LGD für unbesicherte Forderungen und Forderungen ohne anerkannte Sicherheiten 75 % LGD für nachrangige Forderungen.

Hier liegt es im Ermessen der nationalen Aufsichtsbehörden, eine „weitere“ Definition für die Nachrangigkeit festzulegen. Auch hier sollten aufsichtsrechtlich *einheitliche* Kriterien festgelegt werden, um nationale Unterschiede auszuschalten.

Bei der Festlegung der LGDs sollte grundsätzlich differenzierter - und zwar nach der Art der Transaktion - vorgegangen werden.

Commercial Real Estate, Residential Real Estate:
Derzeit ist das LGD - unter Einhaltung bestimmter Mindestvoraussetzungen, die sehr streng formuliert sind - für diese Hypothekarkredite in Abhängigkeit vom Verhältnis Sicherheitenwert zu Exposure zwischen 40 % und 50 % festgelegt. Die Bestimmung der effektiven LGDs beruht auf verschiedenen Intervallen des Quotienten von C (Collateral) und E (Exposure):

Fall	Bedingung	Effektive LGD	Behandlung
Fall 1	$C/E \leq 30 \%$	50 %	wie unbesichert
Fall 2	$C/E > 140 \% \Leftrightarrow$ $E/C < 100/140 = 71 \%$	40 %	Floor-LGD
Fall 3	$30 \% < C/E \leq 140 \%$	$\{1 - [0.2 \times (C/E)/140 \%]\} \times 50 \%$	Gewichteter Durchschnitt aus besicherter und unbesicherter LGD

Damit wird diese Besicherungsart stark benachteiligt. Dies deshalb, weil bei der Anrechnung nur für den Teil des Kredits ein LGD von 40 % gilt, der 60 % des Beleihungswertes oder 50 % des Marktwertes der

Immobilie nicht übersteigt. Der darüber hinausgehende Kreditteil ist mit einem LGD von 50 % anzurechnen. Angesichts der aufsichtsrechtlichen strengen und detaillierten Mindestanforderungen sollte hier das LGD weiter abgesenkt werden.

(c) Restlaufzeit (Maturity (M))

Ziffer 225-228 Im Hinblick auf die in der europäischen Wirtschaft (im Gegensatz zur anglo-amerikanischen Bankenkultur) grundsätzlich längerfristigen Finanzierungsformen ist **eine Berücksichtigung der Laufzeiten nochmals eingehend zu überdenken.**

Grundsätzlich ist hier nochmals die Frage zu stellen, warum für die Risikomessung bei einem Betrachtungszeitraum von 1 Jahr die Laufzeit des Geschäfts überhaupt berücksichtigt werden soll.

(d) Ermittlung der Kreditbeträge (Exposure at Default - EAD)

Ziffer 229-234 Anmerkung zu den Off-balance-sheet-Geschäften:
Es ist vorgesehen, dass der CCF für Kreditzusagen von 20 % (Ursprungslaufzeit bis zu einem Jahr) bzw. 50 % (Ursprungslaufzeit über einem Jahr) im Standardansatz auf 75 % im IRB-FA hochgesetzt wird und zwar unabhängig von der Ursprungslaufzeit. Alle CCFs sind unabhängig von der Bonität des betrachteten Kreditnehmers.

Zu begründen wäre hier, warum der CCF für den IRB-Approach hinaufgesetzt wurde – denn dies bedeutet eine Schlechterstellung gegenüber dem Standardansatz. Hier ist die Forderung aus dem Standardansatz zu übernehmen: 20 % unabhängig von der Laufzeit; Basis sollte die Restlaufzeit und nicht die Ursprungslaufzeit sein.

2. Mindestanforderungen für Kredite an Unternehmen

Im Mittelpunkt dieser Qualitätsanforderungen sollten die Prognosefähigkeit und die Trennschärfe der eingesetzten statistischen Verfahren stehen. Die Beurteilung der Prognosegüte sollte deshalb explizit mit oberster Priorität verankert werden.

(i) Aufbau der Mindestanforderungen

Ziffer 235, 236 Es werden Mindestanforderungen definiert, die seitens der Banken erfüllt sein müssen, wenn sie den IRB-Ansatz anwenden wollen.

Hier ist im Interesse der kleineren Institute auf eine pragmatische Vorgangsweise zu achten.

(ii) Kriterien zur Sicherstellung einer aussagekräftigen Risikodifferenzierung

Ziffer 237-243 Hier ist zu klären, warum eine vorgegebene Mindestanzahl von Ratingklassen vor dem Hintergrund der Verwendung einer stetigen Funktion für die Risikogewichte noch angebracht ist. Das Problem des Mappings interner Risikoklassen auf aufsichtsrechtlich vorgegebene stellt sich zudem nicht mehr. Die Bonitätsprognosequalität eines Ratingsystems lässt sich durch die Vorgabe einer bestimmten Mindestanzahl an Ratingklassen nicht sichern. Der Vorschlag, dass max. 30 % der Bruttoforderungen in einer Klasse sein dürfen, ist nicht sinnvoll und für Banken, die spezielle Kundensegmente betreuen wollen, auch nicht durchführbar.

Die Beschränkung auf 30 % Forderungen pro Ratingklasse erscheint insbesondere dann nicht sinnvoll, wenn es um gute Bonitätsklassen geht und ist deshalb abzulehnen!

Zum Granularitätsfaktor s.u.

(iii) Vollständigkeit und Glaubwürdigkeit der Ratingzuordnung

Ziffer 244-247 Zu präzisieren ist hier vor allem die „unabhängige Stelle“, deren Vergütung nicht vom zugeordneten Rating abhängig sein darf und für die auch keine sonstigen Vorteile aus dem zugeordneten Rating entstehen dürfen. Eng ausgelegt bedeutet dies, dass die Überprüfung der Ratings in einer Stelle durchgeführt wird, die losgelöst vom Vertrieb und vom operativen Risikomanagement angesiedelt ist.

Diese Anforderungen auch an organisatorische Strukturen im Kreditrisikobereich sind derzeit teilweise *nicht* gängige Praxis. Bei Umsetzung dieser Anforderungen ist mit erheblichen organisatorischen Änderungsnotwendigkeiten zu rechnen.

(iv) Überwachung von Ratingsystem und -prozessen (Z. 248-257)

(a) Überwachung durch Geschäftsleitung/oberstes Verwaltungsorgan

Ziffer 248-252 Die genannten Anforderungen an das Management sind teilweise stark überzogen (zB ein *ständiger* Dialog zwischen Management und Kreditrisikoüberwachung bzw. Revision).

Hier sollte folgendes gelten: die Ratingverfahren und gegebenenfalls Änderungen dieser Verfahren sind von der Geschäftsleitung zu genehmigen. Die Geschäftsleitung muss die Implementierung, Anwendung und Dokumentation der Modelle sicherstellen. Weiters muss die Geschäftsleitung in *regelmäßigen* Abständen über die Ergebnisse, über die Prognosefähigkeit der Modelle und über die Grenzen der Instrumente informiert werden. Die Details zu den Punkten „Dokumentation, Modellannahmen“ wären sinnvollerweise in einem eigenen Punkt zusammenzufassen.

(b), (c), (d) Interne und Externe Revision, Kreditrisikoüberwachung, Mitarbeiterqualifikation:

Ziffer 257 Mitarbeiterqualifikation: Die für den Rating-Prozess verantwortlichen Mitarbeiter sollen über eine entsprechende Qualifikation und Ausbildung verfügen. Durch das Bankmanagement müssen ausreichende und qualifizierte Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Qualifikation und Ausbildung der Mitarbeiter sollte allerdings adäquat der Komplexität der getätigten Geschäfte sowie dem Geschäftsvolumen entsprechen.

Die Anforderungen der Aufseher sind hier stark an die Richtlinien für das Handelsgeschäft angelehnt. Auch hier gilt das bereits Gesagte, dass diese Anforderungen auch an organisatorischen Strukturen im Kreditrisikobereich derzeit teilweise *nicht* gängige Praxis sind. Bei Umsetzung dieser Anforderungen ist mit erheblichen organisatorischen Änderungsnotwendigkeiten zu rechnen.

(v) Kriterien und Ausrichtung des Ratingsystems (Z. 258-269)

(c) Zeithorizont

Ziffer 262-263 Zu berücksichtigen sind auch Ausprägungen von Risikofaktoren in der Zukunft („konservative Verwendung projizierter Informationen“). Für die Quantifizierung des Risikos (der Zuordnung der Ausfallwahrscheinlichkeiten(PD) zu den einzelnen

Ratingklassen) ist ein Ein-Jahres-Zeithorizont zu verwenden. Dagegen ist bei der Zuordnung zu Ratingstufen ein längerer Betrachtungshorizont (Laufzeit) angebracht.

(f) Ausnahmen bei Rating-Kriterien

Ziffer 268-269 Ratingsysteme enthalten neben quantitativen, auf Jahresabschlussinformationen beruhenden Elementen stets auch qualitative Elemente (zB Marktposition oder Managementqualität).

Die Forderung, alle relevanten Kennzahlen/Faktoren (eine Auflistung ist angeführt) müssen berücksichtigt werden, sollte entfallen. Ein Mehr an Risikofaktoren verbessert nicht zwangsläufig die statistische Prognosequalität. Auch Modelle, die nur 3-4 Variablen enthalten, können eine hohe Prognosequalität aufweisen, ohne alle „relevanten Risikofaktoren“ berücksichtigen.

(vi) Mindestanforderungen für die PD-Schätzungen

(a) Schätzung unter der Verwendung der Referenz-Ausfalldefinition

Ziffer 271-273 Aus Konsistenzgründen wird gefordert, eine feste Referenzdefinition festzulegen.

Eine Ausfallsdefinition, wie im Konsultationspapier vorgeschlagen, wird als nicht praktikabel abgelehnt.

Das Hauptproblem der Ausfalldefinition in Ziffer 146 ist, dass die Banken damit alle angeführten Ausfallereignisse erfassen und speichern müssen.

Ausfall bedeutet für die Bank einen wahrscheinlichen finanziellen Verlust.

Ausfall könnte aufsichtrechtlich wie in Ziffer 146 mit folgender Einschränkung definiert werden:

Jedes Kreditinstitut hat bankintern einen der oben genannten Punkte als Messpunkt für die Eintrittswahrscheinlichkeit eines finanziellen Verlustes festzulegen.

Die genannten Referenzpunkte unterscheiden sich nur im zeitlichen Moment. Dieser Unterschied kann entweder über die Berücksichtigung der „Gesundungsrate“ oder über die Höhe des LGDs ausgeglichen werden.

Die Höhe der LGDs sollte demnach auch an die bankintern gewählte Ausfalldefinition angepasst sein.

Dazu ist auch festzustellen, dass eine Zuordnung zum Ausfall bei 90 Tagen Zahlungsverzug keineswegs den Usancen im europäischen Bankwesen entspricht.

Die Kalibrierung der Risikogewichte sollte daher auf Basis der bankindividuellen Ausfalldefinition erfolgen. Eine einheitliche Ausfalldefinition im Sinne eines einheitlichen Messpunktes für alle Banken seitens der Aufsicht würde in vielen Fällen bedeuten, dass die bankindividuell festgelegten Usancen nicht damit übereinstimmen. Damit würde tief in das Risikomanagement der Institute eingegriffen werden. Außerdem wären bereits vorhandene individuelle Ausfalldaten dann nicht weiter verwendbar.

(b-g) Mindestanforderungen

Ziffer 274-283 Neben quantitativen Verfahren sollen auch qualitative subjektive Elemente „konservativ“ einbezogen werden (persönliche Urteile). Nicht einzusehen ist hierbei, warum Anpassungen der quantitativen Ergebnisse nur „konservativ“ vorgenommen werden dürfen. Es ist ebenso gut denkbar, dass quantitative Ergebnisse dem Beurteilenden zu hoch erscheinen und Anpassungen „nach unten“ vorgenommen werden, etwa aufgrund einer sehr günstigen Prognose über die Zukunftsaussichten des betrachteten Marktes und der erwarteten Marktposition des Kreditnehmers.

Beim Mapping auf externe Daten ist es für Banken problematisch die Vergleichbarkeit von externen und internen Ratingkriterien nachzuweisen, weil Rating-Agenturen kaum bereit sind, genauere Auskunft über ihre Ratingmethode zu geben. Auch in diesem Zusammenhang ist es erforderlich, dass die Anforderungen an externe Rating-Agenturen die gleichen sein müssen wie die an interne Ratingmodelle.

Zur Länge der historischen Zeitreihen wurde bereits Stellung genommen.

(vii) Datenerhebung und DV-Systeme

Ziffer 284-288 Alle im Zeitablauf erhobenen Daten müssen gespeichert werden und bilden die Basis für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung und die

Berichterstattung im Rahmen von Säule 3. Die Fristen für die Aufbewahrung sollten festgelegt werden.

(viii) Anwendung interner Ratingverfahren

Ziffer 289-301 Es ist vorgesehen, dass die internen Ratingsysteme auch bankintern zu verwenden sind, was grundsätzlich sinnvoll ist. Die Anforderung, dass diese Informationen wiederum in die Kreditkondition eingehen sollten, geht jedoch zu weit, da damit in die Geschäftspolitik der Banken eingegriffen wird. Diese Entscheidung muss in der Autonomie der Banken bleiben.

Unklar ist, was mit der Anforderung der „täglichen Risikoermittlung“ gemeint ist. In Ziffer 249 wird eine monatliche Reportingfrequenz gefordert. Deshalb sollte auch die Risikomessfrequenz monatlich sein. Kürzere Frequenzen sind nicht sinnvoll. Als Formulierung an der Stelle von „daily“ sollte „current“ verwendet werden.

Die Forderung, dass Banken, die Kreditrisikomodelle verwenden, für das Modell als Input die internen Ratings verwenden müssen, ist zwar grundsätzlich zu begrüßen; hier stellt sich noch einmal die Frage, warum dann die Modelle nicht aufsichtsrechtlich anerkannt werden.

Diese Nichtanerkennung bedeutet zwangsläufig, dass interne und externe Eigenmittelberechnungen wieder auseinanderlaufen, da nur ein Ausschnitt der internen Risikosteuerung – nämlich die internen Ratingsysteme – aufsichtsrechtlich anerkannt sind.

Die Anforderungen an Stress-Tests sind teilweise nur sehr vage formuliert (zB Liquiditätslage). Zu klären ist hier vor allem, wie die Durchführung solcher Tests im Kreditportfolio auch ohne die Verwendung von Kreditrisikomodellen erfolgen soll. Unklar bleibt auch die Anforderung, dass „angemessene Maßnahmen ergriffen werden müssen, falls die „bewilligten Toleranzgrenzen überschritten werden“.

Wenn ein bankinternes Kreditrisikomodell für die interne Kapitalallokation monatlich angewendet wird, ist ein jährlicher Stress-Test ausreichend, weil das Portfolio damit regelmäßig auf seine wirtschaftlichen Abhängigkeiten „getestet“ wird.

(ix) Interne Validierung

Ziffer 302-308 Die Validierungsanforderungen - insbesondere die obligatorische Überprüfung des Modells mittels statistischer Tests - können zu einer erheblichen Hürde bei der Implementierung des Foundation Approachs führen. Bei Prüfungen wird dieser Bereich eine zentrale Stellung einnehmen („receive significantly supervisory attention prior to allowing a bank to adopt the IRB approach“).

Unklar ist, was „Durchführung von Stabilitätsmessungen des Modells und seiner Schlüsselparmeter mittels statistischer Tests“ bedeutet; es stellt sich die Frage, wie dies bei Expertensystemen erfolgen soll.

Die Anforderungen an die Durchführung der internen Validierung sind derzeit vage definiert, hier sind noch Gespräche zwischen den Aufsichtsbehörden und den Banken nötig, um diese Kriterien gemeinsam zu definieren.

(x) Offenlegungspflichten

Ziffer 309 Offenlegungsverpflichtungen, die für den IRB-Approach zu erfüllen sind, sind jedenfalls als Mindestanforderung für alle Kreditinstitute, die einen derartigen Ansatz wählen, einzuhalten.

Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass die extrem umfangreichen Disclosure-Vorschriften zu hohem administrativen Aufwand und Zusatzkosten für die Banken führen, die letztlich zu einer enormen Informationsflut führen.

Wir halten daher zunächst eine deutliche Reduktion dieser Veröffentlichungs-Vorschriften für notwendig.

Um derart komplexe Informationen richtig interpretieren zu können, bedarf es eines soliden Risiko- und Modellverständnisses. Auf derartige Veröffentlichungen sollte daher verzichtet werden, derartige Analysen sollten aber klarerweise den nationalen Aufsichtsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus stellen die dargestellten Anforderungen wesentliche Ansprüche an Datenerhebung, Datenprüfung und die EDV-technische Umsetzung, die zu einem großen Teil in keinem Verhältnis zu den daraus gewonnen Informationen stehen.

Insgesamt weisen wir in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen zu Säule 3 hin.

(xi) Mindestanforderungen für die Verwendung aufsichtlicher Schätzungen von LGD und EAD (Tz. 310-323, 233-235 Supp.Doc.)

(a) Allgemeine Mindestanforderungen

Ziffer 311 Es sollte eine international verbindliche Empfehlung erarbeitet werden, wie das nationale Wahlrecht bezüglich der Definition der Nachrangigkeit ausgeübt werden sollte.

Ziffer 321 Außerdem sollte klargestellt werden, was unter einer Ansiedlung des Sicherheiten-Managements in einer „anderen“ operativen Einheit“ zu verstehen ist.

3. Mindestanforderungen für den fortgeschrittenen IRB-Ansatz

Generell:

Bei der Anwendung des Basis IRB-Ansatzes, insbesondere bei der Anwendung eines fortgeschrittenen IRB-Ansatzes sollten jedenfalls Kreditrisikomodelle anerkannt werden. Werden Korrelations- bzw. Diversifikationseffekte nicht berücksichtigt, wird eine risikoadjustierte Kapitalunterlegung unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten unmöglich und einer effizienten Risikosteuerung entgegengewirkt. Dementsprechend fließen auch Konzentrationseffekte nicht in die Kreditrisikomessung ein, wonach Banken mit einer schlechten Diversifikation eher begünstigt werden.

Unter der Voraussetzung, dass ein Ratingsystem zwischen Kreditnehmer- und Transaktionsspezifischem Risiko unterscheiden muss ist die Annahme einer LGD von 50 % für unbesicherte und von 75 % für nachrangige Forderungen ebenso wie die Mindestausfallswahrscheinlichkeit von 0,03 % p.a. (ausgenommen Staaten) sowie die Verwendung eines Granularitätsindex von 30 % als nicht zielführend anzusehen. Vielmehr gehen wir davon aus, dass als Benchmark sowohl in den Bereichen PD als auch LGD eine risikolose Stufe zu sehen ist und insbesondere in der Berücksichtigung der LGD eine detaillierter Abstufung zumindest nach Art und Laufzeit der Transaktion erfolgt.

(i) Eigene Schätzungen der LGD

Ziffer 326 Die hier aufgeführten Mindestanforderungen lassen sich in eine Vielzahl von Kategorien einteilen. Diese decken sowohl die Struktur des Ratingsystems, die Schätzung der LGD für besicherte und unbesicherte

Kredite als auch die mit dem Einsatz von Sicherheiten verbundenen betrieblichen Anforderungen ab. Die LGD wird definiert als der Verlust im Fall des Kreditausfalls, ausgedrückt als Prozentsatz der ausstehenden Forderung.

Die ausstehende Forderung ist jedenfalls definiert unter Berücksichtigung des Abzuges anererkennungsfähiger Sicherheiten sowie der Bewertung nach Art und Risiko der Transaktion.

(d) Kriterien und Ausrichtung von LGD-Schätzungen

Ziffer 333-334 Da von der Definition „LGD = 1 - Recovery Rate“ ausgegangen wird sowie generell eine geringe Korrelation zwischen Kredit und Sicherheit erfüllt sein soll sind Schlüsselmerkmale des Kreditnehmers als auch des Produkt- oder Geschäftstyps keine Einflussfaktoren auf die LGD-Schätzung. Vielmehr ist bei der LGD-Schätzung ausschließlich, wie in Pkt. 334 beschrieben, nach der Durchsetzbarkeit und Verwertbarkeit der Sicherheit abzustellen.

(e) Mindestanforderungen für LGD-Schätzungen

Ziffer 337 Da in den seitens Basel vorgestellten Regelungen davon ausgegangen wird, dass LGD-Schätzungen von erfahrenen und vom operativen Bereichen unabhängigen Mitarbeitern durchgeführt werden, sind subjektive bzw. wertende Überlegungen jedenfalls zuzulassen. Dies vor allem auf Grund der Tatsache, dass

- Schätzungen zukunftsgerichtet sein sollen,
- im Rahmen eines Back-Testings validiert werden
- nicht für alle Sicherheiten tatsächlich ausreichend Marktinformationen vorhanden sind.

(f) Schätzung unter der Verwendung der Referenz-Ausfalldefinition

Ziffer 338 In Übereinstimmung mit der PD-Schätzung im IRB-Basisansatz müssen Banken bei der LGD-Schätzung und der Sammlung von Daten bezüglich Verlust oder Konkurserlösen die Referenz-Ausfalldefinition verwenden, wie in Absatz 271 und 272 dargelegt.

Ziffer 339 Die bei der Schätzung der LGD zu verwendende Definition von Verlust ist der wirtschaftliche Verlust. Dieser umfasst Abzinsungseffekte, Refinanzierungskosten und direkte und indirekte Kosten der Kreditabwicklung im Falle des Verlusts. Die Banken sollten nicht einfach den im Rechnungswesen verbuchten Verlust verwenden,

gleichwohl sollten sie in der Lage sein, die beiden Werte zu vergleichen.

Die Referenz-Ausfallsdefinition wird auch in diesem Zusammenhang nochmals, v.a. hinsichtlich der Regelung der 90 Tage Überfälligkeit irgendeiner Zahlung abgelehnt, da bestehende Sicherheiten nicht berücksichtigt werden und unter Verweis, dass unter Verlust der wirtschaftliche Verlust verstanden wird, keinesfalls davon ausgegangen werden kann, dass jede Art von Sicherheiten innerhalb von 90 Tagen verwertet werden kann.

Wir sprechen uns gegen eine soweit gehende Verlustdefinition aus, da in dieser Definition Fixkosten von Banken enthalten sind, die auf jeden Fall schon in der Kalkulation enthalten sind.

(h) Interne Validierung

Ziffer 360-361 Die Banken müssen mittels Vergleich mit externen Datenquellen Plausibilitätsprüfungen bezüglich ihrer LGD-Schätzungen durchführen.

Die Forderung, dass alle zur LGD-Schätzung herangezogenen Daten konsistent in ihrer Definition sein sollen ist jedenfalls zu begrüßen. Dementsprechend sind auch interne Datenquellen externen vorzuziehen. Unverständlich ist in diesem Zusammenhang die Forderung der Plausibilitätsprüfung mit externen Datenquellen. Dieser Passus müsste daher gestrichen werden.

Die Banken müssen solide Stress-Test-Verfahren zur Beurteilung ihrer LGD-Schätzungen im Einsatz haben. Die Stress-Tests müssen mindestens alle sechs Monate durch eine unabhängige organisatorische Einheit durchgeführt werden.

Bei dezentral erstellten IRB-Modellen ist wiederum eine dezentrale Durchführung der Stress-Tests vorzusehen.

Die Stress-Tests müssen zur Erkennung möglicher Ereignisse oder zukünftiger Veränderungen der Wirtschaftslage führen, die ungünstige Auswirkungen auf die LGD-Schätzungen der Bank haben könnten, und bewerten, wie sich diese auf die gesamte Eigenkapitalausstattung auswirken könnten. Drei Bereiche, die sinnvollerweise untersucht werden könnten, sind: (i) Konjunktur- oder Industrieabschwünge; (ii) Marktrisiko-Ereignisse; und

(iii) Korrelationen zwischen PD- und LGD-Schätzungen über alle Kredite hinweg.

Die Forderung nach halbjährlichen Stress-Tests ist jedoch überzogen und sollte auf einen längeren Zeitraum geändert werden.

(i) Offenlegung von LGD und damit zusammenhängenden Daten

Ziffer 363 Die Banken müssen die in Absatz 652 sowie in Absatz 653 bis 658 genannten Mindestanforderungen bezüglich Offenlegung im fortgeschrittenen IRB-Ansatz für LGD, soweit anwendbar, erfüllen.

Die Offenlegung steht in keinem Zusammenhang mit dem Ergebnis aus einer LGD-Schätzung . Die Junktimierung von Anerkennung einer LGD-Schätzung und Offenlegung wird daher abgelehnt und sollte höchstens im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Meldungen zur Verfügung gestellt werden.

(i) Verwendung von EAD-Schätzungen

Ziffer 388 Die EAD-Schätzungen müssen bei der Festlegung interner Limite (auf Portfolio-oder Sub-Portfolioebene) beachtet werden.

Wie bereits dargelegt, erfordert die genauere Festlegung interner Limite v.a. auf Portfolioebene die Berücksichtigung von Korrelations- und Diversifikationseffekten und damit die Anerkennung von Kreditrisikomodellen.

Ziffer 400 Die Banken müssen solide Stress-Test-Verfahren zur Beurteilung ihrer EAD-Schätzungen im Einsatz haben. Stress-Tests müssen mindestens alle sechs Monate durch eine unabhängige organisatorische Einheit durchgeführt werden. Die Stress-Tests müssen zur Erkennung möglicher Ereignisse oder zukünftiger Veränderungen der Wirtschaftslage führen, die ungünstige Auswirkungen auf die EAD-Schätzungen der Bank haben könnten, und bewerten, wie sich diese auf die gesamte Eigenkapitalausstattung auswirken könnten. Drei Bereiche, die sinnvollerweise untersucht werden könnten, sind: (i) Konjunktur- oder Industrieabschwünge; (ii) Marktrisiko-Ereignisse; und (iii) Korrelationen zwischen PD- und LGD-Schätzungen über alle Kredite hinweg.

Die Forderung nach halbjährlichen Stress-Tests sollte auf eine längere Periodizität geändert werden.

(j) Offenlegung von EAD und damit zusammenhängenden Daten

Ziffer 402 Die Banken müssen die in Absatz 652 sowie in Absatz 653 bis 658 genannten Mindestanforderungen bezüglich Offenlegung im fortgeschrittenen IRB-Ansatz für EAD, soweit anwendbar erfüllen.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen zu Ziffer 363

C REGELUNGEN FÜR DAS PRIVATKUNDENGESCHÄFT

Da die Bestimmungen für den Exposuretyp RETAIL grundsätzlich innerhalb des IRB Approaches verankert sind, gelten alle allgemeinen Bestimmungen entsprechend. Daher sind auch die diesbezüglichen Kommentare hinsichtlich IRB (Allgemeine Bestimmungen) gültig.

1. Risikogewichtete Aktiva für das Privatkundengeschäft

(i) Formel zur Ableitung der Risikogewichte

Ziffer 426 Der Ansatz, die Basis der Risikogewichtung im Retailsegment bei einem LGD von 50 % der Corporates anzusetzen erscheint etwas zu hoch. Erfahrungsgemäß liegt das Risiko im Retailsegment um ein vielfaches niedriger als im Corporate Segment, ein Ansatz von ca. 25 % für das Privatkundengeschäft wäre daher sinnvoll.

(ii) Eingangsparameter für die Berechnung der Risikogewichte

Ziffer 434 Risikokomponenten: Unseres Erachtens muss der Expected Loss Approach hinterfragt werden (die diesbezüglichen „Rahmenerfordernisse“ zwingen zu einer Ermittlung von historischen Defaulterfahrungen und damit zum alternativen PD/LGD Ansatz)

2. Mindestanforderungen an Privatkundenkredite

(ii) Kriterien zur Sicherstellung einer aussagekräftigen Risikodifferenzierung

Ziffer 446 Delinquency Status: Es werden mindestens 2 Ratingstufen für notleidende Forderungen verlangt, es gibt aber keine Absichtserklärung über die notwendigen Performingstufen, sollte eine Bank ein Ratingsystem für Retail anwenden. Ist die Bank in diesem Fall frei in ihrer Wahl? Grundsätzlich ist es nicht notwendig, für Retail 2 Ratingstufen für notleidende Kredite vorzusehen, eine entsprechende Ratingstufe sollte ausreichen.

Ziffer 447 „Saisonale“ Effekte: Es müsste klargestellt werden, was mit „saisonalen“ Effekten konkret gemeint ist. Es wird postuliert, dass Portfolios mit hoher saisonaler Komponente eine unterjährige Veränderung in der Verlust-verteilungsfunktion erfahren können. Was bedeutet in diesem Zusammenhang die Forderung nach einem sogenannten „Capital Buffer“? In der Praxis könnte dies ein Risikoaufschlag im Sinne des Granularity Scaling Factors sein. Dieser Capital Buffer wird allerdings grundsätzlich abgelehnt, eine Definition von saisonalen Geschäftsfeldern oder möglichen saisonalen Produkten wäre in diesem Fall erforderlich. Diese saisonale Komponente findet innerhalb des GSF ohnehin entsprechenden Niederschlag

und fließt daher über diese Schiene in die Risikogewichtung ein.

(vi) Anforderungen an die Schätzung von EAD und entweder (a) PD/LGD oder (b) EL

Ziffer 466 Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen zu Ziffer 272.
Die gegenteilige Darstellung im Supporting Document ist kontraproduktiv.

Nur Supporting Document 302

Annahme einer Korrelation von 10 % im Retailsegment erscheint eher als Obergrenze, tendenziell sollte sie eher bei Null liegen. Hinzuweisen ist allerdings, dass Korrelationen den Risikomodellen vorbehalten sind, diese Risikomodelle im Konsultationspapier aber - entgegen unserer Forderung - noch nicht anerkannt sind.

D REGELUNGEN FÜR KREDITE AN STAATEN

Ziffer 479-494 Die Regeln für die Einbeziehung von Krediten an Staaten in den internen Ratingansatz sollen weitestgehend denen für Kredite an Unternehmen entsprechen. Abweichungen sollten sich lediglich in folgenden Punkten ergeben:

Bei der Ermittlung des internen Ratings sollen die Banken die ökonomischen und politischen Entwicklungen der gerateten Staaten ständig überwachen. Die politischen Aspekte sollen die Möglichkeit einbeziehen, dass ein Staat nicht in der Lage oder unwillig ist, seine Verpflichtungen zu bedienen oder keine Fremdwährung zur Bedienung seiner Verbindlichkeiten beschaffen kann. Bei der Ermittlung der Ratings sollen darüber hinaus makroökonomische Schlüsselvariablen (z. B. Wachstum des BIP, Exporte, Importe, Auslandsschulden, Haushaltslage) berücksichtigt werden. Für diese Indikatoren sollen Prognosewerte ermittelt werden.

Banken sollen Informationen über die Spreads von handelbaren Wertpapieren nutzen.

Bei der LGD-Schätzung im fortgeschrittenen IRB-Ansatz sollen die Banken Kredite in Fremdwährungen und solche in Eigenwährung unterscheiden.

Anmerkung: Hier ist zu hinterfragen, ob spreads immer ein sinnvoller Indikator für die PD sind, vor allem bei weniger liquiden Titeln.

E REGELUNGEN FÜR KREDITE AN BANKEN

Ziffer 495-502 Es gilt das bei den Krediten an Unternehmen angeführte.

Einbeziehung von Beteiligungsbesitz (equity) in den IRB:

Für die Einbeziehung von Beteiligungsbesitz (equity - Definition in RN 158) in den internen Ratingansatz bestehen lediglich Skizzen bzw. Problemaufrisse im ergänzenden Dokument. Der Baseler Ausschuss scheint derzeit zu beabsichtigen, zwei Ansätze zur Behandlung unterschiedlicher Beteiligungspositionen zu entwickeln.

Hier ist noch ein Vorschlag abzuwarten.

Einbeziehung von Projektfinanzierungen in den IRB:

Auch die Arbeiten zur Einbeziehung von Projektfinanzierungen stehen noch ganz am Anfang. Aus diesem Grunde identifiziert der Baseler Ausschuss vor allem Probleme, die sich bei der Einbeziehung von Projektfinanzierungen in den internen Ratingansatz ergeben. Auch hier ist ein Vorschlag noch abzuwarten.

F BERECHNUNG DER IRB-GRANULARITÄTSANFORDERUNG

Ziffer 503-515 Nach den Vorstellungen des Baseler Ausschusses sollen die gewichteten Risikoaktiva, die nicht in den Privatkundenansatz einbezogen werden, entsprechend der Granularität des Gesamtportfolios um eine Granularitätskomponente erhöht bzw. verringert werden. Zur Begründung führt der Baseler Ausschuss an, dass die Bonitätsgewichte für ein Portfolio mit einer für eine große Bank typischen Granularität kalibriert worden seien. Entsprechend sollen Banken, die über überdurchschnittliche (unterdurchschnittliche) Einzelkreditnehmerkonzentrationen verfügen, höheren (geringeren) Eigenkapitalanforderungen unterliegen.

Die im Accord vorgeschlagene Berechnung für diese Anpassung führen zur grundsätzlichen Frage, warum nicht bankinterne Kreditrisikomodelle anerkannt werden, da damit einerseits das Problem der adäquaten Risikogewichtung und andererseits der Granularitätsfaktor in einer konsistenten Weise gelöst werden. Die zugrunde gelegten Ansätze der Approximierung (MtM-Modell, DM-Modell) zwischen Risikogewichten und Granularitätsfaktor basieren auf unterschiedlichen Annahmen, die durch eine Vielzahl von Abschätzungen modelliert sind. Insbesondere werden Parameter und Korrelationsannahmen getroffen, die institutsintern portfoliospezifisch und damit feiner gemessen werden können, was in weiterer Folge zu einer exakteren Abschätzung des Kapitalbedarfs führt.

Berechnungen haben gezeigt, dass der Granularitätsfaktor – nicht wie im Papier angekündigt – zu Zu- UND Abschlägen führen kann, sondern AUSSCHLIEßLICH zu Zuschlägen führt. Weiters kann es auf Grund der Formel in bestimmten Portefeuilles dazu kommen, dass für einzelne Obligos mehr Eigenmittel gehalten werden müssen, als das Obligo beträgt.

Da jedes Kreditinstitut ohnehin verpflichtet ist, die Risiken entsprechend zu streuen, und eine extreme Konzentration der Obligos schon auf Grund anderer bankaufsichtlicher Vorschriften (Großveranlagung) nicht möglich ist, sollte dieser Zuschlag wieder **ersatzlos gestrichen** werden.

IV Verbriefung von Forderungen

Siehe dazu die grundsätzlichen Ausführungen.

I. Explizite Risiken von klassischen Securitisations

A Standardmethode

1. Banken als Originator

a) Mindestanforderungen für "Clean Break"

Ziffer 518 sowie Ziffer 9 und 13 Anhang:

Die Anforderungen des Proposals für einen "Clean Break" (insbesondere in Bezug auf "True Sale"-

Bestimmungen unter Ziffer 13 Anhang Lit. a) und c) sollten mit Anforderungen für einen "True Sale" nach US-GAAP und IAS abgestimmt sein (siehe dazu auch Vorschlag US-Regelungen für Securitisation Accounting nach FASB 140). Leider bestehen zur Zeit zwischen US-GAAP und IAS wesentliche Interpretationsspielräume und divergierende Auffassungen der Accountants. Der Diskussionsprozess in diesem Bereich sollte zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden, da der Themenbereich Asset Securitisation im zur Zeit vorliegendem Papier zum ersten Mal in diesem Umfang behandelt wurde.

Der Vorschlag bezieht sich bei der Definition eines SPV auf einen Begriff, der zur Zeit nur im Rahmen der US-GAAP Regeln genau definiert ist. In der Fußnote zu Ziffer 13 Anhang wird es dem nationalen Accounting-Standard überlassen, den Begriff zu definieren. Wir schlagen vor, eine diesbezügliche Definition eines SPV in die Basler Vorschriften aufzunehmen. Diese Definition sollte dann auf IAS und US-GAAP gleichermaßen Rücksicht nehmen.

b) Mindestanforderung an C/E

Ziffer 521 sowie Ziffer 15 und 16 Anhang:

Wir schlagen grundsätzlich eine Gleichbehandlung von subordinated (Mezzanin und Junior) Tranchen vor, unabhängig, ob diese vom Originator zurückbehalten oder an Dritte verkauft werden.

Für First-loss Pieces unterstützen wir den vorgesehenen Kapitalabzug. Second-loss Pieces sollten entsprechend des Ratings behandelt werden (entspricht den diesbezüglichen US-Vorschlägen).

In Ziffer 15 Anhang ist klarzustellen, dass im Falle des Kapitalabzugs bei einer Tranche, die Kapitalbelastung nicht höher sein darf, als wenn die zugrundeliegenden Assets nicht verbriefte worden wären. Das ist auch so im US-Proposal vom März 2000 vorgesehen. Diese Gleichbehandlung ist zur Zeit nicht gewährleistet.

Ziffer 522 sowie Ziffer 17 Anhang:

Es sollte klargestellt werden, dass die unter Ziffer 54 Anhang angeführten Kriterien für Liquiditätsfazilitäten auch für Liquiditätsfazilitäten nach Ziffer 17 Anhang (Stichwort "Cash-Advances") gelten, womit eine einheitlich gültige Regelung für dieses Instrument gegeben wäre.

Ziffern 522 und 534 sowie Ziffern 17 und 55 Anhang, Gewichtung von Liquiditätsfazilitäten:

Das vorgeschlagene Kreditäquivalent von 20 % ist sachlich gerechtfertigt, eine pauschale Risikogewichtung von 100 % kann jedoch aufgrund des Versuches des Ausschlusses von jeglichem Kreditrisiko in Liquiditätsfazilitäten (strenge Kriterien nach Ziffer 54 Anhang) nicht als gerechtfertigt angesehen werden. Eine Unterlegung von Liquiditätsfazilitäten entsprechend dem Rating des dahinterstehenden Asset-Pools wäre unseres Erachtens angemessen und ausreichend.

c) Operationale Minimalanforderungen an revolving Securitisations mit frühzeitiger Beendigungsmöglichkeit

Ziffer 523 sowie Ziffer 24 Anhang:

Wir sprechen uns gegen die Pauschalunterlegung aus, da die strengen Voraussetzungen für eine Off-balance Behandlung ("Clean Break", etc.) ausreichend sein sollten.

2. Banken als Investoren

a) Mindestkapitalanforderungen für Investments in ABS

Ziffer 525 sowie Ziffer 26 Anhang:

Die Berechnung des Kapitalerfordernis aus Investements in ABS soll im Standardansatz über die Verwendung externer Ratings erfolgen.

Der Vorschlag verweist im Dokument über Asset Securitisation neben den allgemeinen Anforderungen an Rating-Agenturen (Supporting Technical Document on the Standardised Approach) auf zusätzliche Anforderungen an Rating-Agenturen zur Bewertung von Securitisations. Die Formulierung der zusätzlichen Qualifikationen ist sehr vage gehalten ("... the external credit assessments institutions deemed eligible in the area of securitisation must demonstrate their expertise in this field, as may be evidenced in particular by a strong market acceptance"). Es ist zu befürchten, dass es zu einer Einschränkung auf die drei bis dato in diesem Bereich aktiven Rating-Agenturen (S&P, Moody's und FitchIBCA) kommen könnte und weiteren Agenturen der Zutritt zu diesem Markt versperrt wäre.

Ziffer 526 sowie Ziffer 27 Anhang:

Für Corporates (siehe Ziffer 35) und ABS sind bei gleichem Rating unterschiedliche Risikogewichtungen vorgesehen. Dies betrifft Ratings unter BBB- und ungeratete Tranchen.

Unterstellt man die gleiche "Probability of Default" für Corporate- und ABS-Ratings, ist eine unterschiedliche Gewichtung von Corporates und ABS nicht verständlich.

Asset Securitisation bei investierender Bank mit Rating BB+ bis BB- erhält das gleiche Gewicht von 150 % wie Aktiva mit höherem Risikogehalt; dies entspricht nicht der Risikosituation, da erstens Corporates bis BB- mit 100 % gewichtet werden und zweitens bei Verbriefungen in ein breit diversifiziertes und damit mit einem geringeren Ausfallrisiko behafteten Portfolio investiert wird. Zudem existieren bei Verbriefungen Tranchen, die eine niedrigere Rangordnung haben und die ersten Verluste abdecken. Eine Gleichbehandlung mit der Unterlegung von Kommerzkrediten entspricht damit weit eher der Risikosituation.

Kapitalabzug bei investierender Bank von B+ und schlechter gerateten bzw nicht gerateten Tranchen:

Counterparty			Standardmethode						
			AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BBB-	BB+ bis BB-	B+ bis B-	unter B-	unrated
ABS	Vorschlag	Rating	20%	50%	100%	150%	Kapitalabzug	Kapitalabzug	Kapitalabzug
Corporate	Vorschlag	Rating	20%	50%	100%	100%	150%	150%	100%

Vergleichbare Corporates mit Rating B+ weisen eine Ausfallwahrscheinlichkeit auf 1 Jahr von knapp 3 % auf. Nach IRB entspricht dies einem Risikogewicht von 246 %. Ein Kapitalabzug entspricht einem Risikogewicht von 1250 %.

Die Grenze für den Kapitalabzug für investierende Banken bei B+ ist deshalb nicht passend. Mit Corporates vergleichbar wäre ein Kapitalabzug ab einem Rating von CCC. Allenfalls kann aus strategischen Gründen auch ein Kapitalabzug für nicht geratete Tranchen. Erfolgt ein Kapitalabzug für Tranchen mit Rating besser CCC, so ist das für das verbrieft Portfolio resultierende Ausfallrisiko im Gesamtsystem öfter unterlegt und das Ziel nach einer unveränderten Kapitalunterlegung im Gesamtsystem gefährdet.

b) Behandlung von nicht-gerateten Securitisations

Ziffern 527 und 529 sowie Ziffern 29 und 31 Anhang:

Im "Look-through"-Ansatz des Proposals werden Senior-Tranchen von nicht-gerateten Securitisations als indirektes Investment in den zugrundeliegenden Asset-Pool gesehen und sollten entsprechend dem höchsten Risikogewicht der zugrundeliegenden Assets gewichtet werden. Diese Gewichtung ist jedoch sachlich nicht gerechtfertigt. Im Fall einer überdurchschnittlich guten Bonität des Gesamt-Pools mit einigen Ausreißern führt dies zu einer deutlichen Überschätzung des dahinterstehenden Ausfallsrisikos (z. B. müsste bei einem sehr hohen Anteil von AAA gerateten Assets und nur einem Asset mit einem Rating von A+ der Gesamtpool mit 50 % gewichtet werden). Sachlich gerechtfertigt wäre eine Unterlegung entsprechend des gewichteten Durchschnitts der Risikogewichte der einzelnen Assets.

B IRB-Approach

Ziffer 541 sowie Ziffer 61 Anhang:

Bei einer Anwendung des IRB-Approach stehen den Banken zur Festlegung der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) zwei Möglichkeiten zur Verfügung, die im wesentlichen den allgemeinen Vorschlägen für den IRB-Approach entsprechen:

1. PD entsprechend der langfristigen Ausfälle, die von den Rating-Agenturen pro Ratingkategorie gemessen wurden

2. eigene Schätzung des PD für eigene "vergleichbare", mit nationalen Aufsichtsbehörden abgestimmte Ratingkategorien

Da ein Großteil der am Markt befindlichen Securitisations über ein externes Rating verfügt, sollten diese Papiere entsprechend der extern ermittelten Ausfallswahrscheinlichkeit bewertet werden können. Sofern Tranchen nicht geratet sind, sollte den Banken entgegen dem vorgeschlagenen Kapitalabzug die Möglichkeit offen stehen, diese Papiere über interne Schätzungen (interne Erfahrungswerte über Ausfallsinformationen oder statistische Default-Modelle) oder durch die Verwendung von gepoolten Daten zu bewerten. Diese Vorgangsweise würde die Mindestanforderungen an die PD-Schätzung (Ziffer 274 ff) widerspiegeln, die auch eine Kombination der unterschiedlichen Messmethoden vorsehen.

Der Loss Given Default (LGD) wird zur Zeit pauschal mit 100 % angesetzt. Dieser Wert ist jedenfalls nicht gerechtfertigt. Entsprechend der konservativen Strukturierung von ABS sollte bei der Festsetzung des LGD eine Recovery Rate vergleichbar einem "Secured Loan" unterstellt werden.

II. Synthetic Securitisations

Ziffer 68 ff Anhang:

Der vorliegende Entwurf zum Bereich synthetischer Securitisations kann zur Zeit nur als Themensammlung gesehen werden und erscheint noch sehr kasuistisch und anlassbezogen. Das Basler Committee hat zu diesem Thema jedoch noch weitere Regelungsvorschläge angekündigt.

Prinzipiell ist für die weitere Vorgangsweise zu wünschen, dass synthetische Transaktionen und klassische Verbriefungen gemeinsam mit einheitlichen Grundsätzen behandelt werden. Andernfalls ist zu befürchten, dass die Flexibilität für künftige Transaktionen bzw. Problemlösungen zu sehr eingeschränkt wird.

Wir glauben, dass damit die Interessen der Bankenaufsicht nicht beeinträchtigt werden, da schon bisher Securitisations von Bankenaktiva in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden realisiert wurden.

III. Implizite Risiken und Restrisiko

Ziffer 544 sowie Ziffer 90 Anhang:

Im Falle von außervertraglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Performance eines verbrieften Asset-Pools oder der Übernahme von Ausfällen (z. B. Rückkauf oder nachträglicher Austausch von non-performing durch performing Assets), um Imageschäden vorzubeugen (d. h. Gewährung eines impliziten oder außervertraglichen C/E bzw. "Moral recourse"), sieht das Basler Committee bei einem erstmaligen Verstoß den Verlust der Vorteile aus der Verbriefung für die Gesamttransaktion vor.

Bei weiteren Verstößen sind von diesem Verlust alle bestehenden und künftigen Transaktionen betroffen (befristete Sperre für weitere Verbriefungen und Veröffentlichung dieses Verstoßes). Die Strafmaßnahmen bei mehrmaligem Verstoß sind als äußerst drakonisch anzusehen. Der Verlust der Begünstigungen für die jeweils betroffene Verbriefung wäre ausreichend.

Ziffer 545 sowie Ziffer 91 Anhang:

Das Basel Committee sieht die unter Ziffer 90 Anhang angeführten Strafmaßnahmen als Minimalforderungen zur Kontrolle des tatsächlich mit der Verbriefung verbundenen Kreditrisikos an. In weiterer Folge plant das Committee eine ex ante Unterlegung aller potentiellen impliziten Risiken und Restrisiken aus Verbriefungen. Wir sprechen uns analog unserer Argumentation zum operationellen Risiko gegen eine diesbezügliche Kapitalunterlegung aus.

IV. Offenlegungsverpflichtungen

Ziffer 546 sowie Ziffer 93 Anhang:

Die im Proposal geforderten Offenlegungspflichten für Originatoren bzw. Sponsoren/Third Parties auf aggregierter Ebene sind gerechtfertigt bzw. es bestehen vergleichbare Verpflichtungen bereits nach den Rechnungslegungsvorschriften. Auf Einzelgeschäftsbasis können diese Daten nicht publiziert werden, da ihre Publikation eine massive Verletzung von Interessen Dritter nach sich ziehen würde (Deal-spezifische Daten werden bei Multi Seller Conduits nur Rating-Agenturen zur Verfügung gestellt).

V Operationales Risiko

ZUSAMMENFASSUNG

- Die österreichischen Banken begrüßen die Initiative aus Basel, dem operationalen Risiko verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, da historische Erfahrungen gezeigt haben, dass aus diesem Titel hohe Verluste, allerdings mit geringer Häufigkeit entstehen können.
- Aufgrund der noch wenig fortgeschrittenen Entwicklung zur Messung operationaler Risiken ist für die österreichische Kreditwirtschaft die Einbeziehung in Säule 1 derzeit nicht vorstellbar. Es existieren weltweit noch keine ausreichenden Industriestandards. Operationales Risiko sollte daher in einer ersten Phase in Säule 2 verschoben werden und damit – in Ermangelung exakter quantitativer Berechnungen – einer eher qualitativen Beurteilung durch die jeweilige nationale Aufsicht unterliegen. Zusätzlich sollte die nationale Aufsicht – entsprechend des jeweiligen „state of the art“ – Informationen zu operationalen Risiken erhalten. Weiters sind exakte Definitionen und Abgrenzungen (z.B. rechtliches Risiko) erforderlich.
- Trotz der heute noch wenig fortgeschrittenen Erfahrungen ist bereits aus heutiger Sicht die Anerkennung des Verlustverteilungsvorschlages als 4. Alternative bei der Kalkulation der operationalen Risiken erforderlich.
- Diese Informationen könnten sich an den vorgeschlagenen Methoden orientieren, allerdings sind hier noch die u.a. Einschränkungen zu beachten:
- Die vorgeschlagenen Faktoren und Indikatoren (Alpha, Beta und Gamma) erschienen willkürlich gewählt und stehen in keinem Zusammenhang mit dem vorhandenen operationalen Risiko. Abgesehen davon scheint der vorgeschlagene Alpha-Faktor mit 30 % unverhältnismäßig hoch. Weitere Entwicklungen und Erhebungen sind in diesem Zusammenhang vorzunehmen (daher auch der Vorschlag nach Verschiebung in Säule 2).
- Zumindest im Internal Measurement – Ansatz sollten die Geschäftsfelder von den Banken frei wählbar sein, da eine Verwendung in der IAS-Segmentberichtserstattung sonst nicht möglich ist und zu Doppelberechnungen führen würde. Dies sollte unter bestimmten Voraussetzungen (mapping der Beta-Faktoren) auch im Standardansatz möglich sein (flexiblere Gestaltung des Standardansatzes unter bestimmten Voraussetzungen).
- Die für die Berechnung im basic indicator – Ansatz und im Standardansatz verwendeten Faktoren Bruttoerträge und durchschnittliche Bilanzsumme sind nicht akzeptabel. Die Verwendung der Bruttoerträge würde zu einer Benachteiligung der profitablen Banken und eine Bevorzugung der unprofitablen

Banken führen. Die durchschnittliche Bilanzsumme bietet ebenfalls keinen ausreichenden Anhaltspunkt für die Berechnung von operationalen Risiken. Wir schlagen daher vor, die angeforderte Impact Study bezüglich weiterer Faktoren abzuwarten.

Abgesehen davon entstehen Verzerrungen, da Investmentbanken primär am Bruttoertrag, Retailbanken an den Aktiva gemessen werden.

- Der Anreiz zur Anwendung komplexerer Ansätze in Form von niedrigerer Eigenmittelunterlegung wird – so es zu einer Unterlegung des operationalen Risikos kommt – grundsätzlich begrüßt. Zugleich ist aber sicher zu stellen, dass auch kleinere Banken den Internal Measurement Approach anwenden können.
- Sämtliche vorgeschlagene Kalkulationsmethoden bieten keine ausreichenden Anreize für Risikominimierungen. Die im Internal Measurement Approach vorgeschlagene Berücksichtigung von Versicherungen wird sowohl im Supporting Dokument als auch im Baseler Konsultationspapier auf „mandatory traditional insurance products“ bzw. „professional liability insurance such as bankers blankets and traditional insurance products“ reduziert, sodass auch diese Form der Risk Mitigation keinen ausreichenden Ansatz bietet (hier würde ein Wettbewerbsnachteil für europäische Banken entstehen).
- Die Kriterien für die Anerkennung von risikominimierenden Techniken sollten auf den jeweils verwendeten Ansatz abgestimmt werden. Komplexe Berechnungen risikominimierender Techniken sind entsprechend dem basic indicator approach oder standard approach abzulehnen. Hier sollten vereinfachte Methoden zugelassen werden.
- Die Festlegung einer Untergrenze bei Verwendung des Internal Measurement Approaches wird strikt abgelehnt, da damit die wesentlich genaueren (und einem Validierungsverfahren zu unterziehenden) Berechnungen konterkariert werden.
- Für die Schaffung von eigenen Management-Abteilungen sollten De minimis-Regeln geschaffen werden bzw. sollten diese Funktionen auch durch die interne Revision übernommen werden können. Die Schaffung von Datenbanken sollte durch Basel empfohlen, aber nicht verpflichtend vorgeschrieben werden.
- Die Offenlegung von operationalen Schadensfällen ist keinesfalls vorstellbar (siehe unten).
- Insgesamt erscheint die Vorgangsweise des Baseler Papiers insofern bedenklich, nämlich zuerst den gewünschten Wert der Kapitalunterlegung festzulegen, und danach eine Kalibrierung auf diesen Wert festzusetzen. Dies widerspricht der Intention der BIZ, dass risikoadäquates Kapital auf Basis genau berechneter Risiken zu halten ist.

ALLGEMEINES

Siehe Grundsatzposition.

- Die Kalkulation von operationalen Risiken ist zum derzeitigen Entwicklungsstand noch nicht ausgereift, das tatsächliche operationale Risiko damit daher auch noch nicht messbar. Dies zeigt besonders die Verwendung des für die vorgeschlagenen Methoden angeführten Faktors „Bruttoerträge“. Dieser Faktor ist nicht risikosensitiv und steht in keinerlei Zusammenhang mit den tatsächlich vorhandenen Risiken.
- Die Unsicherheit sowie die Unterschiede bez. der angewandten Verfahren, der Art des zugrundeliegenden Risikos und der Verfahren zu seiner Überwachung und Steuerung trifft beim operationalem Risiko noch in viel weiterem Ausmaße zu als beim Zinsrisiko (welches in Säule 2 behandelt wird), wie dies in Pkt. 630 dargestellt ist.
- Insbesondere die Verwendung der angegebenen Faktoren (Alpha für Basisindikatoransatz, Beta für Standardansatz und Gamma für den internen Bemessungsansatz) scheinen willkürlich und widersprechen grundsätzlich dem Gesamtkonzept des Konsultationspapiers, die Eigenmittelhaltung stärker auf das Risikoprofil der jeweiligen Bank sowie das notwendige ökonomische Kapital auszurichten.
- Bis dato hat sich noch kein Industriestandard durchgesetzt, die derzeit vorhandenen Systeme bzw. Verlustdatenbanken am Markt wie MORE oder PWC befinden sich im Anfangsstadium.
- Die vorgeschlagenen komplexeren Ansätze (Internal Measurement bzw. Loss Distribution Approach) sind nicht klar definiert bzw. noch nicht zugelassen. Bezüglich der Riskotypen sollten weitere Entwicklungen abgewartet werden, um genauere Kriterien zu definieren.
- Vor der Einbeziehung in Säule 1 sind daher die wesentlichsten Faktoren für operationales Risiko zu erforschen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte es im Ermessen der nationalen Aufsicht liegen, das operationale Risiko anhand konkreter Prüfungen bzw. anhand entsprechender Meldungen einzuschätzen und für die Banken entsprechend höhere Eigenmittelquoten festsetzen zu können. Generell ist zu Säule 2 allerdings anzumerken, dass das österreichische Legalitätsprinzip, wie in anderen Staaten auch, zu berücksichtigen ist.
- Risikominimierende Techniken werden nur unzureichend berücksichtigt (z.B. die Anerkennung von Versicherungen, die Verbesserung von EDV-Systemen - z.B. Straight Through Processing etc.). Daraus resultiert die unbefriedigende Situation, dass zwar verfeinerte Messmethoden, nicht aber konkrete Maßnahmen zur Risikominimierung anerkannt werden. Der Vorschlag, lediglich „mandatory professional liability insurance“ (EU) bzw. „traditional insurance products such as bankers blankets and professional liability insurance“ berücksichtigen v.a. die angloamerikanische Situation (v.a. banker's blankets) und würden zu einer Wettbewerbsverzerrung führen.

DIE KALKULATIONSMETHODEN

Im Folgenden wird konkret auf die einzelnen Punkte des Konsultationspapiers sowie des Supporting Documents näher eingegangen, wobei zusätzlich die Vorschläge des EU-Papiers eingearbeitet wurden.

- 547 Das Konsultationspapier sieht im Rahmen des operationalen Risikos keine ausreichenden Definitionen vor. So ist u.E. das rechtliche Risiko genauer zu spezifizieren, ob darunter generelle Änderungen des Rechtssystems oder aber die Unsicherheit von Gerichtsurteilen zu verstehen sind. Diese Definitionen sind insofern von hoher Relevanz, da dies für die Berücksichtigung der Berechnung (insb. für den internen Bemessungsansatz sowie für den Verlustverteilungsansatz wichtig sind).
- 548 Die Einbeziehung des operationalen Risikos in die neuen Eigenkapital-Bestimmungen wird künftig zu wesentlichen Fortschritten bei der Kalkulation des operationalen Risikos führen. Die österreichische Kreditwirtschaft sieht daher bereits bei Einführung der neuen Eigenmittelstandards die Anerkennung des Verlustverteilungsansatzes als erforderlich an.
- 550 Die generelle Ablehnung im Baseler Konsultationspapier, nach der Verwendung eines fortgeschritteneren Ansatzes auf einen einfacheren Ansatz zurückkehren zu können, wird abgelehnt. Unter bestimmten Voraussetzungen wie z.B. bei wesentlicher Verringerung der Geschäftstätigkeit bzw. einer generellen Änderung der Geschäftstätigkeit sollte die Verwendung vereinfachter Methoden zulässig sein. Dies gilt entsprechend auch bei der Anwendung auf Geschäftsfelder (partial use).
- 551 Bei der Berechnung des operationalen Risikos auf konsolidierter Basis wird die Verwendung unterschiedlicher Modelle („partial use of partial models“) sowohl hinsichtlich der Geschäftsfelder als auch – im Falle der konsolidierten Berechnung – bei den Einheiten / Tochtergesellschaften gefordert. In diesem Fall ist eine flexible Anwendung von Geschäftsfeldern auch im Standard Approach vorzusehen (siehe unten).

Basisindikator-Ansatz

- 552 (1) Der Basisindikator stellt eine vereinfachte Form der Berechnung des operationalen Risikos dar. Allerdings ist der dargestellte Faktor (Bruttoertrag) nicht relevant für die Berechnung des operationalen Risikos. Die Heranziehung des Bruttoertrages als Bemessungsgrundlage des operationalen Risikos ist insofern kontraproduktiv, da damit gerade jene Banken bevorzugt würden, die wesentliche Verluste aus dem operationalen Geschäft verzeichnen.
- 552 (2) Abgesehen davon stellt der vorgeschlagene Alpha-Wert von 30 % eine wesentlich überhöhte Kapitalunterlegung dar. Dies würde dazu führen, dass der von Basel vorgeschlagene Ansatz, der ein im Durchschnitt ähnliches Eigenmittelniveau im gesamten Bankensektor anstrebt, nicht mehr realisierbar sein würde. Im foundation IRB-approach wird im Konsultationspapier eine Reduktion der Bemessungsgrundlage von rd. 2-3% und im (nur für wenige Banken anwendbaren) advanced IRB-approach eine weitere Reduktion von maximal 10% (bzw. wird ein floor von 10% festgesetzt) erwartet. Dem gegenüber steht eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage, die - je nach Profitabilität der Bank - dieses mögliche Einsparungspotential bei weitem übersteigt.
- EU 169 Die im Brüsseler Konsultationspapier vorgeschlagen Möglichkeit der Aufsichtsbehörden, den Basisindikator-Ansatz generell nicht zuzulassen, wird abgelehnt. Dies betrifft v.a. die Unsicherheit bezüglich der Definitionen von Geschäftsfeldern im Standardansatz, die u.U. nicht anwendbar wäre.

Standardansatz flexiblere Gestaltung des Standardansatzes, Wettbewerbsverzerrung bei Versicherungen)

- 553 (1) Die Darstellung der Geschäftsfelder ist nicht ausreichend. So z.B. wären u.E. eigene Geschäftsfelder für Leasing bzw. Bausparkassen etc. zu definieren.
- 553 (2) Zusätzlich sollte der „partial use of partial models“ zugelassen werden. D.h. dass insbesondere bei Banken, die grundsätzlich den „internal measurement approach“ verwenden, für bestimmte Geschäftsfelder bzw. Einheiten/Tochtergesellschaften der Standardapproach angewendet werden kann. Insbesondere bei Neuakquisitionen könnten ansonst Probleme entstehen. In diesem Fall ist eine flexible Definition von Geschäftsfeldern notwendig, da ansonsten eine einheitliche Darstellung bei der

Anwendung von IAS (die gem. vorliegendem EU-Verordnungsentwurf ab 2005 für notierte Unternehmen verpflichtend vorgesehen ist) - insbesondere bei der Segmentberichterstattung - zu Problemen führen könnte.

- 553 (3) Wie auch im basic indicator approach ist auch im Standard approach die Verwendung der Bruttoerträge (gross income) kontraproduktiv. Selbst bei einer Aufteilung nach Geschäftsfeldern würden gerade jene Geschäftsfelder und in weiterer Folge jene Banken die geringste Eigenmittelhaltung haben, die am wenigsten profitabel arbeiten. Hier sollte die durch die BIZ durchgeführte Erhebung (Impact Study) zur genaueren Spezifizierung der anzuwendenden Faktoren abgewartet werden. Die Bruttoerträge (u.E. besser: Betriebserträge bzw. operating income) könnten als einer von mehreren Faktoren herangezogen werden können, sollten jedoch nochmals für den Standardansatz entsprechend definiert werden (Die Definition in Fußnote 50 bezieht sich ausschließlich auf den Basic indicator approach). Plausibel erscheint die Anwendung des jährlichen Durchsatzes an Zahlungen für den Zahlungsverkehr. Inwieweit Volumenskennzahlen, wie z.B. die Bilanzsumme sowie das verwaltete Gesamtvermögen für die Vermögensverwaltung, risikorelevante Faktoren darstellen ist zu prüfen. Hier sollten die Umfrageergebnisse der Impact Study abgewartet werden und u.U. auch andere Faktoren berücksichtigt werden können.
- 553(4) Die o.a. Problematik tritt deutlich bei Verlusten in bestimmten Geschäftsfeldern (Investmentbanking und Wertpapierprovisionsgeschäft) zutage. Verluste in diesen Geschäftsfeldern würde zu einer Reduktion der Bemessungsgrundlage für operationales Risiko führen. Aus diesem Grund halten wir die in Pkt. 555 vorgeschlagene einfache Summe der aufsichtsrechtlich für jedes der Geschäftsfelder geforderten Eigenkapitalunterlegung" für nicht zielführend (siehe Pkt.555).
- 553(5) Wie bereits im allgemeinen Teil dargelegt ist die Bestimmung des Beta-Faktors problematisch und unter Umständen statistisch auch nicht relevant (insbesondere läßt die vage Beschreibung der Business Lines in der Impact Study viel Spielraum für das Mapping der Geschäftsbereiche).
- 553(6) Die Wahl der Indikatoren scheint willkürlich und könnte zu Verzerrungen zwischen den Banken führen. So

werden Retail-Banken primär an Volumenskennzahlen, Investmentbanken aber im wesentlichen am Bruttoertrag gemessen.

- 553(7) Insgesamt bietet der Standard approach aufgrund der angewandten Indikatoren keine Anreize zur Risikominimierung und setzt daher falsche Akzente. U.E. müssten bereits hier risikominimierende Techniken wie Versicherung, eine Verbesserung der EDV-Systeme oder eine schlüssige Ablauforganisation zu berücksichtigen.
- 554 Wie bereits oben angeführt sollte in bestimmten Fällen die bankinterne Definition von Geschäftsfeldern möglich sein, wobei in diesem Fall ein Mapping des durch die Aufsichtsinstanzen festgesetzten Beta-Faktors auf das jeweilige neue Geschäftsfeld zu mappen ist.
- 555 Die „einfache Summe der aufsichtsrechtlich für jedes der Geschäftsfelder geforderten Eigenkapitalunterlegung“ berücksichtigt nicht mögliche Verluste in einzelnen Geschäftsfeldern. (Siehe auch Pkt. 553/4)

Internal Measurement Approach

- 556 (1) Der Anreiz zur Anwendung des IMA in Form von niedrigerer Eigenmittelunterlegung wird – so es zu einer Unterlegungspflicht für das operationale Risiko kommt – grundsätzlich begrüßt. Zugleich ist aber sicher zu stellen, daß auch kleine Banken den Internal Measurement Approach anwenden können. Das bedeutet:
- Das Fehlen einer ausreichend großen statistischen Datenbasis an Verlustfällen kann für sich genommen kein Kriterium sein, einer Bank die Anwendung des IMA zu untersagen.
 - Externe Verlustdaten müssen nur dann herangezogen werden, wenn der Aufwand der Beschaffung in einem vernünftigen Verhältnis zu einer möglichen Eigenmittelerparnis durch die Anwendung des IMA steht.
- 556 (2) Bei Verwendung des internal measurement Approaches wird die sofortige bankinterne Definition von Geschäftsfeldern gefordert. Durch die Aufsicht vorgegebene Definitionen von Geschäftsfeldern würden lediglich zu einem wesentlichen Mehraufwand, insbesondere bei der Kapitalallokation für die Segmentberichterstattung gem. IAS führen und ist daher abzulehnen.

- 556 (3) Wie bereits bei den vorherigen Ansätzen beschrieben fehlen ausreichende Anreize zur Risikominimierung. Die vorgeschlagene Risikominderung durch Versicherungen wird (im supporting document) derart eingeschränkt, dass die Anwendung praktisch nicht möglich ist. (Siehe weiter oben bez. Wettbewerbsverzerrung zwischen den unterschiedlichen Bankmärkten.
- 556 (4) Die Festlegung des Gamma-Faktors durch die nationale Aufsichtsinstanz auf Basis von branchenweit erhobenen Daten ist in jenen Fällen problematisch, in denen nur wenige Banken den Internal Measurement Approach anwenden. Die Basisdaten sind in diesem Fall nicht vorhanden.
- 556 (5) Unklar ist die Behandlung von jenen Fällen, in denen die Matrix Geschäftsfeld x Riskotyp keinen Verlustfall aufweist.

Die Untergrenze

- 559 Die österreichische Kreditwirtschaft lehnt prinzipiell die Festlegung einer Untergrenze für die Eigenkapitalunterlegung ab. Kreditinstitute, die aufgrund der historischen Erfahrungen, der getätigten Investitionen und der durch Validierungsverfahren getesteten Systeme ein entsprechend niedriges Verlustpotential aufweisen können dies auch in ihrer Eigenkapitalhaltung zur Gänze anrechnen. Eine Beibehaltung der Untergrenze wäre kontraproduktiv, würde falsche Anreize geben, und eine Weiterentwicklung der derzeitigen Systeme wesentlich behindern.
- 563 (1) Die zwingende Schaffung eines unabhängigen Management- und Kontrollverfahrens für das operationale Risiko wird bei Verwendung des Standardansatzes nachhaltig abgelehnt. Dies würde lediglich zu nicht vertretbaren Erhöhungen von Ressourcen insbesondere bei kleineren Banken führen. Es sollte insbesondere bei kleineren Banken die Möglichkeit bestehen, diese Funktion der internen Revision zu übertragen.
- 563(2) Sofern es zur Pflicht zur Unterlegung des operationalen Risikos kommt, ist die verpflichtende Schaffung einer eigenen Datenbank zur Erfassung von Schadensfällen aus operationalem Risiko für Banken, welche den Standardansatz anwenden, nicht akzeptabel, da dem damit verbundenen Aufwand ein nur sehr

geringer Nutzen außerhalb der Eigenmittelunterlegung gegenübersteht.

- 563 (4) Für die systematische Erfassung von für das operationelle Risiko maßgebliche Daten nach Geschäftsfeldern sollte eine Untergrenze geschaffen werden. Diese Untergrenze sollte nicht als Absolutbetrag sondern als Verhältniszahl (z.B. basierend auf den im Standardansatz vorgeschlagenen Indikatoren) festgelegt werden. Die Festsetzung eines Absolutbetrages könnte zur Erfassung von Daten führen, die im einen Fall im Verhältnis zur Größe der einen Bank zu einem nicht vertretbaren administrativen Aufwand führen würde, im anderen Fall aber u.U. nicht zu einer ausreichenden Verlustverteilung.
- 565 Die Forderung an die Banken, dass sie die „Annahmen, auf denen die Erhebung und Zuweisung von Schadensfällen und die sich daraus ergebenden Verluststatistiken beruhen, prüfen und verstehen“ ist bei Verwendung von externen Daten derzeit nicht möglich. Ebenso ist eine Überprüfung von Genauigkeit und Anwendbarkeit der externen Quellen nicht möglich, sofern eine verpflichtende Offenlegung dieser Informationen durch die externen Quellen nicht umgesetzt ist.
Kriterien für externe Datenanbieter sollten geschaffen werden, ebenso sind Kriterien für die Verwendung der externen Daten zu definieren.
- 666 Die Offenlegung von operationalen Schadensfällen (in Säule 3) wird entschieden abgelehnt. Dies deshalb, weil die Wahrscheinlichkeit von Schadensfällen mit gravierenden Verlusten entweder relativ gering sind und diese Informationen zu Missinterpretationen am Markt führen würden. Abgesehen davon würde unverhältnismäßig große Verunsicherung bei Investoren entstehen, somit stärker zu einer Instabilität des Marktes führen und damit genau das Gegenteil dessen erreicht werden, was durch die Neukonzeption der Kapitalunterlegung erreicht werden soll.

ZUSÄTZLICHE ANMERKUNGEN ZUM SUPPORTING DOKUMENT

- 2 Es existiert keine einheitliche Definition von „economic capital“ im Finanzsektor. Hier ist eine einheitliche Definition erforderlich.
- 7 Die Berücksichtigung von near misses, latent losses und contingent losses wird nicht akzeptabel, da

Rechnungslegungsunterschiede und die faktische Unmöglichkeit, near misses einheitlich zu definieren, den Aufbau bankübergreifend vergleichbarer und nachvollziehbarer Datenbasen verhindert. Solche Datenbasen wiederum sind eine wichtige Voraussetzung dafür, dass auch kleineren Banken der IMA offen steht.

- 9-14 Die Definitionen bezüglich expected und unexpected loss sind unzureichend. Hier sind genauere Spezifikationen erforderlich.
- 35 Auch bezüglich der Akzeptanz von externen und gepoolten Daten erscheinen die Definitionen noch nicht ausreichend.
- 39 Der Anwendung eines „Risk Profil Index“ wird deswegen nicht nähergetreten, da positive Anreize im internal measurement approach für Banken mit geringen operationalen Risiken verloren gingen.
- 48 Die Beurteilung der Qualität der outgesourcten Aktivitäten ist zu definieren und entsprechende Maßnahmen, die eine Bank zu setzen hat, müssen spezifiziert werden.

Zusätzliche Anmerkungen zum EU-Konsultationspapier

- 185 Da die Geschäftsbereiche noch nicht konkret definiert sind und für die Betas die Ranges sehr hoch sind, ist eine abschließende Stellungnahme nicht möglich. Es sollte ein vollständiger Vorschlag bezüglich Beta-Faktoren für den Standardansatz **unbedingt** erfolgen.
- 188-193 Insgesamt sollten keine speziellen Produkte für risikominimierende Techniken, sondern lediglich Kriterien (z.B. Durchsetzbarkeit, Zeitpunkt der Auszahlung etc.) definiert werden. Dies würde auch die Anwendung erst entstehender Produkte ermöglichen. Das „Counterparty-Risiko“ wäre nur im „double default“ schlagend, ist damit äußerst gering und sollte dementsprechend berücksichtigt werden. Das Rechtsrisiko bezüglich Versicherungen ist bereits bei der Anwendung von risk mitigation enthalten. Eine weitere Berücksichtigung ist daher entbehrlich.
- 191 Insgesamt stellt sich die Frage, wozu der weiter oben abgelehnte Floor notwendig ist, wenn genaue Berechnungen des operationalen Risikos durchzuführen sind und risikominimierende Techniken anerkannt werden.

- 194 Auch hier wird der Wettbewerbsnachteil der Europäischen Banken deutlich, die das operationale Risiko aus Investmentbank-Aktivitäten zu unterlegen haben, wogegen Investmentbanken anderer Märkte die Vorschriften der BIZ nicht anzuwenden haben. Auch das stellt ein weiteres Argument für die Verschiebung des operationalen Risikos in Säule 2 ohne automatischer Eigenmittelhaltung dar.

FRAGEN

- Do you support the intention of making the standardised approach for operational risk accessible to a wider range of institutions on the basis of reasonable risk management standards? Specific suggestions –drawing from the industry's best practice of risk management standards- are welcome.

Die Idee, den Standardised Approach einer breiteren Gruppe von Banken zugänglich zu machen wird grundsätzlich unterstützt. Allerdings sollte die Definition von Geschäftsfeldern flexibler werden. Weiters sollten die derzeit vorgeschlagenen Indikatoren (z.B. Bruttoerträge) durch risikosensitivere ersetzt werden.

- Do you find the provisional calibration of the standardised approach as presented in the Basel Supporting document on operational risk relevant in the EU context? Input from federations of small and/or specialised institutions is specifically sought. Comments on the relative weightings of business lines (see table 1 of annex 3 of the Basel Supporting document) and the preliminary betas (see annex 3 of the Basel Supporting document) are specifically invited. Numerical evidence of the impact on specific industries will be most welcome.

Die Gewichtung der Business Lines ist im Supporting Dokument zwar beispielhaft angeführt, über die Ermittlung der Gewichte wird allerdings nicht weiter eingegangen. Zudem ist die Liste der angeführten Business Lines offensichtlich noch nicht endgültig. Die angeführten Schätzungen der Betafaktoren sind sehr vage.

Hier sollte die durch die BIZ durchgeführte Erhebung (Impact Study) zur genaueren Spezifizierung der anzuwendenden Faktoren abgewartet werden. Die Bruttoerträge (u.E. besser: Betriebserträge bzw. operating income) sind nicht risikosensitiv und könnten maximal als einer von mehreren Faktoren herangezogen werden.

Die Wahl der Indikatoren ist nicht nachvollziehbar und könnte zu Verzerrungen zwischen den Banken führen. So werden Retail-Banken primär an den Volumina, Investmentbanken aber im wesentlichen am Bruttoertrag gemessen. Selbst bei einer Aufteilung nach Geschäftsfeldern würden gerade jene Geschäftsfelder und in weiterer Folge jene Banken die

geringste Eigenmittelhaltung haben, die am wenigsten profitabel arbeiten.

- Do you support the intention of developing a spectrum of internal-based methodologies for operational risk in the future, to facilitate the transition from the standardised approach to more sophisticated methodologies?

Trotz der noch wenig fortgeschrittenen Erfahrungen ist bereits jetzt die Anerkennung des Verlustverteilungsvorschlages als 4. Alternative bei der Kalkulation der operationalen Risiken erforderlich. Zumindest im Internal Measurement - Ansatz sollten die Geschäftsfelder von den Banken frei wählbar sein, da eine Verwendung in der IAS-Segmentberichtserstattung sonst nicht möglich ist und zu Doppelberechnungen führen würde. Dies sollte unter bestimmten Voraussetzungen (mapping der Beta-Faktoren) auch im Standardansatz möglich sein (flexiblere Gestaltung des Standardansatzes unter bestimmten Voraussetzungen).

Die generelle Ablehnung im Baseler Konsultationspapier, nach der Verwendung eines fortgeschritteneren Ansatzes auf einen einfacheren Ansatz zurückzukehren, wird abgelehnt. Unter bestimmten Voraussetzungen wie z.B. bei wesentlicher Verringerung der Geschäftstätigkeit bzw. einer generellen Änderung der Geschäftstätigkeit sollte die Verwendung vereinfachter Methoden zulässig sein.

- What risk mitigation techniques (other than mandatory professional liability insurance) do you think deserve recognition under the standardised approach for operational risk? Please specify what qualifying criteria such techniques should meet (legal robustness, timeliness of payments...) and how the risk mitigating effect could be factored in the standardised approach.

Risikominimierende Techniken werden nur unzureichend berücksichtigt (z.B. die Anerkennung von Versicherungen, die Verbesserung von EDV-Systemen - z.B. Straight Through Processing etc.). Daraus resultiert die unbefriedigende Situation, dass zwar verfeinerte Messmethoden, nicht aber konkrete Maßnahmen zur Risikominimierung belohnt werden. Der Vorschlag, lediglich „mandatory professional liability insurance“ (EU) bzw. „traditional insurance products such as bankers blankets and professional liability insurance“ berücksichtigen v.a. die angloamerikanische Situation (v.a. banker's blankets) und würden zu einer Wettbewerbsverzerrung führen.

Insgesamt sollten keine speziellen Produkte für risikominimierende Techniken, sondern lediglich Kriterien (z.B. Durchsetzbarkeit, Zeitpunkt der Auszahlung etc.) definiert werden. Dies würde auch die Anwendung erst entstehender Produkte ermöglichen.

Das „Counterparty-Risiko“ wäre nur im „double default“ schlagend, ist damit äußerst gering und sollte

dementsprechend berücksichtigt werden.

Das Rechtsrisiko bezüglich Versicherungen ist bereits bei der Anwendung von risk mitigation enthalten. Eine weitere Berücksichtigung ist daher entbehrlich.

VI Aspekte des Handelsbuches

Punkte 567 und 569:

Im vorliegenden Konsultationspapier wird eine leicht modifizierte Definition des Handelsbuches vorgenommen, die um den Bereich des Market Making erweitert wurde. Bei der angeführten Darstellung der Aspekte, die von einer Handelsabsicht zeugen sollen, erscheint der Punkt der Überwachung der Positionen unter der zusätzlichen Berücksichtigung von **Umsatzvolumen und der gängigen Größe der im Markt gehandelten Positionen problematisch** und ist abzulehnen. Eine derartige Regelung würde dazu führen, dass jedes Kreditinstitut die Größe des Gesamtmarktes (auch regionaler Märkte) kennen muss, bezogen auf Einzelinstrumente und Einzeltitel. Diese Parameter sind aber nicht objektivierbar. Darüber hinaus wird bereits mit den anderen unter Punkt 569 angeführten Kriterien die Handelsabsicht eindeutig beschrieben.

Punkt 576 Die beabsichtigte Einführung der Bewertung zu Modellpreisen (Mark-to-Modell) als Ergänzung zur Bewertung zu Marktpreisen ist zu begrüßen, wenngleich die, bei Einsatz dieser Bewertungsmöglichkeit, notwendigen detaillierten Ablaufbeschreibungen, Dokumentationen und regelmäßigen Überprüfungen des Modells zu einem zusätzlichen Aufwand für die Banken führen werden.

Als Ergänzung sei hier festgehalten, dass innerhalb der EU im Rahmen der Rechnungslegungsvorschriften immer stärker IAS-Termini forciert werden. Zur Reduktion von Begriffsunterschieden und unterschiedlichen Termini zwischen bankaufsichtsrechtlichen Normen und Rechnungslegungsnormen sollten die Begriffe „**Marktpreis**“ und „**Modellpreis**“ unter den Oberbegriff des **Fair Values** subsumiert werden. Sind aktuelle und aussagefähige Marktpreise erhältlich, sind primär diese zu verwenden, andernfalls ist der Fair Value durch die Berechnung mittels anerkannter Modelle (Mark to Modell) zu ermitteln und zu verwenden.

Punkt 577 ff Im Rahmen der Empfehlungen für vorsichtige Bewertung ist der Punkt Bewertungsanpassungen oder -reserven genauer zu hinterfragen, da aus unsere Sicht einige Unklarheiten bestehen. Diese Empfehlung soll grundsätzlich dazu dienen, bei weniger liquiden Positionen die Bildung von Reserven vorzunehmen.

Auch die EU-Kommission betont die Wichtigkeit der „prudent valuation“ in den Punkten 202 und 203.

Des weiteren bleibt letztlich unklar, wie die Definition von weniger liquiden Positionen durchzuführen ist. Das Ausmaß der Bildung von Reserven und das Intervall von Anpassungen wird nicht hinreichend genau festgelegt. Eine Untersuchung und Festlegung von weniger liquiden Positionen auf Basis Einzeltitel und Einzelinstrument würde zu starken Kostenbelastungen für die Banken führen. Die Frage der Liquidität ist natürlich auch nach regionalen Märkten unterschiedlich zu beurteilen, vor allem im CEE-Bereich.

Punkt 581 f Die Eigenkapitalunterlegung des besonderen Kursrisikos im Handelsbuch nach der standardisierten Methode wurde dahingehend geändert, dass für Staatspapiere externe Bonitätsbeurteilungen für die Kapitalanforderung herangezogen werden.

Teil 3: Die zweite Säule - Supervisory Review Process
--

I. SUPERVISORY REVIEW PROCESS

Allgemeine Bemerkungen

Siehe grundsätzliche Position.

Anmerkungen zu einzelnen Punkten

Punkt 588-589 Wir gehen davon aus, dass es den Instituten überlassen bleiben muss, welchen Ansatz sie wählen. Begrüßt wird der Vorschlag, dass jede Bank hausintern die Angemessenheit ihres Kapitals im Rahmen eines internen Verfahrens ermittelt. Allerdings sollten diese internen Verfahren der Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit der jeweiligen Bank entsprechen.
Die Forderung, dass die *„Bank über die aufsichtlichen Mindestanforderung hinaus über angemessene Eigenmittel für die Deckung ihrer Risiken“* verfügen muss, ist nicht ausreichend spezifiziert. Es kann sich dies ausschließlich auf die jeweils intern kalkulierte Angemessenheit ihres Kapitals beziehen. Aus der Wahl des Modells an sich darf dem Institut keine höhere Eigenmittelverpflichtung erwachsen.

Unbestimmt und von besonderer strukturpolitischer Relevanz ist die Aussage Pkt. 589 letzter Satz), dass sich die Aufsicht mit solchen Banken stärker befassen soll, deren "Risikoprofil oder geschäftliche Erfahrungen solche Aufmerksamkeit rechtfertigen". Beide Begriffe müssen näher definiert werden, um nachvollziehbare Entscheidungen zu sichern und andererseits rechtzeitig den Beaufsichtigten die Möglichkeit zu geben, sich den aufsichtlichen Erfordernissen anzupassen.
Wir begrüßen eine Differenzierung innerhalb des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens nach Risikoprofil oder geschäftlichen Erfahrungen.

Punkt 590 u. 627

Punkt 2 u. 63 Annex

Soweit die Aufsicht auf qualitative Mängel mit der Aufforderung reagiert, diese Mängel (unter Androhung einer Zwangsstrafe) zu beheben, entspricht dies grundsätzlich der nationalen Aufsichtstradition (der Anwendungsbereich ist in diesem Vorschlag allerdings stark erweitert).

In keiner Weise den in Kontinentaleuropa üblichen Aufsichtstraditionen und insbesondere dem verfassungsrechtlichen Rahmen entspricht hingegen die nichtdeterminierte Umrechnung qualitativer Mängel in quantitative Kapitalvorschriften.

Eine Kapitalvorschrift als vorübergehende Maßnahme, um andere, qualitative Verbesserungen zu erzwingen, hat den Charakter einer – nicht angedrohten, sondern gleich verhängten, dafür „rückzahlbaren“ – Zwangsstrafe. Ein so wettbewerbssensibler Faktor wie das Kapital sollte aber keinesfalls als – undeterminiertes – Zwangsmittel eingesetzt werden können.

Punkt 5 Annex Für die Überwachung der angemessenen Mindestkapitalausstattung legt der Baseler Ausschuss vier Prinzipien fest.

Die Konsequenz dieser Grundsätze ist, dass das Risikomanagement einer Bank über alle Hierarchieebenen hinweg praktiziert werden muss. Risikomessverfahren, Implementierung, Anwendung, Dokumentation und interne Revision werden laufend überprüft (Punkt 1 und 2), was im Grundsatz zu begrüßen ist, insbesondere wenn der IRB-Ansatz gewählt wird.

Punkt 591 u. 623

Punkt 6, 8, 51 u. 54 Annex

Das Hauptaugenmerk der Säule 2 bezieht sich auf Folgendes:

- Risiken, die durch die Mindestkapitalanforderung nicht erschöpfend durch Pillar 1 gedeckt werden können (Kapital für operationales Risiko deckt nicht alle spezifischen Risiken in allen Instituten ab),
- Risiken, die Pillar 1 nicht unterworfen sind (Zinsänderungsrisiko),
- externe Faktoren (z.B. Konjunkturzyklus, nationale oder internationale Marktstellung, Ausmaß der Einlagensicherung)
- angemessene Erfassung besonderer Eigenschaften der Märkte
- unübliche und wesentliche Risiken auf der Passivseite
- keinerlei Diversifikation im Geschäft

Die hier angeführten potentiellen Lücken bzw. Schwächen lassen aber das Erfordernis von Basel unberührt, für festgestellte Problembereiche auch Regelungen zu entwickeln, die ihrerseits den Rahmen

aufsichtlichen Handelns bilden. Aufsichtsmaßnahmen (noch dazu u.U. strenge) zur regulatorischen Lückenfüllung entspricht nicht dem Verständnis hoheitlichen Handelns unter nachfolgender höchstgerichtlicher Kontrolle. Entscheidend ist daher, Probleme nicht nur allgemein zu beschreiben, sondern konkrete Regelungen zu entwickeln, die für die beaufsichtigten Banken Orientierung und für die Aufsichtsbehörden Maßstäbe ihres Handelns bieten.

- Externe Faktoren, wie zum Beispiel der Konjunkturverlauf, haben bereits Eingang in den internen Rating Approach gefunden. Außerdem sind diese Faktoren teilweise nicht bankindividuell.
- Operationales Risiko: Die österreichischen Banken begrüßen es zwar grundsätzlich, dem operationalen Risiko mehr Augenmerk zu widmen, wie aber im Kapitel „Operationales Risiko“ näher erläutert, wird die Einbeziehung des operationalen Risikos in Säule 1 abgelehnt und eine Verschiebung in Säule 2 gefordert, da weltweit noch keine ausreichenden Industriestandards zur Messung existieren. Die Offenlegungsanforderungen sind im Rahmen der jeweiligen Gesetzgebung entsprechend zu definieren, Sanktionen für über diese hinaus gehenden Offenlegungen werden abgelehnt.

Punkt 7 Annex Basel und auch die EU-Kommission (siehe unten Punkt 236 - 245 EU) nehmen - jedenfalls im ersten Schritt - verstärkte nationale Unterschiedlichkeiten in Kauf und räumen den Bemühungen um eine Vereinheitlichung eine mittelfristige Priorität ein. Ohne zu prüfen, welche Unterschiedlichkeiten auch wirklich in nationalen Besonderheiten begründet sind, führt dies zu verstärkter Wettbewerbsungleichheit und Aufsichtsarbitrage. Zielführender wäre es, dass die Aufsichtsbehörden zunächst ihre Praktiken und Erfahrungen austauschen (auch hinsichtlich der Kontrolle der 1. und 3. Säule). Dann sollten Unterschiedlichkeiten auf ihre sachliche Rechtfertigung in nationalen Besonderheiten untersucht und auf dieser Basis ein Regelwerk erstellt werden, um eine aufsichtsrechtliche Arbitrage zu verhindern, sofern diese Regelwerke gleichzeitig mit dem Baseler Accord in Kraft treten.

Punkt 9 ff Annex

Punkt 9 und folgende stellen generell fest, dass im Falle, dass der Risk-Management-Prozess nicht den Anforderungen der Aufsicht gerecht wird, verschiedene Maßnahmen gesetzt werden können.

Insbesondere zur zusätzlichen bankindividuellen, undeterminierten Kapitalvorschreibung siehe oben Punkt 2 Annex.

Punkt 594 ff

Punkt 12 ff Annex

Principle 1: Banks should have a process for assessing their overall capital adequacy in relation to their risk profile and a strategy for maintaining their capital levels.

Prinzipiell sind das Vorliegen eines Risikomanagementverfahrens sowie eines Strategieplans zu begrüßen.

Zu den einzelnen Prinzipien kann derzeit nur soweit Stellung genommen werden, als generell darauf geachtet werden muss, dass die Kontrollmechanismen nicht nur angemessen, sondern auch angesichts des Spielraumes, der sich aus den flexiblen Formulierungen für die Aufsicht ergibt, sowohl international als auch national zu keinen Wettbewerbsverzerrungen führen.

Im einzelnen sind folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

Um den Prozess der Risikobeurteilung möglichst transparent und vergleichbar zu halten, sollten für alle Kreditinstitute verbindliche Rahmenbedingungen für Erfassung, Messung und Beurteilung der Risikosituation entwickelt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die unter I - V dargestellten Anforderungen an Prozess, Reporting und Kontrolle in einer möglichst einheitlichen Form auch eingehalten werden.

Punkt 600-608 Die Forderung nach der Angemessenheit der Risikosysteme sollte sich unbedingt auf die Geschäftstätigkeit der jeweiligen Bank beziehen. Überzogene Anforderungen an die Systeme bei kleinem Geschäftsvolumen mit wenig komplexen Produkten stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen für die Bank.

Die Forderung des generellen Einsatzes von Value-at-Risk Modellen für das Marktrisiko wird als problematisch gesehen, v.a. in jenen Bereichen, wo das Handelsportefeuille nur einen geringen Anteil am Gesamtportefeuille der Bank darstellt (Forderung nach De minimis - Regeln wie bereits in der EU realisiert)

Es ist nicht einzusehen, warum für Banken mit kleinem Handelsbuch und solche ohne größere Optionspositionen über Säule 2 die Implementierung eines VaR-Modelles vorgeschrieben werden soll.

Punkt 605 Eine taxative Aufzählung von Datenanforderungen wird deswegen abgelehnt, da sich die Notwendigkeit der Daten auf das jeweils verwendete System der Zinsrisikomessung beziehen muss.

Principle 2: Supervisors should review and evaluate banks' internal capital adequacy assessments and strategies, as well as their ability to monitor and ensure their compliance with regulatory capital ratios. Supervisors should take appropriate supervisory action if they are not satisfied with the result of this process.

Punkt 612 ff

Punkt 36 ff Annex

Dem Argument, dass das Monitoring des notwendigen Kapitals in Relation zum Risiko der Bank die Verantwortlichkeit des Bankmanagement ist, ist zuzustimmen.

Die Anforderung des Konsultationspapiers bezüglich Überprüfung durch die Aufsichtsinstanz, insbesondere was die intern aber nicht im aufsichtsrechtlichen Prozess verwendeten Berechnungsmethoden betrifft, erscheint allerdings sehr problematisch.

Von den Banken wird ausdrücklich gefordert, ihre Angemessenheit des Kapitals doppelt zu berechnen. Einerseits erfolgt dies durch die Anwendung der aufsichtsrechtlichen Standards, andererseits wird gefordert, zusätzlich interne Systeme zur hausinternen Berechnung der Kapitaladäquanz zu installieren und diese auch dieser Aufsichtsinstanzen überprüfen zu lassen.

Diese Vorgangsweise wird abgelehnt. Sie führt zu einem erhöhten administrativen Aufwand sowie zu wesentlichen Investitionen und weiters zu entsprechenden Missinterpretationen im Falle von Veröffentlichungen.

Besonders deutlich wird dieses Problem im Falle der Anwendung eines Portfolio-Ansatzes durch die jeweilige Bank. Dieser Ansatz ist im Rahmen des Konsultationspapiers nicht anerkannt. Dies bedeutet, dass die Aufsichtsinstanz zu überprüfen hat, ob das hausintern verwendete (Risikomanagement) - System

angemessen die Risikosituation und damit die Kapitalanforderungen korrekt widerspiegelt.

Die Aufsichtsinstanzen sollten sich daher auf die Überprüfung der aufsichtsrechtlich relevanten Systeme sowie die Einbindung des Risikomanagementsystems (inklusive des internen Berichtswesens, Kontrollverfahren etc.) innerhalb der Bank konzentrieren.

Die Kontrolle der Einhaltung und Verhältnismäßigkeit der von den Banken intern gesetzten Limits und Prozesse durch die Aufsicht muss allerdings nach einheitlichen Standards erfolgen. Sonst ist in unklar, wie die Aufsicht detaillierte Bewertungen vornehmen und anschließend entsprechende Maßnahmen ergreifen kann, ohne selbst Bankmanagement zu betreiben.

Punkt 43 ff Die Einführung von Mindeststandards und Qualifikationskriterien für die Anwendung von risikominimierenden Techniken wird im Sinne einer internationalen Vergleichbarkeit durchaus begrüßt. Zur Offenlegung der bankinternen Methoden siehe zu Disclosure.

Punkt 619 f Die Einhaltung der Offenlegungsvorschriften stehen in keinem kausalen Zusammenhang mit der Risikosituation der Bank. Die Junktimierung der Anerkennung von internen Methoden, kreditrisikominimierenden Verfahren und Forderungsverbriefung für die Kalkulation des aufsichtsrechtlichen Mindestkapitals mit den Offenlegungsvorschriften wird daher abgelehnt (Siehe auch Stellungnahme zum Marktrisiko).

Aufsichtliche Überprüfung der Einhaltung der Mindestanforderungen: Die Veröffentlichung von Details zu den internen Verfahren sollen nicht über die Bestimmungen internationaler Rechnungslegungsvorschriften (IAS, US-GAAP) hinausgehen.

Die neuen geplanten Befugnisse und Pflichten der Aufsichtsbehörden sind zu allgemein gefasst, als dass sie im Hinblick auf ihre Wirksamkeit beurteilt werden können. So ist äußerst fraglich, was es in Pkt. 622 bedeutet, dass Aufsichtsbehörden angemessene Schritte einleiten werden, wenn sie mit den Ergebnissen der bankeigenen Risikoschätzung und Kapitalallokation nicht einverstanden sind. Völlig offen bleibt bei diesen Ausführungen:

- Welche Schritte sind im Hinblick auf welche Verstöße angemessen?
- Nach welchen Kriterien richtet sich die Zufriedenheit der Aufsichtsbehörden mit der Risikoeinschätzung bzw Kapitalallokation der Bank?

Principle 3: Supervisors should expect banks to operate above the minimum regulatory capital ratios and should have ability to require banks to hold capital in excess of the minimum.

Punkt 623 und 625

Punkt 46 und 57 Annex

Der Vermutung, dass Banken mit einem adäquaten Risiko- und Kapitalbeurteilungsverfahren und genügend Kapital gem. Säule 1 auch über ein angemessenes Kapital gemäß Säule 2 verfügen, wird zugestimmt (wie auch in Punkt 48 beschrieben).

Der Kapitalakkord 1988 berücksichtigte mit der Schaffung ausreichender Puffer, wie z.B. die Unterlegung der Sachanlagen ausreichend die „bankspezifischen Ungewissheiten“. Diese Puffer bleiben – soweit bekannt – auch künftig in Säule 1 erhalten. Die zusätzliche Eigenkapitalhaltung für „bankspezifische Ungewissheiten“ stellt eine Zusatzanforderung dar und widerspricht den Intentionen des Konsultationspapiers, im Durchschnitt vergleichbares Eigenkapitalniveau anzustreben. Die Schaffung weiterer Puffer für „bankspezifische Ungewissheiten“ wird daher abgelehnt.

Abgesehen davon erfolgt im Konsultationspapier lediglich eine „Negativdarstellung“ der zu berücksichtigenden Faktoren. Zusätzlich sollten risikominimierende Faktoren (z.B. bei ausreichenden Stand by – Limits, die wesentlich die Liquidität einer Bank stärken, oder sonstige Sicherungssysteme für Banken, die einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung von ausreichendem Kapital vorsehen) berücksichtigt werden.

Die undeterminierte Kapitalvorschrift wird auch hier in diesem Zusammenhang abgelehnt.

Punkt 624 ff

Punkt 47 ff Annex

Es wird festgehalten, dass Basel nicht mehr strikt die Möglichkeit der Festlegung individueller Solvabilitätskoeffizienten fordert, sondern offenbar auch andere Maßnahmen anerkennt (die Fußnote 3 zu Punkt 47 betreffend legislativer Änderungen ist nur

mehr in Konditionalform abgefasst). Dementsprechend enthalten die Punkte 48 und 49 als Alternative zur bankindividuellen Kapitalvorschreibung die aufsichtliche Kompetenz, Banken - bloß - darin zu bestärken, mit einem Kapitalpuffer über dem Mindeststandard zu arbeiten. Punkt 49 lautet: " Under principle 3 supervisors are able to require (or encourage) banks to hold capital in excess ...". Diese Alternative hat allerdings in dem Wortlaut des Grundsatzes 3 und auch 4 ebensowenig Eingang gefunden wie in die Punkte 618 und 626 f sowie 9 f, 46, 53, 55, 57 ff, 61 ff und 65 ff Annex. Vorbehaltlich einer Klarstellung werden daher die mehrfach erwähnten Bedenken gegen die undeterminierte bankindividuelle Kapitalvorschreibung aufrecht gehalten.

Rechtlich ist die Natur einer solchen aufsichtlichen „Bestärkung“ unklar.

Neben den rechtlichen Bedenken gegen eine bankindividuelle Kapitalvorschreibung ist es nicht nachvollziehbar, dass in Punkt 624 (Punkt 48 Annex) ausschließlich solche Gründe angeführt sind, die die Bank selbst zu beurteilen hat. Wie eine Aufsicht, ohne sich in das Bankmanagement massiv einzumischen (bzw. es sogar teilweise zu übernehmen), die Abwägung all dieser Umstände vornehmen kann, bleibt unklar (siehe auch Punkt 227 EU).

Abgesehen von der rechtlichen Problematik (Legalitätsprinzip) individuell festzulegender Solvabilitätsstandards sind die im Principle 1 und 2 festgelegten Standards effizienter zur Vermeidung von übermäßigen Risiken als eine Erhöhung des Solvabilitätskoeffizienten.

Punkt 624 (a) Die **freiwillige** Haltung höherer Eigenmittel als aufsichtsrechtlich notwendig als Grund für einen durch die Aufsicht verordneten zusätzlichen Puffer heranzuziehen, wird nachhaltig zurückgewiesen. Dies würde bedeuten, dass die kurzfristige Haltung höherer Eigenmittel, um künftig zu tätige Investitionen bzw. Neuakquisitionen durchführen zu können, automatisch zu zusätzlicher Kapitalanforderung durch die Aufsicht führen könnte.

Punkt 624 (b) Es ist bereits derzeit der Fall, dass Banken eine mögliche Geschäftsausweitung (als Form des normalen Geschäftsverlaufes) in ihrer Eigenkapitalhaltung berücksichtigen müssen (dazu sind die Mindesteigenkapitalvorschriften auch vorgesehen). Auch diese Begründung für aufsichtsrechtlich

zusätzlich verordnete Eigenmittel wird strikt abgelehnt.

Punkt 624 (c) Dies ist bereits durch den Grundsatz 2 (Strategien zur angemessenen Eigenkapitalausstattung) abgedeckt. Auch hier werden Maßnahmen der Aufsichtsinstanz als nicht erforderlich erachtet.

Punkt 624 (d) Auch dieser Punkt ist einerseits durch Grundsatz 2, andererseits durch die geforderten Stresstests bereits abgedeckt und eine zusätzliche Eigenkapitalhaltung wird abgelehnt.

Punkt 624 (e) Diese Anforderungen werden durch die geforderten Stress-Tests der verwendeten Systeme bereits berücksichtigt.

Punkt 53 Auch hinsichtlich der bankindividuellen Kapitalvorschreibung in Bezug auf das Zinsänderungsrisiko im Bankbuch gilt das zu Punkt 47 ff Annex Gesagte.

Punkt 625

Punkt 58 und 59 Annex

Nur unter der Voraussetzung, dass die Kriterien für die Ermächtigung der Aufsicht international einheitlich vorgegeben werden, wäre diese Bestimmung akzeptabel.

Principle 4: Supervisors should seek to intervene at an early stage to prevent capital from falling below the minimum levels required to support the risk characteristics of a particular bank and should require rapid remedial action if capital is not maintained or restored.

In Grundsatz 4 hat die oben erwähnte (Punkt 47 ff Annex) Kompromissformel („or encourage“ in Punkt 624 und 48 f Annex) noch nicht Eingang gefunden.

Da es auch hier um präventive Kapitalvorschreibungen über dem Mindeststandard geht, werden die Bedenken dagegen aufrecht gehalten.

Punkt 626

Punkt 61 Annex

Maßnahmen, wie Dividendenauszahlungsverbot, sind derzeit erst bei Gläubigergefährdung zulässig.

Wenn derart einschneidende Maßnahmen bereits präventiv eingesetzt werden sollen, erhebt sich neben der Frage der Determinierung auch die

grundsätzliche Verhältnismäßigkeit der Aufsichtsmittel. In der hier vorliegenden unbestimmten und undifferenzierten Form ist eine Beurteilung von vornherein nicht möglich.

Der Vorschlag zur Begrenzung von Dividendenzahlungen würde die Kreditinstitute in ihrer Geschäftspolitik (insb. gegenüber ihren Aktionären) zu stark einschränken und in eine starke Abhängigkeit zur Aufsicht bringen.

Hinsichtlich der Alternative zur Kapitalvorschreibung („Bestärkung“) wird auf Punkt 47 ff Annex verwiesen.

Punkt 628

Punkt 65 ff Annex

Die vorgeschlagene Offenlegung national unterschiedlicher aufsichtlicher Kriterien und Faktoren dient allenfalls einer größeren Wettbewerbsgleichheit auf nationaler Ebene, verhindert aber nicht unterschiedliche nationale Standards (Problem der Aufsichtsarbitrage) (siehe oben Punkt 7 Annex).

Neben der Veröffentlichung der Kriterien, die von der Aufsicht für die internen Schätzungen des notwendigen Risikokapitals von den Banken gefordert werden, ist auch die ex ante Definition der Kriterien selbst zu fordern.

II. EU-KONSULTATIONSPAPIER - SUPERVISORY REVIEW

Der flexible Ansatz aus Basel (individuelles Kapitalerfordernis **oder „Bestärkung“ durch die Aufsicht**) (z.B. Zi 49 Basel) sollte auch in das EU-Regelwerk übernommen werden.

Ebenso wie bei Basel wird der nationalen Flexibilität auf Kosten der Einheitlichkeit der Vorzug gegeben und damit ist internationale Aufsichtsarbitrage nicht auszuschließen.

- 227 Der Ansicht der EU-Kommission kann nur zugestimmt werden, dass die erste Verantwortung für das Risikomanagement bei der einzelnen Bank liegt und nicht bei der Aufsicht, und Kapital selbst nie inadäquates Risikomanagement kompensieren kann. Unklar bleibt allerdings auch hier, was „das angemessene Kapital vom Standpunkt der Aufsicht aus“ bedeutet. Auch hier werden - bloß - nicht berücksichtigte Faktoren erwähnt (siehe Stellungnahme zu Punkt 6 Annex).
- 230 Die Möglichkeit eines individuell festzulegenden Solvabilitätskoeffizienten siehe Punkt 624 ff und 47 ff Annex.
- Minimum Capital Ratios
- 234 Die Soundness eines Instituts oder eines Sektors leitet sich nicht nur von formalen Solvabilitätskoeffizienten ab, sondern insbesondere von der Qualität des Risikomanagements. Insofern ist die Festlegung individueller Solvabilitätskoeffizienten (siehe einerseits dazu Punkt 627 und 63, 65 ff Annex und andererseits zu Punkt 624 ff und 47 ff Annex) nicht notwendig, sondern vielmehr sind qualitative Maßnahmen effizienter. Die Auferlegung qualitativer Maßnahmen kann aber nur nach bestimmten ex ante festgelegten Regeln erfolgen (siehe dazu Punkt 65 Annex).
- 235 Zur Festlegung individueller Solvabilitätskoeffizienten siehe oben Punkt 234 EU.
- 231 bis
237 Nicht nur unterhalb der - neu geschaffenen - zentralen Aufsichtskompetenzen differieren die nationalen Rahmenbedingungen, sondern schon insbesondere bei der individuellen

Kapitalvorschreibung (siehe Punkt 627 und 63, 65 Annex). Basel hat dem Rechnung getragen und zeigt auch diesbezüglich Flexibilität. Daran sollte sich unbedingt auch die EU orientieren.

237 bis 245 Die Rücksichtnahme auf nationale Verschiedenheiten einerseits und die Vereinheitlichung andererseits werden zwar als Spannungsverhältnis erkannt, gelöst wird dies aber zugunsten nationaler Unterschiedlichkeiten und zulasten der Wettbewerbsgleichheit: Man beschränkt sich auf Prinzipien (Punkt 241 EU) und verschiebt alle näheren Konkretisierungen auf die nationale Ebene (Punkt 245 EU). Diese Strategie (Offenlegung der nationalen Kriterien als erster Schritt und Annäherung der Aufsichtspraktiken in einem zweiten Schritt – die EU-Kommission räumt ein, dass diese Annäherung gerade erst begonnen hat: Punkt 243 EU) wird bewirken, dass die Aufsichtsbehörden in den einzelnen Ländern unterschiedlicher agieren werden als derzeit. Damit wird die Wettbewerbsungleichheit und die internationale Aufsichtsarbitrage zunehmen, was nicht im Sinne der Säule 2 liegen kann (siehe Punkt 7 Annex).

Ergänzend wird angemerkt, dass unterschiedliche Aufsichtspraktiken derzeit nicht immer durch nationale Besonderheiten begründet sind (siehe Punkt 243). Bei sachlich nicht begründeten Unterschieden entstehen dann Wettbewerbsverzerrungen. Zur Gewährleistung der Consistency wird daher gefordert, dass gleichzeitig mit Inkrafttreten des Baseler Eigenmittel-Accords ein für die Mitgliedstaaten verbindliches Regelwerk zum Supervisory Approach verabschiedet wird.

C Other Aspects of the Supervisory Review Process:

Zinsänderungsrisiko im Bankbuch

Summary

- Im Punkt 630 des Entwurfs der neuen Eigenmittelbestimmungen wird den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit eingeräumt, verpflichtende zusätzliche Eigenmittelvorschriften zur Abdeckung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch einzuführen. In diesem Zusammenhang ist eine klare rechtliche Vorgabe erforderlich, in welchem Ausmaß und unter welchen Rahmenbedingungen von den nationalen Aufsichtsbehörden auf dieses Mittel zurückgegriffen werden kann. Diese Regelung kann zu Ungleichbehandlungen und damit zu Wettbewerbsverzerrungen auf konkurrierenden Märkten (G 10 und/oder EU) führen. Eine einheitliche Vorgangsweise im Rahmen der Europäischen Union wäre sinnvoll.
- Einen Automatismus (wie im Punkt 632 vorgesehen), bei Überschreiten der Outlier-Grenze zum Halten von zusätzlichem regulatorischen Eigenmittel verpflichtet zu werden, wird strikt abgelehnt.
- In den "Principles for the Management and the Supervision of Interest Rate Risk" wird eine Anwendung aller internen Zinsänderungsrisiko-Managementstrategien auf konsolidierter und auf Einzelunternehmensebene gefordert. Diese Bestimmung nur für vollkonsolidierte Unternehmen (bzw für jene mit beherrschendem Einfluss) gefordert werden, da ansonsten die Durchgriffsrechte für eine Implementierung solcher Strategien nicht gegeben sind. Weiters sollte klargestellt werden, dass eine Konsolidierung auf Ebene der Risikoergebnisse der Einzelunternehmen und nicht auf Einzeltransaktionsebene erfolgt, da eine solche Vorgangsweise mittelfristig aus Sicht der EDV-Erfordernisse (unterschiedliche Systemlandschaften etc.) sowie aus Kostengründen nicht realisierbar ist. Zusätzlich sollten mehrjährige Übergangsregelungen beim Erwerb neuer Beteiligungen gewährt werden, da die Implementierung eines funktionierenden Zinsänderungsrisikomanagements für das Bankbuch ein sehr zeitintensiver und komplexer Prozess ist.
- Speziell zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag des EU-Konsultationspapiers, wo eine "De minimis exemption" vorgeschlagen wird:
Banken, die weniger als 25 % ihres Gesamteinkommens aus Zinserträgen erwirtschaften sowie Institute, die weniger als 5 Mio. EUR Zinserträge aufweisen, sollen nicht unter die neuen Richtlinien fallen. Diese Regelung sollte jedenfalls auch im Baseler Papier berücksichtigt werden.

- Positiv beurteilt wird die Regelung, dass nur jene Währungen gesondert analysiert werden müssen, die zumindest 5 % der Aktiva der Bankbuchpositionen ausmachen. Wir glauben, dass dies eine sehr sinnvolle Lösung ist, die den Banken unnötigen Zusatzaufwand erspart.
- Im Punkt 6 des Summary der "Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk" wird ausdrücklich festgehalten, dass die internen Risikomessungssysteme der Banken als Grundlage für das aufsichtsbehördliche Überprüfungsverfahren herangezogen werden sollen. In einzelnen Punkten diese Modellfreiheit durch standardisierte Annahmen einzuschränken, wie sie an verschiedenen Stellen des Papiers vorgeschlagen werden (beispielsweise Annex 2,C,8 oder Annex 4,A,2 e), wird abgelehnt.
- Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass die extrem umfangreichen Disclosure-Vorschriften zu einem hohen administrativen Aufwand und Zusatzkosten für die Banken führen, die letztlich zu einer enormen Informationsflut führen. Eine deutliche Reduktion dieser Veröffentlichungs-Vorschriften ist unbedingt notwendig. Speziell die Veröffentlichung folgender Punkte wird als weit überschüssig abgelehnt:
 - Veröffentlichung der Ergebnisse des standardisierten Zinsschocks
 - Veröffentlichung von internen Limits
 - de-facto Veröffentlichung von Outliers
 - Veröffentlichung von Ex Post-Analysen
- Es sind in den Unterlagen keine Aussagen zur Behandlung nicht-zinssensitiver Positionen getroffen worden. Es wäre wünschenswert, eine Klärung der grundsätzlichen Behandlung dieser Positionen in die "Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk" einzubauen, dabei aber unterschiedliche Ansätze der internen Modelle zur Messung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch zuzulassen.

Allgemeine Bemerkungen

Siehe Grundsatzposition.

The New Basel Capital Accord

Pkt. 630

Neben diesen grundsätzlichen Aussagen sind folgende spezifische Anmerkungen zum vorliegenden Entwurf zu machen.

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungsverfahrens haben die Aufsichtsbehörden die Möglichkeit, bei Vorliegen „einer hinreichenden Homogenität hinsichtlich der Art und der Methoden zur Überwachung und Messung dieses Risikos unter den von ihnen beaufsichtigten Banken“ eine verbindliche Eigenkapitalanforderung einzuführen.

In diesen Zusammenhang sind klare rechtliche Vorgaben notwendig, in welchem Ausmaß und unter welchen Rahmenbedingungen von den nationalen Aufsichtsbehörden auf dieses Mittel zurückgegriffen werden kann. Diese Regelung kann zu Ungleichbehandlungen und damit zu Wettbewerbsverzerrungen auf konkurrierenden Märkten (G 10 und/oder EU) führen. Eine einheitliche Vorgangsweise im Rahmen der Europäischen Union wäre sinnvoll.

Zusätzliches Eigenkapital ist außerdem nicht die beste Variante, um gegebenenfalls Banken zu Änderungen in ihrem Zinsrisikomess- und steuerungssystem im Bankbuch zu führen (vor allem wegen der unterschiedlichen Fristigkeit der G & V-Effekte aus Zinsänderungsrisikopositionen).

Pkt. 632

Hier findet sich die Aussage, wonach die Aufsichtsbehörde bei Feststellen von nicht aus-reichendem Kapital zur Unterlegung des Zinsänderungsrisikos Maßnahmen fordern muss. Hier wird insbesondere auf die sogenannten „Ausreißer-Banken“ verwiesen. Die aus ungenaue Formulierung von „nicht ausreichendem Kapital“ lässt aber bereits die Möglichkeit zu, auch bei „Nicht-Ausreißer-Banken“ Maßnahmen (Aufbringung von zusätzlichem Kapital, Reduktion der Risikoposition) seitens der Aufsichtsbehörde zu verlangen. Auch hier ist eine exaktere Formulierung notwendig, um Wettbewerbsverzerrungen aufgrund nationaler Alleingänge vorzubeugen.

Einen Automatismus, bei Überschreiten der Outlier-Grenze zum Halten von zusätzlichen regulatorischen Eigenmittel verpflichtet zu werden, wird strikt abgelehnt.

Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk

Principle 3

Bei der Implementierung dieses Prinzips ist darauf zu achten, dass kleinere Banken aufgrund der neuen Bestimmungen keine zusätzlichen organisatorischen Einheiten aufbauen müssen.

Principle 4

Hier wird eine Anwendung aller internen Zinsänderungsrisiko-Managementstrategien auf konsolidierter und auf Einzelunternehmensebene gefordert. Aus unserer Sicht kann diese Bestimmung nur für vollkonsolidierte Unternehmen (bzw. auf jene mit beherrschendem Einfluss) gefordert werden, da ansonsten die Durchgriffsrechte für eine Implementierung solcher Strategien nicht gegeben sind. Weiters sollte klargestellt werden, dass eine Konsolidierung auf Ebene der Risikoergebnisse der Einzelunternehmen und nicht auf Einzeltransaktionsebene erfolgt, da eine solche Vorgangsweise mittelfristig aus Sicht der EDV-Erfordernisse (unterschiedliche Systemlandschaften) sowie aus Kostengründen nicht realisierbar ist. Zusätzlich sollten mehrjährige Übergangsregelungen beim Erwerb neuer Beteiligungen gewährt werden, da die Implementierung eines funktionierenden Zinsänderungsrisikomanagements für das Bankbuch ein sehr zeitintensiver und komplexer Prozess ist.

Speziell begrüßen möchten wir in diesem Zusammenhang den Vorschlag des Brüsseler Konsultationspapiers, wo eine "De minimis exemption" vorgeschlagen wird:

Banken, die weniger als 25 % ihres Gesamteinkommens aus Zinserträgen erwirtschaften sowie Institute, die weniger als 5 Mio. EUR Zinserträge aufweisen, sollen nicht unter die neuen Richtlinien fallen. Diese Regelung sollte auch im Baseler Papier berücksichtigt werden. Weiters sollte explizit angeführt werden, dass die "De minimis exemption" auch für Tochterunternehmen im Rahmen der Konsolidierung gilt.

Pkt. I, B, 19

Hier wird gefordert auch die Zinssensitivität von Nicht-Zinserträgen zu analysieren. Wir halten solche Analysen grundsätzlich für sinnvoll, vermuten jedoch, dass diese - bei strenger Auslegung der Disclosure-Bestimmungen - auch zu veröffentlichen sind. Eine solche Veröffentlichungsverpflichtung lehnen wir jedoch ab, da jene Erträge, die nicht direkte Zinserträge sind, sehr heterogen und daher schwer vergleichbar sind.

Pkt. I, B, 22

In diesem Absatz wird darauf hingewiesen, dass auch sogenannte versteckte Gewinne und Verluste bei der Risikomessung zu berücksichtigen sind. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, dass eine Veröffentlichung solcher Zahlen ein Market Value Accounting darstellt, das selbst über die Anforderungen der International Accounting Standards hinausgeht.

Pkt. V, A, 50

Jeder händische Eingriff in die Daten soll dokumentiert werden. Wir sind der Ansicht, dass eine solche Bestimmung bei exzessiver Auslegung zu einer unübersichtlichen Dokumentationsflut führt und daher die Einführung einer "Wesentlichkeits"-Grenze, die von den nationalen Aufsichtsbehörden festgelegt werden sollte, erforderlich ist.

Pkt. X, 79, (c)

Mehrmals wird die genaue Abgrenzung von Produkten mit Embedded Options sowie deren adäquate risikomäßige Betrachtung gefordert. Hierzu ist es wichtig, genauer zu erläutern, welche Arten von Embedded Options gemeint sind.

Pkt. X, 81

Sollten die geforderten Zins-Schockanalysen, wie hier zunächst als Wahlmöglichkeit vorgeschlagen, auf historischen Zeitreihen aufbauend durchgeführt werden müssen, so sehen wir *insbesondere* bei den „non-G10 currencies“ die Problematik der hier geforderten 6 Jahre an historischer Datenverfügbarkeit für viele Zinskurven, insbesondere im CEE-Raum.

Eine Haltedauer von einem Jahr, wie im Pkt. 3 gefordert, ist deutlich zu weit gefasst und abzulehnen, da Banken, auch für Positionen im Bankbuch, wesentlich schneller Maßnahmen zur Steuerung des Zinsänderungsrisiko ergreifen.

Pkt. X, 82

Positiv hervorheben möchten wir die Regelung, dass nur jene Währungen gesondert analysiert werden müssen, die zumindest 5 % der Aktiva der Bankbuchpositionen ausmachen. Wir glauben, dass dies eine sehr sinnvolle Lösung ist, die den Banken unnötigen Zusatzaufwand erspart.

Annex 2, C, 8

Im Punkt 6 des Summary der "Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk" wird ausdrücklich festgehalten, dass die internen Risikomessungssysteme der Banken als Grundlage für das aufsichtsbehördliche Überprüfungsverfahren herangezogen werden sollen. Aus unserer Sicht ist es daher abzulehnen, in einzelnen Punkten diese Modellfreiheit durch standardisierte Annahmen einzuschränken, wie sie an verschiedenen Stellen vorgeschlagen werden.

So heißt es in Annex 2, C, 8, dass den lokalen Aufsichtsbehörden die Möglichkeit eingeräumt wird, alternative Annahmen als jene der Banken simulativ von der jeweiligen Bank testen zu lassen. Weiters wird im Annex 4, A, 2 (e) gefordert, die maximalen Duration von Core Deposits mit 2,5 zu limitieren und in Pkt. X, 79 (d) werden die Laufzeitbereiche dieser Core Deposits mit 3-5 Jahren beschränkt. Diese Einschränkungen stellen nicht nur einen Eingriff in die Risikosteuerung der Banken dar, sie können sogar dazu führen, dass die Zinsrisikoposition der Bank fälschlicherweise als zu gering angenommen wird.

Säule 3 (Market Discipline)

Grundsätzlich sind wir der Ansicht, dass die extrem umfangreichen Veröffentlichungs-Vorschriften zu einem hohen administrativen Aufwand und Zusatzkosten für die Banken führen, und zu einer enormen Informationsflut führen. Eine deutliche Reduktion dieser Veröffentlichungs-Vorschriften ist unbedingt erforderlich. Besonders gilt dies für die Veröffentlichung der folgenden Punkte:

Die Veröffentlichung von internen Limits ist nicht sinnvoll, da sie zu falschen Signalen und zu einer gewissen Eigendynamik in den Märkten führen kann. So würde eine Bank, die zu Beginn ein relativ hohes Limit veröffentlicht hat, vermutlich nie Probleme mit diesem Limit bekommen, während jene, die realistische Limits angeben unter Umständen an deren Grenzen gelangen und dann eventuell vom Markt dafür bestraft werden. Hier werden u.E. falsche Anreize gegeben.

Im Support Document zur Market Discipline ist als „core quantitative disclosure“ die Veröffentlichung der absoluten Veränderungen von Erträgen und Barwert bei der standardisierten Zinsschockanalyse sowie die daraus resultierende Beziehung zum regulatorischen Kapital vorgesehen. Wir glauben, dass diese de-facto Veröffentlichungspflicht der eigenen „Outliers“ die Banken nur dazu veranlassen würde, Umgehungshandlungen zu setzen und lehnen diesen Punkt daher ab.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse des internen Zinsschocks, sei es in Absolutbeträgen, sei es in Prozentwerten wird abgelehnt.

Bedingt durch die begrüßenswerte Zulassung von bankindividuellen Annahmen, etwa zum Kundenverhalten, sind die Ergebnisse nicht vergleichbar und haben ohne detaillierte Veröffentlichung der Annahmen kaum Aussagekraft. Daneben kann diese Verpflichtung dazu führen, dass Banken im Hinblick auf die Veröffentlichung für sie möglichst vorteilhafte Annahmen in den Risikomeßsystemen ansetzen, was auch bankintern zu einer Unterschätzung des Zinsänderungsrisikos führen würde.

Statt dessen schlagen wir vor, dass für den Geschäftsbericht nur eine Feststellung vorgeschrieben wird, ob und gegebenenfalls wie oft die Grenze von 20 % des regulatorischen Kapitals überschritten im Geschäftsjahr überschritten wurde.

Zu der Veröffentlichung der Annahmen für Embedded Options ist auf den bereits weiter oben beschriebenen Punkt der näheren Klärung dieses Begriffs zu verweisen.

Weiters wird die Veröffentlichung von Ex Post-Analysen verlangt. Wir glauben, dass eine solche Veröffentlichung eine Überflutung mit Informationen darstellt, da eventuelle Abweichungen sehr vielfältige und komplexe Gründe haben können, die zu verstehen eines soliden Risiko- und Modellverständnisses bedarf. Derartige Analysen sollen nicht veröffentlicht werden, sondern bei Bedarf den nationalen Aufsichtsbehörden zur Verfügung gestellt werden.

Abschließende Bemerkung

Es sind in den Unterlagen keine Aussagen zur Behandlung nicht-zinssensitiver Positionen getroffen worden. Es wäre wünschenswert, eine Klärung der grundsätzlichen Behandlung dieser Positionen in die "Principles for the Management and Supervision of Interest Rate Risk" einzubauen, dabei aber unterschiedliche Ansätze der internen Modelle zur Messung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch zuzulassen.

Teil 4: Die dritte Säule - Markt Disziplin

A) Allgemeine Überlegungen

Punkt 634 (bzw 11 des Anhanges)

Punkt 634 fordert - neben der Erstellung einer vom obersten Verwaltungsorgan gebilligten Offenlegungspolitik - die „Einführung eines Verfahrens, um zu beurteilen, ob ihre Offenlegung angemessen ist und häufig genug erfolgt.“

Welcher „Überprüfungsprozess“ von den Kreditinstituten einzurichten ist, um die Eignung und notwendige Häufigkeit ihrer Offenlegungen von Informationen über Finanzlage und Erfolg sicherzustellen, ist nicht geklärt.

Hier ist eine Klarstellung erforderlich, welche Offenlegungspolitik und welcher Überprüfungsprozess aus Sicht von Basel adäquat sind (insbesondere wegen Verknüpfung mit Strafsanktionen in Pkt. 639!)

**Offenlegungsempfehlungen in Bezug auf Kerninformationen und
Ergänzende Informationen**

Punkt 635

Die Abstufung von Kern- und ergänzenden Informationen bzw. aufsichtsrechtlichen Informationen soll nicht vom Entwicklungsgrad einer Bank (Pkt. 635 letzter Satz), sondern vielmehr von den tatsächlichen betriebenen Geschäftsbereichen, Risikobereichen bzw. verwendeten Methoden abhängen, die auch unterschiedliche Transparenz bzw. transparente Kennzahlen erfordern.

Häufigkeit

Punkt 637 (bzw. 22 des Annexes)

Eingangs wird festgehalten, dass es für kleinere Kreditinstitute, die keine IAS anwenden, erforderlich ist, dass diese Offenlegungen unterbleiben können, soweit es sich nicht um wesentliche Marktteilnehmer handelt (durch die Einführung der verpflichtenden Anwendung von IAS für notierte Unternehmen ab 2005 in der EU wären damit die wichtigsten Marktteilnehmer zu einer vierteljährlichen Offenlegung in jedem Fall verpflichtet).

Unter der Überschrift Häufigkeit werden halbjährliche bzw. für international tätige Banken quartalsweise Offenlegungen verlangt. Dazu wird aber im Bereich des Marktrisikos „ ... erwartet, dass jede wichtige Veränderung allgemeiner Natur so bald wie möglich nach dem jeweiligen Ereignis bekanntgegeben wird. Auch diese Bestimmung steht unter der Sanktionsdrohung des Pkt. 639 Satz 1 (s.o. Grundsatzposition).

- Offen ist, was eine „wichtige Veränderung allgemeiner Natur “ ist, bzw.
- muss geklärt werden, wie rasch derartige Informationen tatsächlich veröffentlicht werden müssen, da eine unklare Rechtssituation noch dazu mit massiven Sanktionen verknüpft wird,
- wo sie wie zu veröffentlichen ist, hier wird nur auf die „Möglichkeiten der elektronischen Medien“ verwiesen: Ist zB eine Darstellung auf der eigenen Web-Site ausreichend?

Hier ist unbedingt eine Determinierung der offenen Begriffe notwendig, da ansonsten ein - noch dazu von der jeweiligen lokalen Bankaufsicht abhängiges - zusätzliches Offenlegungskriterium - mitsamt einer ebenso undefinierten Sanktionsmöglichkeit - geschaffen wird, was nicht dem Bestimmtheitsanspruch des Legalitätsgedankens entspricht.

Punkt 638 i.Z.m. 23 des Anhangs

Hier werden, da in manchen Rechtsordnungen dzt. noch nicht zwingend vorgeschrieben, zumindest geprüfte Halbjahresoffenlegungen und darüber hinaus auch quartalsweise

geprüfte Offenlegungen angeregt: dies geht über die dzt. Offenlegungspflichten in IAS hinaus.

Weiters werden Offenlegungen in elektronischen Medien (WWW) empfohlen: Zu klären wäre Standard und Art.

Auch hier ist im Sinne der Schaffung von Wettbewerbsneutralität neuer Bestimmungen der gleichzeitige weltweite Einsatz dieser Vorschriften sicherzustellen, wobei eine derart grundlegende Regel im Sinne der dadurch entstehenden hohen Kostenbelastung unangemessen erscheint und die Regeln noch einmal überdacht werden sollten.

Punkt 639, Satz 1 bis 3, (bzw 12 des Anhanges)

Danach sollen lokale Bankenaufsichten diese Offenlegungspolitik überprüfen. Bei Nichteinhaltung der Offenlegungsprinzipien der dritten Säule – aus Sicht der lokalen Bankenaufsicht –

... erwartet der Ausschuss, dass die zuständige Aufsichtsinstanz reagiert, um in dieser Situation für Abhilfe zu sorgen. Wie stark die Reaktion ausfällt, sollte von Art, Wirkung und Dauer des Verstoßes abhängig gemacht werden." Die vorgeschlagenen Sanktionen reichen dabei von Appellen über Dialog mit den Geschäftsleitungen bis zu Rügen oder Geldbußen. Dazu ergeben sich folgende Fragen:

- Nach welchen Kriterien?
- Mit welchen Sanktionen bei welcher Unzufriedenheit der Bankenaufsicht?
- Wie soll dabei eine weltweite Einheitlichkeit i.S. eines „level playing fields“ sichergestellt werden?
- Warum gilt das nur für Banken, nicht aber für banknahe Institutionen, wie z.B. für Wertpapierhäuser?
- Für die Verwendung von Berechnungsmethoden, von denen eine Verringerung des EM-Bedarfs erwartet wird, werden bestimmte Offenlegungen verlangt, was geschieht mit anderen Offenlegungspflichten?

Hier muss ein level playing field durch Bekanntgabe von Mindestanforderungen, künftige weltweit einheitliche Vorgangsweisen für Offenlegung bzw. bei Sanktionsdurchsetzung geschaffen werden, um Wettbewerbsverzerrungen möglichst hintanzuhalten.

B) Offenlegung – Anwendungsbereich der neuen Eigenkapitalvereinbarung

1. Kerninformationen

Punkt 639 Satz 4 - 5 bzw. Annex Säule 3, Pkt. 13; Punkt. 645, Kerninformationen (qualitativ):

Grundsätzliche Problematik Eigenmittel-Berechnung nach Basel vs. EU-Richtlinien:

Das Basler Papier stellt klar, dass die EM-Bestandteile und der (erweiterte) Konsolidierungskreis i.w. unverändert werden sollen, spricht aber davon, dass immer mehr auf eine Konsistenz zwischen Rechnungslegung samt dortiger Offenlegung und EM-Berechnung samt damit zusammenhängender Offenlegung gedrängt werden soll (s.u. Pkt 3). Basel beruht dabei auf der Rechnungslegung nach den dzt. gültigen EU-Richtlinien.

1. Dzt. werden die (konsolidierten) Eigenmittel auf Basis der Buchwerte im Einzelabschluss gerechnet, die in der EU - tlw. mit Ausnahme des Handelsbestandes - auf Anschaffungskosten basieren. Nur für den Konzernabschluss wurde ein IAS-Abschluss erlaubt, dieser ist aber für die Eigenmittelberechnung von keiner Relevanz.
2. Die neue EU-RL zur Anpassung an IAS 39 wird Mitgliedsländern freistellen, (branchenweise) Unternehmen zu erlauben oder von ihnen zu verlangen, Finanzinstrumente in Einzel- und/oder Konzernabschlüssen auf Basis der Marktwerte (fair value accounting) zu bilanzieren. Ist der Buchwert im Einzelabschluss aber ein Marktwert, wird zwangsweise auch die EM-Berechnung auf Basis dieses - von den Anschaffungskosten abweichenden - Marktwert ermittelt.

Da dieses Wahlrecht der Mitgliedsländer nicht von allen Ländern gleich ausgeübt werden wird bzw. Basel einen weiteren Kreis von Staaten umfasst als die EU, sind - um Ratios vergleichbar zu machen - Vorgaben durch Basel vonnöten, auf welcher Basis die Eigenmittel berechnet werden.

3. Die Marktwerte selbst beinhalten bereits einen Teil jener Risiken - Zinsänderung, counterparty risk - die durch Basel extra im Wege der Gewichtung der Buchwerte zu berücksichtigen sind: hier besteht die Gefahr einer Mehrfachberücksichtigung von Risiken im Vergleich zur Verwendung von Anschaffungskosten als Buchwert, da diese Risiken in den Anschaffungskosten nicht berücksichtigt werden.
4. Auch steht zu befürchten, dass die Nutzung von Bilanzierungswahlrechten Auswirkungen auf die ausgewiesenen Ratios haben wird: die Marktwertänderungen des Bankbuches können entweder in der G&V erfasst werden - dann gelten sie wie jetzt beim Handelsbestand als realisiert und gelten als Kernkapital - oder in einer Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen werden: hier steht dann zu befürchten, dass sie - da nicht realisiert - wie die bisherige Neubewertungsreserve mit einem Abschlag nur zu Tier 2 gerechnet werden dürfen, was die Ratios wiederum stark verzerren würde. Auch hier ist eine Klarstellung durch Basel

erforderlich, um nicht EM-Ratios von der Nutzung von Bilanzierungswahlrechten abhängig zu machen.

Weiters wäre klarzustellen, dass Sanktionsmöglichkeiten für derart unklar definierte Offenlegungsverpflichtungen jedenfalls abgelehnt werden.

Punkt 643

Punkt 5 „Für den Fall, dass eine andere Methode als der Abzug eingesetzt wird, die Wirkung dieser Methode im Vergleich zum Abzug.“

Diese Information ist grundsätzlich abzulehnen, da die Konsolidierung entweder entsprechend der geltenden nationalen Vorschriften erfolgt oder aber nach geltenden internationalen Standards wie IAS. Die Forderung würde einem Doppelausweis gleichkommen und unnötigen, administrativen Aufwand verursachen. Abgesehen davon ist die Vollkonsolidierung eine wesentlich genauere Methode als der Abzug von den Eigenmitteln.

Punkt 4-6 Banken haben in ihrem Geschäftsbericht die angewandten Bewertungsregelungen darzustellen. Zusätzliche Informationen bezüglich Auswirkungen im Falle sonstiger Bewertungsverfahren sind abzulehnen, da dies einen wesentlichen administrativen Aufwand in Form einer mehrfachen Bilanzerstellung führen würde.

Punkt 6 „Für den Fall, dass überschüssiges Eigenkapital - also Kapital, das über den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalbedarf von im konsolidierten Ansatz nicht eingeschlossenen Unternehmen hinausgeht - anerkannt bzw. angerechnet wird, die Konsequenzen für die Eigenkapitalausstattung der Gruppe.“

Dies erfolgt bereits heute durch die Ausweisung der Minderheitsrechte. Weitergehende Informationen werden abgelehnt, da sie keine wesentlichen Zusatzinformationen darstellen.

Punkt 7 „Die Unternehmen innerhalb der Gruppe (sowie den prozentualen Anteil der Gruppe an den stimmberechtigten Aktien dieser Unternehmen), a) die anteilig konsolidiert werden oder b) bei denen ein Abzug vorgenommen wird.“

Hier sollte unbedingt eine Beschränkung auf die wesentlichen Tochtergesellschaften (Definition der Wesentlichkeit analog IAS-Konsolidierungskreis) erfolgen.

C) Offenlegung - Eigenkapitalstruktur

Punkt 645

Die Information, ob nicht realisierte Gewinne oder Verluste im Kernkapital berücksichtigt sind, resultiert aus der Bekanntgabe der allgemeinen Bewertungsregelungen und braucht nicht zusätzlich angeführt werden.

Punkt 646

Diese Informationen sind bereits im Rahmen der Prospektpflicht erfolgt und kein weiteres Mal darzustellen. Ein jährlicher oder aber auch quartalsmäßiger Ausweis würde hier keine wesentlichen Mehrinformationen bringen. Da diese Instrumente lediglich im Finanzsektor (bzw. bei großen Unternehmen, die ein eigenes Treasury führen) gehandelt bzw. gehalten werden, ist zu erwarten, dass sich diese Marktteilnehmer entsprechend am Markt auch informieren.

D) Offenlegung - Eingegangene Risiken und Ihre Beurteilung

2. Kreditrisiko im Anlagebuch

Punkt 650

Kerninformationen (quantitativ)

In Teil a) Kerninformationen (quantitativ) werden neue, zusätzliche Laufzeitbänder, die so dzt. in keinem IAS-Standard vorkommen und deren Relevanz zumindest in Frage zu stellen ist, gefordert (5 - 10 Jahre; über 10 Jahre).

Die Gliederung der Kreditengagements nach Industriezweig oder Gegenpartei (wie sie die Bank bei internen Klassifizierungen und/oder zu Rechnungslegungszwecken verwendet: Finanzunternehmen, verarbeitende Industrie, Technologiesektor usw.), ...

Diese Gliederung muß möglichst einfach sein um akzeptiert werden zu können (etwa nach den 6 für den IRBA vorgeschriebenen Teil-Portfolios). Wird die Gliederung nach Branchen vorgeschrieben, würde dies im Extremfall dazu führen, daß kleine Banken einzelne Engagements einzeln ausweisen müssen.

Diese Informationen müssen nur soweit gegeben werden, als damit nicht berechnigte Interessen Dritter (Gegenpartei) verletzt werden bzw. die Bank durch deren Veröffentlichung keinen Verstoß gegen andere Rechtsnormen (Bankgeheimnis) begeht. Wir schlagen daher eine Verschiebung in Säule 2 vor.

Darüber hinaus wird der Ausweis des Effektes von Kreditrisikominderung abgelehnt, da es sich hier um keine wesentlichen Zusatzinformationen handelt, welche nur zu einer

weiteren administrativen Ausweitung führen würden. Diese Anforderung wird generell abgelehnt, da der Ausweis des Kreditrisikos (durch die Bemessungsgrundlage) bereits bisher erfolgt. Zusätzlich lehnen wir den Ausweis vor Abzug der Risikovorsorgen sowie Sicherheiten generell ab.

Der Ausweis der notleidenden bzw. überfälligen Volumina sollte in Säule 2 (aufsichtsrechtliches Berichtswesen) verschoben werden. Die Gefahr besteht, dass hier Fehlinterpretationen zu Unsicherheiten im gesamten Finanzsystem führen und damit genau der gegenteilige Effekt erzielt wird, als durch das Papier angestrebt. Abgesehen davon existiert keine allgemein anerkannte Definition von notleidend bzw. überfällig, sodass eine internationale Vergleichbarkeit ohnehin nicht gegeben ist.

Ergänzende Informationen

Zu Teil c), Ergänzende Informationen, wird festgehalten, dass Angaben in Bezug auf die durchschnittlichen Risikopositionen innerhalb des Zeitraums abzulehnen sind, da einerseits diese Positionen nicht definiert sind und diese Anforderungen einen wesentlichen administrativen Mehraufwand bedeuten.

Die Informationen bezüglich nennenswerter Konzentrationen von Kreditrisiken sind in der EU durch die Begrenzung der Großveranlagungen gedeckt. Ein Ausweis dieser Konzentrationen, die über regionale bzw. branchenspezifische Aufgliederungen hinausgeht, würde gegen das österreichische Bankgeheimnis verstoßen und ist auch daher abzulehnen. Diese Informationen sollten auch weiterhin dem aufsichtsrechtlichen Berichtswesen vorbehalten werden.

Insgesamt sind einzelgeschäftsbezogene Informationen grundsätzlich abzulehnen, da sie einerseits gegen das Bankgeheimnis verstoßen und zusätzlich einen Wettbewerbsfaktor darstellen.

Angaben über notleidende Kredite sollten in Säule 2 behandelt werden.

ii) Offenlegungen von Banken, die mit der Standardmethode arbeiten

Punkt 651

Ein Ausweis der Ausfallquoten bei nicht gerateten Krediten ist abzulehnen, solange der Ausfall nicht einheitlich definiert ist und durch die Vielzahl an Definitionen eher zu Missinterpretationen führen würde. Abgesehen davon ist durch die Eigendefinition der Bank eine Vergleichbarkeit mit anderen Kreditinstituten nicht gegeben.

651 a)

Die gegenseitige Abstimmung der bei verschiedenen Agenturen eingesetzten Skalen erscheint im Hinblick auf die Genehmigung durch die Aufsicht entbehrlich.

651 b)

Hier sollten für kleinere Banken Zusammenfassungen von Risikoklassen erlaubt sein, um nicht Engagements faktisch einzeln ausweisen zu müssen.

651 c)

Angaben sollten nicht verpflichtend sein. Auch für Ausfallsquoten sollte kleineren Banken Zusammenfassungen von Risikoklassen erlaubt sein.

iii) Offenlegungen von Kreditinstituten, die mit einem IRB-Ansatz arbeiten

Punkt 652

Grundsätzlich zu überlegen ist, inwieweit es möglich ist, fakultativ Poolberichte zuzulassen. Im Poolbericht wären etwa die folgenden Punkte effizient abdeckbar:

- Genehmigung
- Schätzungs- und Validierungsmethoden
- Beziehung zw. internen und externen Ratings
- Ausfallsdefinitionen, Beziehung zu Referenz-Ausfallsdefinitionen
- Mindestanforderungen in Übergangsphase zu anderem IRBA-Ansatz
- Annahmen für PD (und LGD) je Stufe
- Kennzahlen zu Retail-Portfolio
- ...

Punkt 652 b

Beim Privatkundenportfolio müssen Werte für PD, LGD und EL offengelegt werden! Da laut Konsultationspapier im Retail ENTWEDER „PD/LGD“ ODER „EL“ angewendet werden können, ist diese Formulierung widersprüchlich. Es können daher entweder nur PD und LGD Werte ODER die Werte EL gemeldet werden, wobei ex definitione $EL = PD \times LGD$ ist. Optiert eine Bank für die Variante PD+LGD so sind damit ohnehin die Werte EL determiniert!! Optiert jemand für die Variante EL als Bezugsgröße, so KANN ER NICHT ÜBER PD UND LGD VERFÜGEN.

- ❖ Bei jedem Portfolio die Annahmen für die PD (und die LGD) in Bezug auf jede diesbezüglich erreichte Stufe.
(Wie ist „diesbezüglich erreichte Stufe“ zu interpretieren?)
- ❖ Bei jedem Portfolio in Bezug auf jede Stufe der PD (und der LGD) die Höhe des nominalen Engagements vor und nach

anerkannter Kreditrisiko-Minderung sowie die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit und die Granularitätsanpassung für das gesamte Portfolio.

Hier sollten für kleinere Banken Zusammenfassungen von Risikoklassen erlaubt sein, um nicht Engagements faktisch einzeln ausweisen zu müssen.

- ❖ Die Verteilung von extern bewerteten Schuldnern auf interne Kategorien für die Bewertung der PD.
Angesichts der geringen Zahl an gerateten Schuldner in Österreich kann dies einem Einzelausweis der Kunden gleichkommen und ist daher abzulehnen.

Punkt 652 c (Abs 6-8)

Der Nachweis der Verteilung der Schuldner auf Ratingklassen sowie der Ratingänderungen bis 3 Jahre zurück sollten erst nach einer entsprechenden Übergangsfrist zur Anwendung kommen.

Punkt 652 c

Abs. (1)

Die Anzahl von Ausfällen sollte in Säule 2 verschoben werden. Für die Portfolios von kleineren Banken sind die hier geforderten Werte im Hinblick auf die geringe Anzahl von Ausfällen, wie auch von Engagements insgesamt ohne Aussage („Maßgeblichkeit“).

Für kleinere Banken müssten zumindest Zusammenfassungen von Risikoklassen erlaubt sein, um nicht Engagements faktisch einzeln ausweisen zu müssen – auch für diesen Problembereich würde sich die Zulassung von Poolberichten anbieten.

652 c) Abs. (9)

- ❖ Wenn eine Bank ihre eigenen LGD-Schätzungen einsetzt, einen Vergleich zwischen dem ökonomischen Kapital, dem tatsächlichen Eigenkapital und den Mindestkapitalanforderungen einerseits und den summarischen Indikatoren für das ökonomische Kapital der wichtigsten Geschäftsbereiche andererseits.
Die Pflicht zur Veröffentlichung des ökonomischen Kapitals in Summe oder auch je Geschäftsbereich wird abgelehnt. Das ökonomische Kapital ist im wesentlichen eine interne Größe, die von vielen Definitionsfragen (Kundenverhalten, Ansatz von Korrelationen, Hochrechnung von Tages- auf Jahreswerte, Einrechnung von Wachstumsfaktoren), bzw. von proprietären Informationen (angestrebtes Rating) abhängig ist, sodaß sie für einen Geschäftsbericht nur in Zusammenhang mit sehr großem Erklärungsaufwand geeignet ist. Daneben gibt es keinen Grund warum Banken ein derart für interne Zwecke konzipiertes Instrument veröffentlichen sollen, wenn es daneben ein regulatorisches Eigenmittelerfordernis gibt, das dem Wesen

nach die gleichen Ziele hat und in jedem Falle zu veröffentlichen ist.

Ein Vergleich von ökonomischem Kapital, dem tatsächlichen Eigenkapital und den Mindestanforderungen wird daher abgelehnt.

iv) Methoden zur Begrenzung des Kreditrisikos

Punkt 653 - 658

Durch die Vielzahl der hier verlangten/vorgeschlagenen Informationen, die unter der Sanktionsdrohung des Punktes 639 stehen, und die dann nach Wunsch von Basel quartalsweise - bei Marktrisikoänderungen tlw. ad hoc, s.o Punkt 637 - veröffentlicht werden sollen, entstehen große, zusätzliche Datenerhebungs-, Prüfungs-, Veröffentlichungs- und Sanktionsunsicherheiten, die - auch aufgrund der zwingenden Berücksichtigung lokal unterschiedlicher, anderer Rechtsvorschriften - so nicht akzeptabel scheinen.

Die Veröffentlichungspflichten müssen international auch mit anderen gültigen Rechts-vorschriften abgestimmt sein, ebenso auch die Sanktionsmöglichkeiten lokaler Bankaufsichten, um nicht durch unterschiedliche Eigenmittelberechnungen (s. auch oben Pkt. 4), Offenlegungspflichten und Sanktionen die Wettbewerbssituation zu verzerren.

Punkt 656

Bezüglich der Gliederung nach Risikogewicht müssen kleineren Banken Zusammenfassungen von Risikoklassen erlaubt sein, um nicht Engagements faktisch einzeln ausweisen zu müssen.

Punkt 658

In Punkt 658 wird die Veröffentlichung „von den gesamten, im Jahr vereinnahmten Beträgen aus besicherten Geschäften“ gefordert. Bei diesem Punkt ist fraglich, welchen Mehrwert diese Information der Öffentlichkeit bietet; bei den besicherten Geschäften wird gerade das Risiko unterlegt und gerechnet, also den Gläubigerinteressen entsprochen.

Punkt 658 Punkt 6

Es wird angemerkt, dass die Information über die Nennung der wichtigsten Garanten/Anbieter von Kreditschutz insofern entbehrlich sind, da Informationen über Besicherung mittels Garantien die wesentliche Aussagekraft besitzen. Eine Veröffentlichung wird daher abgelehnt.

2. MARKTRISIKO

Punkt 663b, 664b

Bei Verwendung eines Modellmix (dh Verwendung verschiedener Methoden) ist die Berechnung der täglichen Schwankungsbreite der Gewinne und Verluste der betreffenden Handelspositionen nicht

möglich, da diese nicht getrennt ermittelt werden. Die Offenlegung hat bankindividuelle Methoden zu berücksichtigen. Diese Anforderung wird daher abgelehnt.

Abs 4 (tägl. Schwankungsbreite der GuV). Auch diese Forderung wird negativ beurteilt, da die Kalkulation bei Verwendung eines Modellmix nicht möglich ist. Eine Information über die Schwankungsbreite ist bereits in der Darstellung des VaR und der Backtestingergebnisse vorhanden.

3. OPERATIONALES RISIKO

Siehe Darstellung in der Stellungnahme zu operationalem Risiko

4. ZINSÄNDERUNGSRISIKO

Siehe Darstellung in der Stellungnahme zu Zinsänderungsrisiko

E) Offenlegung Eigenkapitalausstattung

Punkt 672

Da eine Berechnung des economic capital dzt. ausschließlich nach bankinternen Methoden erfolgt, und daher auch eine Vergleichbarkeit mit anderen Banken nicht gegeben ist, ist die Forderung nicht sinnvoll und wird abgelehnt. Diese Informationen können durch externe Leser weder beurteilt, noch interpretiert werden. Die Offenlegung würde zu Missverständnissen führen.

Punkt 673

Diese Informationen sind unklar. Bezüglich der Veränderungen der Kapitalstruktur (sowie deren Einfluss) ist der Vergleich nicht klar definiert (künftig erwartete oder echte Entwicklung).

Basis für die Kalkulation der entsprechenden Eigenmittelquoten werden auch künftig die aufsichtsrechtlich ausgewiesen Eigenmittel sein. Eine Eigenmittelbeurteilung nach mehreren Kriterien lehnen wir ab.

Die Publizierung der Höhe des economic capital (hier als Empfehlung) kann nicht verpflichtend werden. Das ökonomische Kapital ist für externe Publikationszwecke nicht geeignet.

- Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission und fordern, dass es für einzelne Banken auch möglich sein muss, den IRB-Ansatz nur in bedeutenden Geschäftsfeldern anzuwenden, gleichzeitig aber Engagements, die materiell unbedeutend sind, weiterhin nach Standardansatz zu bewerten. Wir fordern die grundsätzliche Anerkennung des partial use of partial modells für den IRB Ansatz, bei der Behandlung der Sicherheiten (umfassender oder einfacher Ansatz) und bei der Kalkulation des operationalen Risikos.
- Die Einschränkung der Verpflichtung zur Anwendung des IRBA auf alle 6 Teil-Portfolios wird ausdrücklich begrüßt. Zusätzlich wird gefordert, dass Kredite an Staaten und PSEs auch dann von dieser Verpflichtung auszunehmen, wenn diese einen substantiellen Anteil am Portfolio einer Bank ausmachen, da einerseits über die Genehmigung von ECAs in diesem Bereich ausreichend externe Ratings verfügbar sind und andererseits nicht einzusehen ist, warum eine Bank - besonders eine kleine - in der Lage sein sollte, die Kreditwürdigkeit eines Landes besser einzuschätzen als eine externe Stelle.

Ziffer 66 Grundsätzlich begrüßt wird, dass im EU-Papier zwei Ratingstufen für non-performing Exposures nicht zwingend sind.

Ziffer 67 Positiv ist, dass maximal 30 % der Bruttoexposures (vor Netting) in einer Ratingstufe nicht zwingend sind, falls der Fokus des Geschäfts auf bestimmte Kundengruppen oder Daten für die Erstellung eines Ratingsystems gepoolt wurden.

Ziffer 71, 74 Positiv beurteilt wird die Alternative zur jährlichen internen Überprüfung des Ratingsystems (inkl. Quantifizierung des Ratingsystems) in Form einer externen Überprüfung und in Ziffer 74 die Möglichkeit Daten über nationale Grenzen hinaus zu poolen.

Ziffer 72 bis 75 Das Pooling von Daten darf nicht auf bestimmte Verbände und ihre Mitglieder eingeschränkt sein. Sowohl verbandsübergreifendes Pooling, als auch Pooling außerhalb von Verbänden muss möglich sein.

Ziffer 92 Bei einer Anerkennung nationaler Kreditregister als externe Ratingagenturen muss dem Aspekt allfälliger Interessenkonflikte mit anderen Aufgaben dieser Stelle besondere Beachtung geschenkt werden.

Ziffer 96 Siehe zu Ziffer 47 Basel

Ziffer 97/98 Grundsätzlich positiv beurteilt werden die von Basel abweichenden Kriterien für die Akzeptanz von ECAIs in Europa.
Siehe zu Ziffer 45 Basel.

Ziffer 99 Für kurzfristige Forderungen sollte auch ein kurzfristiges Rating verwendet werden können, unabhängig davon, ob ein langfristiges Rating vorliegt.

Ziffer 103 Positiv wird auch gesehen, dass Regionalregierungen und Gemeinden wie bisher behandelt werden.

Ziffer 104 Begrüßt wird auch die unveränderte Behandlung von Public Sector Entities.

Ziffer 109 Sofern die geforderte international einheitliche Behandlung von Banken (siehe zu Ziffer 29 ff Basel) nicht realisierbar ist, sollte zumindest innerhalb der EU eine einheitliche Vorgangsweise gewählt werden.

Ziffer 110 Siehe auch zu Ziffer 33 Basel.

Ziffer 112 Siehe zu Ziffer 39 Basel.

Ziffer 113 Gewerblicher Realkredit: Wir sind der Ansicht, dass die bestehenden Standards für die Gewichtung von gewerblichen Realkrediten ausreichend sind. Die bisherigen Bestimmungen, die eine begünstigte Gewichtung ermöglichen, sollten weiterhin in Kraft bleiben.

Ziffer 114 Pfandbriefgewichtung: Es wird gefordert, dass die begünstigte Pfandbriefgewichtung auch in den Basler-Akkord Eingang findet.

Insbesondere wird bzgl. der verwendeten Ratingsysteme der Ansatz von partial use of models unterstützt, da der Datenumfang vieler Institute keine Entwicklung eigener Ratingsysteme für alle Kundengruppen ermöglicht.